

Das Parlament

Berlin, Montag 10. Juni 2013

www.das-parlament.de

63. Jahrgang | Nr. 24 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Im Einsatz für die Kommunen

Ulrich Maly Der im April gewählte neue Präsident des Deutschen Städtetags ist Nürnberger durch und durch. Geboren in der Frankmetropole, Schulbesuch in Nürnberg, Studium an der Pegnitz, Arbeit in der Stadtverwaltung, zuletzt als Stadtkämmerer, und als Krönung seit 2002 Oberbürgermeister in Nürnberg. Der Sozialdemokrat gilt als Pragmatiker und

Mann der leisen Töne, der in der Stadtpolitik gerne vermittelt und sich für soziale Belange einsetzt. Für die darben bayerische SPD ist der 52-jährige promovierte Volkswirt ein Hoffnungsträger. Zur Bundestagsdebatte vergangene Woche über die Lage der Kommunen hat sich der Anführer der großen Städte in einem Interview zu Wort gemeldet: Die 100 Millionen Euro Soforthilfe des Bundes für die Flutschäden könnten nur ein Start sein. Und: Bei Bund und Ländern mangle es „an Respekt für die kommunale Selbstverwaltung“.

ZAHLE DER WOCHE

44,5

Milliarden Euro haben Kommunen in Deutschland 2012 für soziale Leistungen ausgegeben. Das ist ein Anstieg um 1,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Dagegen sanken die Sachinvestitionen der Städte und Gemeinden im Jahr 2012 deutlich um 11,2 Prozent auf nur noch 21,0 Milliarden Euro.

ZITAT DER WOCHE

»Ein Skandal, dass die Länder hier nicht vertreten sind.«

Birgit Reinemund, FDP-Bundestagsabgeordnete und Finanzausschuss-Vorsitzende, zur leeren Bundesratsbank in der Bundestags-Debatte über die Lage der Kommunen

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK

Vertrauliche Geburten Parlament ermöglicht Regelung **Seite 6**

INNENPOLITIK

Mindestlohn Opposition will Änderungen in Tarifpolitik **Seite 7**

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Gorleben Parlament berät über Abschlussbericht des U-Ausschusses **Seite 10**

KEHRSEITE

Jugend und Parlament Jugendliche streiten im Plenarsaal **Seite 16**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Wasserflut folgt Schuldenflut

KOMMUNEN Fraktionen würdigen Hilfsbereitschaft in den Katastrophengebieten. Streit über Finanzausstattung

Der Bundestag hat am Donnerstag ein starkes Signal der Solidarität in die vom Hochwasser schwer betroffenen Regionen Deutschlands gesandt. Vertreter aller Fraktionen würdigen Einsatz- und Hilfsbereitschaft der Menschen und sicherten die Hilfe der Politik bei der Beseitigung der Schäden zu. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) würdigte in der Kommunaldebatte den Einsatz von Polizei, Feuerwehr, Rettungsdiensten, Soldaten und vor allem der vielen freiwilligen Helfer. „Zu den ermutigenden Erfahrungen solcher Katastrophen gehört wieder einmal, dass Not und Leid einhergehen mit tatkräftiger Hilfe und eindrucksvoller menschlicher Zuwendung“, sagte der Bundestagspräsident.

Auch Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) erklärte: „Wir können stolz auf dieses große Maß an bürgerschaftlichem Engagement sein.“ Über die Sofortmaßnahmen hinaus werde man mit den Ländern zusammen alles Notwendige tun, um bei der längerfristigen Bewältigung der Flutfolgen solidarisch zu helfen. Neben einer Soforthilfe des Bundes in Höhe von 100 Millionen Euro hat das Bundeswirtschaftsministerium inzwischen ein Zehn-Punkte-Programm für den Wiederaufbau vorgelegt. Damit sollen Kreditprogramme der Förderbank KfW für hochwasserschädigte Unternehmen geöffnet, Zinsen verbilligt und Stundungen ermöglicht werden. Außerdem soll der EU-Solidaritätsfonds zur Behebung der Hochwasserschäden geöffnet werden.

Hilfsfonds verlangt „In diesem Moment sollte der Bundestag insgesamt zusammenstehen und klar machen, dass wir die Flutopfer nicht allein lassen und alle möglichen Hilfen gewähren, die jetzt gebraucht werden“, sagte Thomas Oppermann (SPD), Menschen, Unternehmen und Kommunen dürfen in diesem Unglück nicht allein gelassen werden, forderte Oppermann, der sich für die Schaffung eines Hilfsfonds mit einem Volumen von zehn Milliarden Euro aussprach. Birgit Reinemund (FDP) sicherte unbürokratische und schnelle Nothilfe zu und dankte den Helfern. Steffen Bockhahn (Die Linke) nannte den aufopfernden Einsatz der vielen Helfer einen „Beweis, dass es Solidarität noch gibt“. Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt (Grüne) zeigte Respekt, dass die Betroffenen „in großer Ruhe handeln und vor allem, dass sie den Mut nicht verlieren“. Bei den Hilfsmaßnahmen müsse auch an die kleinen Orte gedacht werden, wo 100 und nicht 100.000 Menschen leben würden, verlangte sie.

Reich und Arm liegen dicht beieinander

FINANZEN Dem Milliarden-Überschuss der Kommunen stehen hohe Schulden und ein Investitionsstau gegenüber

Die Kommunen blicken nach Ansicht der Bundesregierung auf ein „erfreuliches Jahr 2012“ zurück. Erstmals seit 2008 hätten Städte und Gemeinden wieder einen Finanzierungüberschuss zu verzeichnen gehabt, erklärt die Bundesregierung in ihrer Antwort (17/13343) auf eine Große Anfrage der Fraktionen von CDU/CSU und FDP (17/11461). Der Überschuss habe nach den hohen Finanzierungdefiziten der Vorjahre jetzt 1,8 Milliarden Euro betragen.

Früher tief im Minus Zum Vergleich: Der Deutsche Städtetag gibt den Finanzierungssaldo für 2011 mit minus 1,67 Milliarden Euro an, für 2010 mit minus 6,87 Milliarden. „Das vielfältige finanzielle Engagement des Bundes zugunsten der Kommunen trägt maßgeblich dazu bei, dass sich die kommunale Finanzsituation derzeit wieder günstiger darstellt und auch noch weiter verbessern wird“, schreibt die Regierung. Allerdings würden die weiterhin zu erwartenden starken Schwankungen des Finanzierungssaldos auf eine strukturelle Schwäche des kommunalen Steuersystems hinweisen. So seien die Defizite früherer Jahre wesentlich auf Einbrüche bei den Gewerbesteuer-



Gemeinsamkeit macht stark: Freiwillige Helfer kämpfen in Walsleben (Thüringen) mit Sandsäcken gegen den drohenden Dammbrech der Gera.

Schäuble sagte zur Lage der Städte und Gemeinden – dem eigentlichen Thema der Debatte –, die Koalition habe in dieser Legislaturperiode „enorme Leistungen“ für die Kommunen übernommen – und zwar ganz unabhängig von den eigentlichen Zuständigkeiten der Länder. „Wir reden nicht nur von Kommunalfreundlichkeit, sondern wir halten uns daran“, sagte Schäuble mit Blick auf die Leistungen für die Kommunen. Die Kommunen hätten dank dieser Politik einen Überschuss von 1,8 Milliarden Euro im Jahr 2012 und damit als erste staatliche Ebene einen positiven Finanzierungssaldo erreicht. Schäuble forderte die Länder auf, sich „nicht wie Sand im Getriebe zu verhalten“, wenn es darum gehe, leistungsfähige Kommunen zu ermöglichen. Widerspruch erntete Schäuble von Oppermann: „Den Kommunen ist es in den letzten vier Jahren in Deutschland schlecht ergangen.“ Er warf der Koalition vor, Politik zu Lasten der Kommunen gemacht zu haben: „Ihre Klientelpolitik hat immer etwas in private Taschen gebracht, und das Gegenstück davon waren Schulden und Steuerzufälle bei den Kommunen.“ So habe allein

das Wachstumsbeschleunigungsgesetz die Kommunen 1,6 Milliarden Euro gekostet. Das sei „Politik zu Lasten Dritter“, die die Kommunen zu Gebührenerhöhungen zwingt und zur Aufnahme von Kassenkrediten in der unvorstellbaren Höhe von 48 Milliarden Euro. Oppermann verlangte einen Investitions- und Entschuldungspakt für die Kommunen. Reinemund wies Oppermanns Vorwürfe zurück und sagte: „Diese Koalition hat dafür gesorgt, dass die Kommunen deutlich besser dastehen als vor vier Jahren.“ Der Finanzierungüberschuss werde in diesem Jahr noch wachsen, sagte die FDP-Politikerin, die beispielsweise für die Entlastungsmaßnahmen für die Kommunen die Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter in Höhe von 4,5 Milliarden Euro jährlich durch den Bund nannte. Von den 198 Milliarden Euro Einnahmen der Städte und Gemeinden gehe sofort ein

Viertel wieder für Sozialausgaben weg, beklagte Bockhahn. Das zeige, wie eng die Budgets der Kommunen seien. Die mangelnde kommunale Finanzausstattung habe zur Schließung von Theatern und Orchestern geführt. „Wir brauchen auch um der Kultur willen eine angemessene kommunale Finanzausstattung“, forderte Bockhahn. Er erinnerte zudem an den Mangel an Kandidaten für kommunale Vertretungen, „was ein Armutszeugnis für uns alle“ sei. Göring-Eckardt wies das Selbstlob der Koalition zurück und verwies auf den Schuldenberg von über 120 Milliarden Euro der Kommunen. Man könne an öffentlichen Gebäuden und an 1.100 geschlossenen Schwimmbädern sehen, wie schlecht es den Kommunen gehe. „Was sollen die Kinder denken, wenn der schäbigste Bau in der Ortschaft immer die Schule ist? Das muss sich ändern“, forderte Göring-Eckardt.

Hans-jürgen Leersch

»Wir lassen die Flutopfer nicht allein und gewähren alle möglichen Hilfen.«
Thomas Oppermann (SPD)



Schlaglöcher sind ein sicheres Indiz für leere kommunale Kassen.

einnahmen zurückzuführen. Auch die aktuelle positive Entwicklung beruhe auf starken Zuwächsen bei der Gewerbesteuer. „Ein stetiges kommunales Steuersystem hätte den Kommunen dieses Auf und Ab erspart“, schreibt die Regierung. Die Gewerbesteuererinnahmen schwanken sehr stark. Im vergangenen Jahr betrugen sie 32,3 Milliarden Euro, während es 2010 nur knapp 27 Milliarden Euro waren. Bei den

Ausgaben stehen mit fast 45 Milliarden Euro soziale Leistungen an der Spitze. Trotz des jetzt wieder erzielten Überschusses seien Städte und Gemeinden mit 136,6 Milliarden Euro Schulden chronisch unterfinanziert, wie es in einem am Donnerstag in der Bundestagsdebatte abgelehnten Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/13748) heißt. Auch bei den notwendigen Investitionen kämen die

Kommunen nicht mehr nach: Die Grünen weisen in ihrem Antrag auf Untersuchungen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die einen kommunalen Investitionsstau von 128 Milliarden Euro ermittelt hatte. Außerdem weisen die Grünen auf die „Entwicklung einer kommunalen Zweiklassengesellschaft innerhalb der kommunalen Familie“, da sich die Steuereinnahmen höchst ungleich verteilen würden. Das bedeutet: Viele Gemeinden sind wohlhabend, und viele andere bettelarm. Die Bundesregierung argumentiert mit Entlastungen: So sei den Kommunen seit 2011 durch die Beteiligung des Bundes an den bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende von den Kommunen zu tragenden Kosten für Unterkunft und Heizung mehr Planungssicherheit durch eine feste Beteiligungsquote des Bundes eingeräumt worden.

h/e

EDITORIAL

Dem Kollaps ganz nah

VON JÖRG BIALLAS

Die Zahlen sind eindeutig und lassen tatsächlich den Schluss zu: Den Kommunen im Land geht es finanziell besser.

Und doch wird diese Aussage bei manchem Kämmerer allenfalls ein kurzes Lächeln des Spotts provozieren, bevor sorgenvolles Stirnrunzeln die Mimik wieder bestimmt. Denn die von der Bundesregierung zu Recht bilanzierte Entspannung bedeutet keineswegs, dass die Kommunen überwiegend in eine sorgenfreie Zukunft blicken.

Ganz im Gegenteil: In sehr vielen Städten und Gemeinden reicht das Geld vorn und hinten nicht. Dass sich das so bald ändern könnte, ist nicht absehbar.

Vom Spardiktat ohnehin gebeutelten Kommunen bleibt deshalb nur, den Haushaltsplan weiter mit dem Rotstift in der Hand zu durchblättern. So hat etwa der demografische Wandel erhebliche Auswirkungen auf die Ausgabenpolitik. Derzeit besteht zum Beispiel vielerorts noch die Absicht, mindestens der Wunsch, die Angebote in der Kinderbetreuung auszubauen. Schon bald wird aber der Bevölkerungsschwund die Investitionsplanung erheblich beeinflussen, ja vermutlich bestimmen. Die Infrastruktur ist einer schrumpfenden Einwohnerzahl anzupassen. Schulen müssen rückgebaut, Freizeiteinrichtungen verändert, Kläranlagen verkleinert werden. Das kostet Geld, viel Geld.

Eine ähnlich schwierige Herausforderung erwächst aus dem Gefälle zwischen wohlhabenden und armen Kommunen. Die Attraktivität von Städten und Gemeinden definiert sich nicht unerheblich über den Wohnwert. Wer jetzt Geld investieren kann und dann etwas zu bieten hat, wird im Wettlauf um junge, einkommensstarke Bürger die Nase vorn haben. Andere haben das Nachsehen.

Es ist nicht leicht, in solchen Zeiten verantwortungsvolle Kommunalpolitik zu machen. Zwischen dem Zwang, möglichst effektiv zu sparen, und der Notwendigkeit, planvoll zu investieren, ist schon manches Rathaus dem finanziellen Kollaps gefährlich nahe gekommen.

Gut also, dass Politiker aller Parteien am vergangenen Donnerstag im Plenarsaal des Bundestags beteuert haben, die Note der Städte und Gemeinden im Blick zu haben. Es ist zu hoffen, dass dieses Versprechen bestehen bleibt, wenn nach der Flutkatastrophe auch die Betroffenheit und Solidarität wieder abgebetet sein wird.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

GEWERBESTEUER ABSCHAFFEN?

Ein alter Zopf

PRO



Manfred Schäfers
»Frankfurter Allgemeine
Zeitung«

Die Gewerbesteuer ist eine in jeder Hinsicht schlechte Steuer. Weil mit ihr nicht nur der Gewinn der Unternehmen belastet wird, müssen auch solche bluten, die es sich nicht leisten können. Neben gezahlten Zinsen fließen Mieten, Pachten und Leasingraten in die Bemessungsgrundlage ein. So werden Kosten besteuert. In extremen Fällen kann dies das Aus für das Geschäft bedeuten. Zwar können Einzelunternehmer und Gesellschafter von Personunternehmen die Gewerbesteuerlast mit der Einkommensteuerschuld verrechnen. Aber wer die Entlastung am dringendsten braucht, der schaut in die Röhre – wer nichts verdient, kann nichts rechnen. Bei den anderen heißt das: Sie haben erst den Ärger mit einer Steuer, um sich später das Geld auf Umwegen wiederzuholen. Nur bei Kapitalgesellschaften ist die Gewerbesteuer endgültig, sie dürfen nichts verrechnen. Doch das sind die wenigsten Unternehmen.

In den allermeisten Fällen widerspricht somit die Gewerbesteuer dem eigentlichen Zweck einer jeden Steuer, nämlich Einnahmen für den Staat zu generieren. Sie ist zu einem Instrument der innerstaatlichen Umverteilung verkommen. Den Kommunen könnte das egal sein, wenn sie denn wirklich vom geltenden System profitierten. Das ist aber häufig nicht der Fall: Das Aufkommen ihrer wichtigsten eigenen Steuer ist extrem schwankungsanfällig. Zudem gibt es viele Städte, die von der Steuer wenig haben. Dabei gibt es längst bessere Konzepte zur Finanzierung der Kommunen. In ihrem Zentrum steht weiterhin eine wirtschaftskraftbezogene Steuer, die den Städten und Gemeinden einen großen Spielraum ließe, über die Belastung in ihrer Gemarkung zu entscheiden. Der alte Zopf Gewerbesteuer gehört abgeschnitten.

Die Alternative fehlt

CONTRA



Claus Hulverscheidt
»Süddeutsche Zeitung«

Seit einer gefühlten Ewigkeit schon ziehen Union und FDP gegen die Gewerbesteuer zu Felde – sie aber tatsächlich abzuschaffen, dafür haben 32 gemeinsame Regierungsjahre bisher nicht gereicht. Aus einem einfachen Grund: Den Abschaffungsbefürwortern mangelt es schlicht an Argumenten. Und an tragfähigen Alternativen.

Der am häufigsten gehörte Vorwurf lautet, die Steuer sei ein „Fremdkörper“ im System, wie es ihn nirgendwo sonst gebe. Auch sei sie konjunkturanfällig. Vorwurf eins ist barer Unsinn, denn in Frankreich, Italien, Spanien und vielen weiteren Ländern gibt es ähnliche Abgaben. Und Vorwurf zwei trifft zwar zu, gilt in abgeschwächter Form aber genauso für viele andere Steuern.

Über die Gewerbesteuer beteiligt sich die Wirtschaft an den Infrastrukturkosten, die den Kommunen durch ihre Ansiedlung entstehen. Noch entscheidender aber ist: Mit jährlichen Einnahmen von zuletzt 42 Milliarden Euro ist die Steuer die wichtigste Einnahmequelle der Städte und Gemeinden – dazu die einzige, deren Höhe sie selbst beeinflussen können. Wer die Steuer abschaffen will, benötigt also eine aufkommensstarke Alternative. Davon gibt es nicht viele.

Den meisten Kritikern fällt deshalb nicht mehr ein als die Einführung kommunaler Zuschläge auf die Einkommensteuer. Damit jedoch nähren sie den bösen Verdacht, dass es ihnen weniger um Steuersystematik als um eine kräftige Lastenverschiebung geht: Gewinner einer solchen Reform wären nämlich ertragsstarke Großkonzerne, Verlierer die einfachen Bürger und die Personengesellschaften. Sie müssten kräftig drauf zahlen. Kein Wunder also, dass sich die Politik an ein so durchsichtiges Reformmanöver bisher nicht heran getraut hat.

Mehr zum Thema auf den Seiten 1 bis 3
Kontakt: gastautor@das-parlament@bundestag.de

Herr Oswald, Sie haben, wie auch viele andere Mitglieder des Bundestages, in der Kommunalpolitik angefangen. Hilft diese Erfahrung bei der Arbeit auf Bundesebene?

Für mich ist die Kommunalpolitik das Herzstück der Politik. Mit wem kommt denn der Bürger in Berührung? Zumeist mit seinem Rathaus. Der Satz stammt nicht von mir, aber könnte von mir stammen: Im Bild der Gemeinde begreift der Bürger den Staat. Darum sollte jeder, der in der Bundespolitik tätig ist, schon einmal in der Kommunalpolitik gewesen sein oder parallel ehrenamtlich noch einem Kommunalparlament angehören. Das ist durchaus möglich. Dann erfährt er, wie jedes Gesetz unten ankommt, wie die Auswirkungen sind. Er weiß, was die Menschen bewegt.

In Ihrer parlamentarischen Laufbahn haben Sie drei Ausschüsse geleitet – für Verkehr und Bau, für Finanzen und für Wirtschaft. Wenn man dort am laufenden Band Gesetze berät, denkt man dann überhaupt noch an die Kommunen, die das betrifft?

Es gibt kaum ein Ressort und kaum einen Ausschuss im Bundestag, in dem nicht Vorhaben behandelt werden, die die kommunale Ebene betreffen. Und der Abgeordnete ist ja zur Hälfte hier im Bundestag und zur Hälfte im Wahlkreis. Nach meiner Erfahrung gibt es in jedem Ausschuss Parlamentarier, die sollten es einige vergessen, an die Auswirkungen auf die Kommunen erinnern. Die letzten Jahre ist diese Rückkopplung mit der kommunalen Ebene sogar stärker geworden.

Von Kommunalpolitikern hört man aber oft: Die in Berlin machen Gesetze, und wir dürfen's ausbaden. Ist da was dran?

So wird in der Tat geredet. Aber tatsächlich hat sich hier viel verändert seit der Föderalismusreform 2006. Der Bund kann nicht mehr Aufgaben direkt auf die Kommunen übertragen. Er ist zwar weiter zuständig für die gesetzlichen Regelungen, die die öffentliche Fürsorge betreffen, also Leistungen für Bildung, Sozialhilfe und so weiter, aber hier sind die Länder zwischengeschaltet. Staatsorganisatorisch sind die Kommunen ja Teil der Länder.

Wenn Sie einen Bürgermeister mitten in der Nacht aufwecken, kann der Ihnen meist sofort herunterbeten, wo seiner Gemeinde überall Geld fehlt.

Das könnte ein Bundespolitiker für seinen Bereich auch. Aber im Ernst: Es gibt Kommunen, die gut ausgestattet sind, andere haben Probleme. Insgesamt ist die Finanzsituation ganz sicher positiv. 2012 konnten die Kommunen erstmals seit 2008 wieder einen Finanzierungüberschuss verzeichnen. Übrigens lässt sich der Anstieg der kommunalen Sachinvestitionen in den Jahren 2009 bis 2012 auf das Konjunkturpaket II zurückführen – hier sind wir wieder beim Zusammenwirken von Bund und Kommunen. Wir haben in den letzten Jahren viel gemacht, um die Kommunen zu entlasten, ich erwähne das Bildungspaket und die Grundsicherung im Alter, mit der die Kommunen bis 2020 um rund 50 Milliarden Euro entlastet werden. Das ist die größte Kommunalentlastung in der Geschichte Deutschlands.

Die Finanzkraft von Gemeinden hängt sehr davon ab, ob dort gewinnträchtige Unternehmen sitzen, die Gewerbesteuer zahlen. Im Osten Deutschlands gibt es hauptsächlich Betriebe, deren Zentren im Westen sitzen. Im Ruhrgebiet sind viele Industrien weggebrochen, die früher sehr stark waren. Und überall spürt man Konjunkturschwankungen. Bräuchten die Kommunen eine andere, stetigere Grundlage für ihre Finanzen?

»Herzstück unserer Politik«

EDUARD OSWALD Der scheidende Bundestagsvizepräsident beschreibt die Bedeutung der Kommunen für das Gemeinwesen und die Kollegialität im deutschen Parlament



gion ist die volle Verfügbarkeit von Breitband ganz wesentlich.

Aktuell haben viele Städte Probleme mit rasant steigenden Mieten. Jetzt wird eine Begrenzung der Mieterhöhung bei Neuvermietung gefordert. Was halten Sie als ehemaliger Bauminister und Bauausschuss-Vorsitzender davon?

Darüber muss man natürlich reden. Es muss aber darauf geachtet werden, und das sagt die Bundeskanzlerin ja selbst, dass nicht die Schaffung von neuem Wohnraum verhindert wird. Wir müssen aber auch an andere Stellschrauben denken. Eine ist die Wiedereinführung der degressiven AfA, also einer hohen Abschreibung im ersten Jahr, die dann schrittweise sinkt. Damit könnten starke Impulse im freifinanzierten Wohnungsbau ausgelöst werden. Eine andere ist die Eigenheimzulage.

Sie treten bei der Bundestagswahl nicht erneut an. Wenn Sie auf Ihre 27 Jahre im Bundestag zurückblicken, was hat Ihnen am meisten Freude gemacht?

Es sind 35 Jahre, wenn man den bayerischen Landtag hinzurechnet. Ich bin in der glücklichen Lage, dass ich viele Ämter inne hatte, die mir alle Freude gemacht haben. Die Jahre als Parlamentarischer Geschäftsführer waren die spannendsten. Man ist Manager des Parlamentsbetriebes und auf der anderen Seite immer bei wichtigen Entscheidungen dabei, etwa in Koalitionsrunden. Danach wurde ich Bauminister und Umzugsbeauftragter der Bundesregierung. Letzteres war ein riesiger zeitlicher Aufwand, in meiner Amtszeit ist am meisten justiert worden. Nach dem Regierungswechsel und dem Führungswechsel in der CSU ist es mir gelungen, den Vorsitz des Verkehrsausschusses zu erhalten. Dann kam der Finanzausschuss und der Wirtschaftsausschuss. Soweit ich weiß, gab es keinen anderen Abgeordneten, der drei Ausschüsse geleitet hat. Was mir aber vor allem Freude gemacht hat und noch macht, ist die Kollegialität aller Parlamentarier. Vielleicht liegt es ein bisschen auch an meiner Wesensart, aber ich glaube, dass die Kollegialität der Bundestagsabgeordneten untereinander besser ist als der Ruf nach außen.

Als Vizepräsident müssen Sie im Präsidium eng mit Kollegen aller Fraktionen zusammenarbeiten. Wie klappt das?

Das Miteinander ist sehr gut. Man gibt natürlich seine politische Meinung nicht an der Garderobe ab. Man versucht auch, seine Positionen durchzusetzen, das ist völlig klar. Aber jeder weiß: Wir stehen in der gemeinsamen Verantwortung für das Erscheinungsbild des Parlamentes.

Was macht für Sie den besonderen Reiz der Arbeit im Parlament aus?

Etwas zu gestalten, mitzuwirken in so vielen Bereichen. Der Parlamentarier muss draußen Generalist sein – er muss auf Bürgerfragen zu allen Themen antworten – und drinnen Spezialist. Weiterhin macht den Reiz aus, dass es jeden Tag neue Herausforderungen gibt. Aber entscheidend für mich ist: Politik ist Dienst am Menschen. Ich verstehe Politik als nichts anderes, als stellvertretend für die Bürgerinnen und Bürger meinen Dienst zu tun.

Das Interview führte Peter Stützel.

Eduard Oswald (CSU) gehört seit 27 Jahren dem Bundestag an, war Bundesbauminister, Vorsitzender von drei Ausschüssen und ist seit 2009 Bundestagsvizepräsident.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Lobbyistin der Kommunen: Petra Hinz

Mit Kommunalpolitik kennt sich Petra Hinz bestens aus. Immerhin 16 Jahre lang war die SPD-Politikerin Mitglied im Rat der Stadt Essen. Als direkt gewählte Abgeordnete vertritt sie seit 2005 die Interessen ihrer Heimatregion im Bundestag, wo sie im Finanzausschuss sitzt. Und anders als die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Große Anfrage der Koalitionsfraktionen schätzt sie die finanzielle Lage der Kommunen alles andere als rosig ein. „Es gibt einige reiche Kommunen, aber auch viele sehr arme“, sagt sie. In den seltensten Fällen sei diese Situation selbstverschuldet. „Viel-fach hat es mit einem Strukturwandel zu tun, der noch nicht abgeschlossen ist“, fügt sie hinzu und verweist auf das Ruhrgebiet, wo sinkende Einwohnerzahlen, Veränderungen im Sozialbereich und Arbeitsplatzverluste Folgen des Strukturwandels seien. Zudem hätten Gesetzgeber auf Bundes- und Landesebene – „egal in welcher Zusammensetzung“ – Gesetze erlassen, ohne den Kommunen die finanziellen Mittel für deren Umsetzung zur Verfügung zu stellen, räumt die Finanzpolitikerin ein.

Darüber hinaus sind da noch die „klebrigen Finger mancher Bundesländer“, wie sie sagt. Beispiel dafür: Nordrhein-Westfalen unter der schwarz-gelben Landesregierung. Im Rahmen des Kita-Ausbaugesetzes im Jahr 2008 seien 600 Millionen Euro nach NRW geflossen, sagt Petra Hinz. „Das Geld ist aber nicht bei den Kommunen angekommen“, kritisiert sie. Daraus folgt aus ihrer Sicht, dass der ab August dieses Jahres geltende Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz nicht umfassend einzulösen sei.

„Die Stadt Essen kann das definitiv nicht gewährleisten. Nicht im August und auch nicht in einem Jahr“, macht sie deutlich. Resultat dessen seien weitere Kosten, die durch die zu erwartenden Klagen auf die Kommunen, „zurollen“.

Wie aber kann in der aktuellen Situation den Kommunen nachhaltig geholfen werden? Petra Hinz spricht sich für eine Entschuldung oder einen Finanzausgleich unter den Kommunen aus. Die



»Wir müssen den Kommunen, die sich nicht aus eigener Kraft entschulden können, unter die Arme greifen.«

Koalition, und insbesondere die FDP, hielten dem zwar entgegen, dass es einen freien Wettbewerb unter den Kommunen geben müsse, aber: „Wenn man in einer Spirale der Verschuldung erst einmal steckt, hat man gar keine Chance, am Wettbewerb teilzunehmen“, sagt sie. Folge dessen sei, dass beispielsweise betroffene Kommunen keine Städtebaufördermittel abrufen könnten, weil ihnen die Komplementärmittel fehlten. „Dann können keine Aufträge vergeben werden, der Mittelstand wandert ab, Arbeitsplätze gehen verloren und Sozialausgaben steigen“, malt die SPD-Abgeordnete ein düsteres Szenario und kommt zum Schluss:

„Wir müssen den Kommunen, die sich nicht aus eigener Kraft entschulden können, unter die Arme greifen. Sonst greift die Abgabenspirale, die alle Bürger durch zusätzliche Belastungen trifft.“ Als Oppositionspolitikerin sagt sich das leicht. Doch wie steht es mit der Umsetzbarkeit der SPD-Forderungen aus den vergangenen knapp vier Jahren? „Unsere Maßnahmen und Forderungen haben einen Sofort-Programm-Charakter nach der Übernahme der Regierungsverantwortung“, zeigt sich Petra Hinz kämpferisch.

Für eine Sache zu kämpfen und sich einzumischen, war ohnehin schon früh ihr Ding. „Ich habe erkannt, dass ich damit auch etwas erreichen kann“, erinnert sie sich etwa an die Zeiten als Schülersprecherin. Ihr politisches Interesse erwuchs auch aus dem Wunsch, Deutschland möge nie mehr eine Diktatur wie die der Nationalsozialisten erleben. Und dann war da noch Willy Brandt. „Ich habe ihn erstmals bewusst als kleines Mädchen 1969 in der Essener Gruga-Halle erlebt“, erzählt die 50-Jährige. Schon damals habe er durch seine Ausstrahlung beeindruckt. „Ihm habe ich vertraut, gerade weil er ein Mensch mit Ecken und Kanten und nicht der aalglatte Politiker war.“ Als gerade mal 17-Jährige wurde Petra Hinz schließlich SPD-Mitglied. Am 22. September tritt sie an, um zum dritten Mal hintereinander direkt in den Bundestag gewählt zu werden. „Ich glaube, dass die Menschen sehen, dass ich mich in Berlin einmische und für praxisnahe Regelungen einsetze, die vor Ort auch tatsächlich umgesetzt werden können“, gibt sie sich optimistisch.

Götz Hausding

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15,
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
E-Mail:
http://www.das-parlament.de
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure
Dr. Bernard Bode (bob)
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahe), stell. Cvd
Michael Klein (mik)
Hans Krump (kru), Cvd
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Annette Sach (as)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Fotos
Stephan Roters

Redaktionschluss
7. Juni 2013

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kuhseisenstraße 4-6
64546 Mörfelden-Walldorf

Anzeigen-/Vertriebsleitung
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Klaus Hofmann (verantwortl.)
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main

Leserservice/Abonnement
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung Das Parlament
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: parlament@fs-medien.de

Anzeigenverkauf
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Karin Kortmann
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-43 75
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: karin.kortmann@fs-medien.de

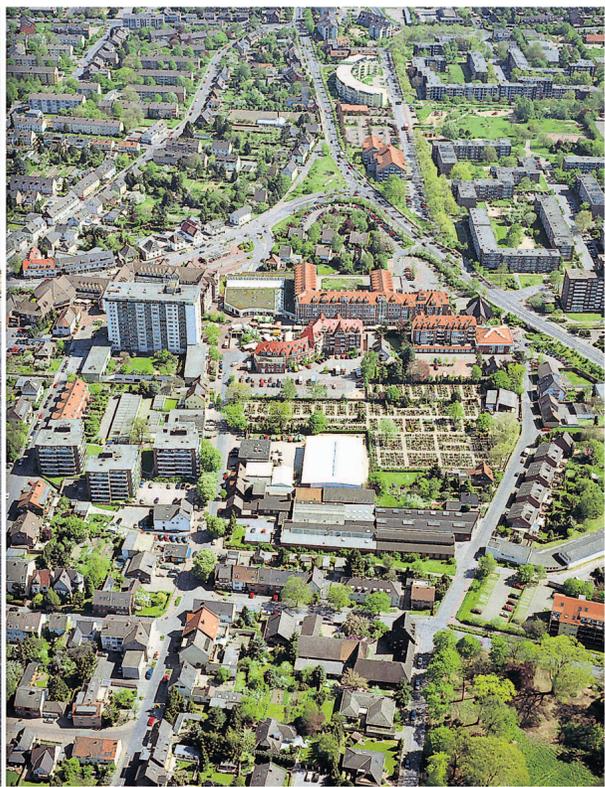
Anzeigenverwaltung, Disposition
Zeitungsanzeigengesellschaft
RheinMainMedia mbH
Andreas Schröder
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-41 33
Telefax (0 69) 75 01-41 34
E-Mail: parlament@rheinmainmedia.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Die Idylle kann trügen: In der schönen Eifelstadt Nideggen (links) regiert der Sparkommissar und vor dem Schloss in Schwerin (Mitte) klaffen Schlaglöcher. Das rheinische Monheim wetteifert derweil um möglichst niedrige Gewerbesteuern, um die klammen Kassen zu füllen.

Im Würgegriff der Schulden

KOMMUNEN IN NOT Die Gemeinden haben nur wenig Sparmöglichkeiten. Mit Phantasie wird versucht, sich Geld zu beschaffen

So jubeln wie die Bundesregierung im Wahlkampfjahr wollen die Bürgermeister, Stadtkämmerer und Stadtverordneten der bundesdeutschen Städte und Gemeinden dann doch nicht: Auf eine Große Anfrage von CDU/CSU und FDP hatte die Bundesregierung vor wenigen Tagen noch geantwortet, die Kommunen würden auf ein „erfreuliches Jahr 2012“ zurückblicken. Erstmals seit 2008 hätten Städte und Gemeinden in Deutschland wieder einen Finanzierungüberschuss von 1,8 Milliarden Euro zu verzeichnen. Schöne Worte, die seit den jüngsten Zahlen der Volkszählung vom vergangenen Freitag und den daraus folgenden Änderungen, die dies für den Länderfinanzausgleich und die Schlüsselzuweisungen für Kommunen bedeuten, schon wieder Makulatur sein dürften. Denn trotz des Optimismus der Bundesregierung kalkuliert eine Stadt wie Trier bereits heute ganz anders: Sie schließt dieses Jahr voraussichtlich mit einem Defizit von 48 Millionen Euro ab. Genauso wie der Rest der Region: Der benachbarte Kreis Trier-Saarburg rechnet mit 8,5 Millionen Euro Minus, beim Kreis Bernkastel-Wittlich sind es sieben Millionen, beim Vulkaneifelkreis sechs Millionen und beim Eifelkreis Bitburg-Prüm immer noch 4,8 Millionen.

Haushaltssicherungskonzepte So wie hier, tief im Westen der Republik, sieht es – in wenigen Ausnahmen abgesehen – in großen Teilen Deutschlands aus: Voraussichtlich mehr als die Hälfte der bundesdeutschen Kommunen werden dieses Haushaltsjahr mit tiefroten Zahlen abschließen. So viele, wie noch nie zuvor. Immer mehr Städte und Gemeinden müssen sogenannte Haushaltssicherungskonzepte erstellen. Mit zum Teil schmerzlichen Folgen für die Bürger. Was das bedeutet, kann man im benachbarten Hessen, beispielsweise in Rüsselsheim, erleben. Dort muss ein Defizit von stattlichen 320 Millionen Euro abgebaut werden, um bis zum Jahr 2022 einen ausgeglichenen Haushalt vorzuweisen. Der Opel-Stadt drohen nun eine höhere Grundsteuer, Hebesätze für die Gewerbesteuer und höhere Kita-Gebühren. Vor allem aber fürchten viele Bürger, dass die Kultur der Stadt zu leiden hat. 51 Sparmöglichkeiten hat die Stadtverwaltung in einer Liste zusammengestellt. Darunter auch die Zuschüsse zum Stadttheater und der Musikschule. Im benachbarten Darmstadt mussten durch beschlossene Sparmaßnahmen bereits Stadtbibliotheken und Jugendzentren schließen. Zugleich stiegen Gebühren, kommunale Abgaben und Hallenmieten. Dramatische Änderungen zulasten der Bürger in den Gebühren soll es auch in der Main-Taunus-Stadt Hattersheim geben. Die Stadthalle soll hier im Juni geschlossen werden, höhere Eintrittspreise für Freibad, Ferienspiele und Konzerte stehen im Raum. Was für Rheinland-Pfalz und Hessen gilt, trifft erst recht für Nordrhein-Westfalen zu. Städte und Gemeinden in NRW stecken so tief in der Kreide wie noch nie. Insgesamt sitzen die Kommunen hier auf einem Schuldenberg von 58,1 Milliarden Euro. Jeder Bürger in NRW hat allein für seine Kommunen Schulden von rund 3.260 Euro zu schultern. Die höchste Pro-Kopf-Verschuldung hat

Oberhausen mit rund 8.373 Euro. Gerade erst vor wenigen Tagen ist die erste nordrhein-westfälische Stadt, das kleine Eifelstädtchen Nideggen, unter die Aufsicht eines Sparkommissars gestellt worden: Der Rat konnte sich auf keine Einsparmöglichkeiten einigen. Jetzt ist er entmündigt, er darf keine Ausgaben mehr tätigen. Und auch im Norden der Republik, in Niedersachsen, sieht es nicht viel anders aus: Bereits im Jahr 2009 mussten Städte und Gemeinden hier mit dem Land einen „Zukunftsvertrag“ abschließen, der vorsieht, dass Gemeinden bis zu 75 Prozent ihrer aufgehäuften Schulden vom Land erstattet bekommen können, wenn sie im Gegenzug mit einem strengen Sparprogramm wieder auf den grünen Zweig kommen oder über Fusionen mit Nachbarkommunen ihre Verwaltungskosten verringern. Mit mäßigem Erfolg. 100 Millionen Euro hat Niedersachsen in diesem Jahr noch zu vergeben. Allein die Stadt Cuxhaven aber hat einen Antrag über 170 Millionen Euro gestellt. Die Stadt ist heillos überschuldet. Genau so wie auch viele Städte und Gemeinden im ansonsten so reichen Süden der Republik. So überweist der Freistaat den bayerischen Kommunen in diesem Jahr so viel Geld wie noch nie: Der kommunale Finanzausgleich steigt 2013 auf die neue Rekordsumme von 7,7 Milliarden Euro.

Aus ihrer Schuldenfalle können sich Kommunen dabei selbst kaum heraus helfen, denn Städte und Gemeinden müssen viele Pflichtaufgaben erfüllen, die ihnen zumeist durch Bundes-, aber auch Landesgesetze aufgebürdet werden: Ausgaben für Kinder- und Jugendhilfe etwa, oder die Grundsicherung zur Sicherstellung des Lebensunterhalts oder aber die Eingliederungshilfe für behinderte

Menschen. Gerade diese Hilfe ist etwas, was einen Mann wie Uwe Zimmermann vom Deutschen Städte- und Gemeindebund zunehmend verzweifeln lässt. Allein 14 Milliarden Euro bringen die Kommunen beziehungsweise Länder jährlich dafür auf. Geld, das nach Meinung Zimmermanns der Bund locker machen müsste: „Das Risiko, eine Be-

hinderung zu erleiden, liegt nicht in der Kommune begründet, sondern ist ein gesamtgesellschaftliches Thema“, sagt Zimmermann. Das sei nicht Aufgabe der Kommunen. Überhaupt sei der Spielraum für Einsparungen in kommunalen Haushalten mehr als gering. „Im Schnitt nur noch fünf bis acht Prozent eines städtischen Etats stehen noch für freiwillige Leistungen zur Verfügung“, sagt Zimmermann. In diesen Bereich würden Einsparungen eben Museen, Musikschulen oder Schwimmbäder treffen. So träfen die Streichungen genau die Bereiche, die eine Stadt am Ende auch für ihre Bürger lebenswert und attraktiv machen würden. Und trotzdem reicht es nicht: „Die Städte sind bei den noch möglichen Einsparungen immer noch Lichtjahre vom Bedarf entfernt. Die Löcher sind viel zu groß, um sie so zu stopfen.“ Und es kommen immer neue Aufgaben dazu, wie zum der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem 3. Lebensjahr. Experten bezweifeln deshalb, dass Kommunen die geforderten Sparleistungen am Ende auch wirklich erbringen können. Dazu regt sich Widerstand in der Bevölkerung. In Kassel etwa laufen gerade Bürgerbegehren Sturm gegen die Schließung von Stadtbibliotheken.

Unstete Gewerbesteuer Die Bundesregierung antwortet auf die Nöte der Städte in ihrer Antwort auf die Große Anfrage im Bundestag mit dem Hinweis darauf, dass die Defizite früherer Jahre wesentlich auf Einbrüche bei den Gewerbesteuereinnahmen zurückzuführen gewesen seien. Auch die aktuelle positive Entwicklung beruhe auf starken Zuwächsen bei der Gewerbesteuer. „Ein stetiges kommunales Steuersystem hätte den Kommunen dieses Auf und Ab erspart“, schreibt die Regierung. Wohl war. Aber Besserung ist hier nicht in Sicht. Dazu bedürfte es einer großen Reform der Finanzbeziehungen zwischen Kommunen, Ländern und Bund. Doch ob die kommt ist fraglich, denn die Geldströme zwischen den drei staatlichen Ebenen sind so verwoben, dass kaum klar sein dürfte, wer am Ende von einer Reform profitiert. Da erscheint der Status quo als das geringere Übel. Und so kommen Städte und Gemeinden inzwischen auf die abenteuerlichsten Gedanken, wie sie sich Geld von ihren Bürgern beschaffen können. So hat das hessische Bad Soden-Allendorf eine Pferdesteuer beschlossen. 200 Euro pro Pferd sollen Besitzer dort jährlich bezahlen. Auch in der Millionenstadt Köln ist es gute Tradition, mit außergewöhnlichen Steuern die angespannte Haushaltslage zu verbessern. Eine „Besteuerung von Vergnügen besonderer Art“ (Stadt Köln), kurz Sexsteuer, wurde dort eingeführt, nachdem das Prostitutionsgesetz das Geschäft mit der Lust legalisierte hatte. Prostituierte müssen sechs Euro pro Arbeitstag an den Kommunalhaushalt abführen. Rund 800.000 Euro kassiert die Stadt jährlich aus dem Rotlicht-Milieu. Als nicht gerichtsrest erwies sich

dagegen die Kulturförderabgabe, auch Bettensteuer genannt. Die Idee der Kölner war es, Übernachtungsgäste pro Nacht eine Abgabe zahlen zu lassen, um damit die Ausgaben für das städtische Kulturangebot zu entlasten. Andere Kommunen bitten inzwischen ihre Bürger für die Ausbesserung von Straßenschäden zur Kasse oder schalten nachts kurzzeitig die Straßenbeleuchtung ab.

Monheims besonderer Weg Einen anderen Weg ist die Stadt Monheim zwischen Köln und Düsseldorf gegangen. Nicht durch neue oder höhere Steuern wollte man hier mehr Geld in die Kassen spülen, sondern durch niedrigere Abgaben. Und es hat funktioniert: So wurde der Hebesatz der Gewerbesteuer vor gut einem Jahr ganz bewusst auf 300 Punkte abgesenkt. Köln bringt es auf 475, Düsseldorf auf 440 und Leverkusen auf 460 Punkte. „Für uns ist die Rechnung aufgegangen“, sagt Thomas Zitzmann, Wirtschaftsförderer bei der Stadt Monheim. 2.500 neue Arbeitsplätze seien so in der Stadt bis heute entstanden. Und auch finanziell zahlt sich die offensive Standortpolitik mittlerweile aus. „Früher hatten wir Gewerbesteuer-Einnahmen von rund 25 Millionen Euro im Jahr, 2012 waren es 150 Millionen“, sagt Zitzmann. „Noch in diesem Jahr werden wir die Schuldenfreiheit erreichen.“

Dass Kommunen neuartige Wege für ihre Finanzierung gehen müssen, hat man auch im ostwestfälischen Bielefeld begriffen. Dort will die hochverschuldete Stadt ihrem bereits mehrfach vor der Zahlungsunfähigkeit ste-

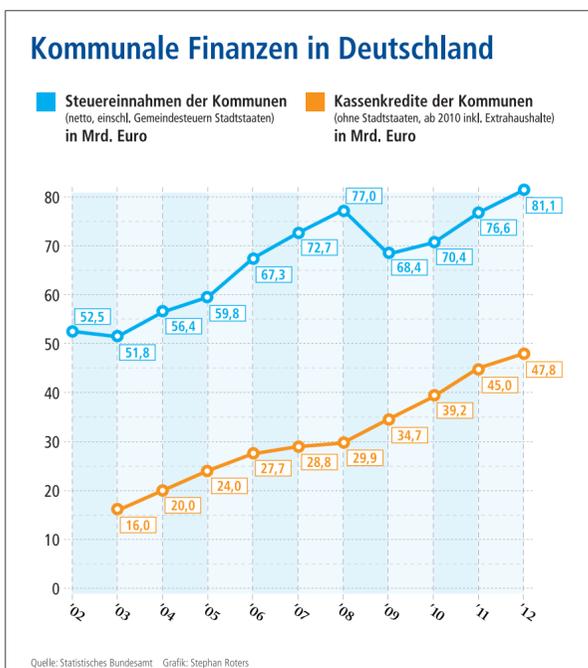
henden Fußballverein Arminia Bielefeld nachfeiern: Nicht nur einmal hatte sich der Verein in der Vergangenheit durch die Ausgabe einer Anleihe an Fans und Investoren vor dem Bankrott bewahrt. Jetzt will die Stadt dem Beispiel folgen. Bielefelds Stadtkämmerer führt deshalb Gespräche mit Banken, um zu überlegen, wie man den Weg zum Kapitalmarkt gestalten könnte. Besonders Schuldscheine findet der Kämmerer als Finanzierungsmodell interessant. Dabei würde die Stadt über eine Bank Darlehen an institutionelle Investoren wie Banken oder Versicherer zu einem festen Zinssatz ausgeben. Erst im Februar sammelte Dortmund über diesen Weg 120 Millionen Euro ein. Dortmunds Nachbar Bochum zog im März nach: 100 Millionen Euro konnte die Stadt in der Mitte des Ruhrpotts einsammeln. Hannover und Essen hingegen haben sich Geld über eine Anleihe besorgt. Bielefeld möchte vor allem eins erzielen: Planungssicherheit. Im Moment finanziert sich die Stadt wie die meisten deutschen Kommunen noch sehr günstig. Wenn es aber in den nächsten Jahren zu Zinssteigerungen kommt, würde das sofort die Schuldenkurve wieder rasch nach oben schnellen lassen. Und das nicht nur in Bielefeld.

Christoph Birnbaum
Der Autor ist freier Wirtschaftsjournalist in Bonn.

Parlamännchen
Politik für Kinder

Stadt

Eine Stadt ist ein Ort, wo viele Menschen wohnen und oft auch arbeiten. In Deutschland bestimmen die Bundesländer, wann ein Ort Stadt heißen darf. Kleinere Ortschaften nennt man Gemeinden. Städte und Gemeinden heißen allgemein Kommunen. Städte gibt es auf der Welt schon seit tausenden Jahren. Großstädte haben mindestens 100.000 Einwohner. Das sind schon mehr, als in ein Fußball-Stadion passen. Es gibt auf der Welt aber auch Städte mit über einer Million Einwohner. Städte und Gemeinden haben oft Probleme, weil sie zu wenig Geld haben. Das brauchen sie zum Beispiel, um Kindergärten oder Schwimmbäder zu bauen.



Mehr zum Thema unter:
www.staedtetag.de/publikationen/gfb

Anzeige

Sicherheit und Ordnung im Parlament



Hausrecht und Polizeigewalt des Parlamentspräsidenten
Eine Untersuchung am Beispiel der Verfassung des Landes Hessen
Von Herbert Günther
2013, 132 S., brosch., 32,- €
ISBN 978-3-8329-7981-2
(Studien zu Staat, Recht und Verwaltung, Bd. 21)



Kostenlose Leseprobe

Hausrecht und Polizeigewalt des Präsidenten sichern die Unabhängigkeit des Parlaments. Allgemein-polizeiliche Zuständigkeiten werden verdrängt und mit dem Hausrecht die Funktionsfähigkeit des Parlaments gewährleistet. Die Arbeit beschreibt den Präsidenten als Polizeibehörde, die Grundlagen und den Umfang seines Hausrechts und die Möglichkeiten seiner Durchsetzung.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.
Portofreie Buch-Bestellungen unter
www.nomos-shop.de/19966



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



KURZ NOTIERT

Bundestag will weniger Papier verbrauchen

Der Bundestag will seinen Papierverbrauch reduzieren. Nachdem der Ältestenrat im April beschlossen hatte, die elektronische Verteilung von Drucksachen des Parlaments ab der kommenden Legislaturperiode zum Regelfall zu machen, hat der Bundestag vergangene Woche einstimmig eine entsprechende Änderung seiner Geschäftsordnung beschlossen. Er folgte damit einer Empfehlung des Geschäftsordnungsausschusses (17/13654). Danach hat jeder Abgeordnete weiter die Möglichkeit, bei Bedarf Papierfassungen elektronisch verteilter Vorlagen zu erhalten. **sto** ||

Einsichtnahme in Karlsruher Unterlagen wird erleichtert

Die Einsichtnahme in Unterlagen des Bundesverfassungsgerichts soll erleichtert werden, um Forschungsarbeiten zum Karlsruher Einfluss auf den Werdegang der Bundesrepublik zu unterstützen. Bei Enthaltung der Linksfraktion nahm der Bundestag am Freitag einen von CDU/CSU, SPD und FDP eingebrachten Gesetzentwurf (17/13469) an, der eine eigenständige gesetzliche Regelung dieser Frage vorsieht. Danach soll für Akten über das Gericht, die beim Bundesarchiv lagern, eine Frist von 30 Jahren nach Abschluss eines Verfahrens gelten. **sto** ||

Einführung von verbindlichem Lobbyistenregister abgelehnt

Die Opposition ist mit der Forderung nach Einführung eines verbindlichen Registers für Lobbyisten gescheitert. Mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP lehnte der Bundestag am Freitag entsprechende Anträge der SPD- (17/6442), der Links- (17/2096) und der Grünen-Fraktion (17/2486) ab. Auch ein Antrag der Sozialdemokraten zu „mehr Transparenz beim Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung“ (17/5230) scheiterte an der Koalitionsmehrheit. **sto** ||

Aufenthaltsgesetz wird nicht novelliert

Mit den Stimmen der Koalition hat der Bundestag am Freitag einen Gesetzentwurf der SPD-Fraktion zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes (17/56) abgelehnt. Nach dem Willen der Sozialdemokraten sollte in Deutschland lebenden Ausländern ohne Aufenthaltstitel oder Duldung der Zugang zur Gesundheitsversorgung, zu Bildung und zu arbeitsgerichtlichem Rechtsschutz erleichtert werden. Auch ein Gesetzentwurf der Grünen-Fraktion „zur Verbesserung der sozialen Situation von Menschen, die ohne Aufenthaltsstatus in Deutschland leben“ (17/6167) fand keine Mehrheit. **sto** ||

Bundesrat will Änderung des Bundesvertriebenengesetzes

Familienangehörige eines Spätaussiedlers sollen in dessen Aufnahmebescheid nach dem Willen des Bundesrates in bestimmten Fällen auch ohne Grundkenntnisse der deutschen Sprache aufgenommen werden können. Einen entsprechenden Gesetzentwurf des Bundesrates (17/10511) zur Änderung des Bundesvertriebenengesetzes überwies der Bundestag am Freitag zur weiteren Beratung an die Ausschüsse. **sto** ||

Anzeige

DAS WILL ICH LESEN!

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Meinung.
Mehr Parlament.*

Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.
Telefon 069-75014253
parlament@fs-medien.de
www.das-parlament.de



Deutsche Schülerinnen türkischer Herkunft vor dem Kanzleramt. Bis zum 23. Lebensjahr müssen sich viele junge Deutsche mit ausländischen Wurzeln für einen Pass entscheiden.

Der Doppelpass als Dauerthema

STAATSBÜRGERSCHAFT Koalition hält an umstrittener Optionspflicht fest

Die älteste der Vorlagen, um die es vergangene Woche in der Bundestagsdebatte über die Integrationspolitik ging, stammt vom Januar 2010: ein Gesetzentwurf der Grünen „zur Streichung des Optionszwangs aus dem Staatsangehörigkeitsrecht“ (17/542). Noch keine vier Wochen alt war dagegen ein Grünensatzung mit dem Titel: „Abschaffung des Optionszwangs“ (17/13488). Beide Vorlagen standen zusammen mit je einem Antrag der SPD- (17/7654) und der Linksfraktion (17/12185) auf der Tagesordnung, die ebenfalls auf einen Verzicht auf die sogenannte Optionspflicht abzielten und zudem Einbürgerungsvereinfachungen forderten.

Votum für einen Pass Am Ende wurde der Gesetzentwurf mit den Stimmen von 307 Koalitionsabgeordneten gegen das Votum von 265 Oppositions- und zwei FDP-Parlamentariern abgelehnt, und auch die Anträge der drei Oppositionsfraktionen fanden keine Mehrheit. Die Optionspflicht, der zufolge sich hierzulande geborene Kinder von Ausländern spätestens bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres zwischen der deutschen Staatsangehörigkeit und der ihrer Eltern entscheiden müssen, bleibt also. Das gilt freilich auch für den Ruf nach ihrer Aufhebung: Am Freitag brachten sieben von SPD und Grünen beziehungsweise Die Linke regierte Länder im Bundesrat einen Gesetzentwurf über die Zulassung der Mehrstaatigkeit und die Aufhebung der Options-

regelung ein – fürwar ein parlamentarisches Dauerthema. Eingeführt wurde das Optionsmodell 1999 bei der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts unter Rot-Grün, bei der das Abstammungsprinzip um das Geburtsortsprinzip (ius soli) ergänzt wurde: Wer in Deutschland geboren wird, hat damit unabhängig von der Nationalität der Eltern die deutsche Staatsbürgerschaft. Um eine Mehrheit im Bundesrat zu finden, kam es damals als Kompromiss zur Optionspflicht. Im Zuge des Optionsmodells konnten durch eine Übergangsregelung auch Kinder, die am 1. Januar 2000 noch nicht zehn Jahre alt waren, auf Antrag eingebürgert werden. 2013 werden nun die ersten rund 3.300 Optionspflichtigen 23 Jahre alt, wie es in dem Grünensatzung heißt. Von ihnen hätten bis Jahresanfang laut Bundesinnenministerium mehr als 500 noch keine Erklärung abgegeben, welche Staatsangehörigkeit sie behalten wollen – ihnen drohe nun die Ausbürgerung. In der Bundestagsdebatte verwies Grünensatzungschefin Renate Künast darauf, dass derzeit „300.000 junge Deutsche dem Optionszwang (...) unterworfen“ seien, von denen 70 Prozent türkische Wurzeln hätten. „Bis 2017 gibt es jährlich 3.000 bis 7.000 optionspflichtige Menschen; ab 2018 werden es sogar noch deutlich mehr sein“, rechnete sie vor. Zwei Drittel aller Optionspflichtigen hätten gerne „den Doppelpass“, doch mache man „geborene Deutsche zu Ausländern in ihrem eigenen Land“.

»Auf Einwanderer angewiesen« Der Parlamentarische SPD-Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann verwies darauf, dass in Deutschland 15 Millionen Menschen lebten, „die entweder Einwanderer sind oder direkt von Einwanderern abstammen“ und nicht länger „Bürger zweiter Klas-

se“ sein dürften. Seine Fraktion wolle die Einbürgerung erleichtern, die doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen und die „unwürdige Praxis des Optionszwangs“ beenden. Ein Staatsangehörigkeitsrecht, das „aus Deutschen Ausländer macht“, sei absurd. Zudem sei Deutschland auf Einwanderer angewiesen. Für Die Linke warf ihre Abgeordnete Sevim Dagdelen der Regierung vor, nicht im Interesse der Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu handeln. Dagdelen sprach zugleich von einer „Türkenfeindlichkeit dieser Bundesregierung“. Die „Quote der akzeptierten Mehrstaatigkeit bei Einbürgerungen“ betrage bei nichttürkischen Staatsangehörigen etwa 59 Prozent, bei türkischen Staatsangehörigen dagegen nur 27 Prozent.

Mehr Einbürgerungen Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Ole Schröder (CDU), hielt demgegenüber der Opposition vor, sie wolle die „deutsche Staatsbürgerschaft verramschen“. Für die Union stehe die Einbürgerung dagegen am Ende eines gelungenen Integrationsprozesses und nicht am Anfang. Die Zahl der Einbürgerungen sei unter der amtierenden Bundesregierung auch ohne Absenkung der Einbürgerungsvoraussetzungen gestiegen. Auch hätten sich mehr als 98 Prozent derer, die bislang der Optionspflicht nachgekommen seien, für die deutsche Staatsbürgerschaft ausgesprochen. Man solle zumindest den „ersten Optionsjahrgang abwarten“, bevor man den Diskurs über eine Abschaffung des Optionsmodells starte. Momentan sehe es indes so aus, als sei dieses „Modell eher ein Erfolgsmodell“, fügte Schröder hinzu. Zugleich sprach er sich entschieden gegen eine generelle Hinnahme von Mehrstaatigkeit aus. Der CDU-Parlamentarier Reinhard Grindel argumentierte, es gebe auch bei in Deutsch-

land geborenen Kindern von Ausländern nicht die für einen Schulerfolg notwendige Sprachkompetenz. Auch befänden sich weniger Jugendliche mit Migrationshintergrund in Ausbildung als im Durchschnitt. Ihnen könnten Ausbildung, Sprachkenntnisse und Förderung helfen, „aber nicht die deutsche Staatsbürgerschaft, zumindest nicht allein“. Wer „Ja zu Deutschland sagt“ und gerne hier leben wolle, von dem könne er auch die „Entscheidung für die deutsche Staatsbürgerschaft unter Ablegung seiner alten Staatsbürgerschaft erwarten“. Der FDP-Abgeordnete Hartfried Wolff sagte, seine Partei sei „durchaus bereit, über eine vermehrte Hinnahme der doppelten Staatsangehörigkeit nachzudenken und in diese Richtung zu gehen“. Sie sei sich aber auch bewusst, dass nicht die Staatsangehörigkeit primär für den Erfolg von Zuwanderung und Integration entscheidend sei, sondern vor allem die persönliche und berufliche Perspektive der Zuwanderer. Die Freidemokraten wollten eine Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts, aber nicht „ohne Augenmaß“.

Assoziationsrecht Mit den Stimmen der Koalition wurden am Ende der Debatte auch ein Grünensatzungsentwurf zum „assoziationsrechtlichen Rechtsstatus“ türkischer Staatsangehöriger (17/12193) und ein Linke-Antrag zu diesem Thema (17/7373) abgelehnt. Hintergrund sind das Assoziationsabkommen EWG-Türkei von 1963 und auf dieser Grundlage erfolgte Rechtsakte, aus denen sich Rechte für in der EU lebende Türken ergeben. Für die Links- und die Grünen-Fraktion widerspricht das deutsche Recht „an einigen Stellen den Vorgaben des Assoziationsrechts“, wie es in der Beschlussempfehlung des Innenausschusses (17/13299) hieß, der für die Ablehnung plädierte hatte. **Helmut Stoltenberg** ||

Neue Regeln für Flüchtlingsschutz

ASYLRECHT Der Bundestag hat grünes Licht für die Umsetzung der überarbeiteten Fassung der sogenannten EU-Qualifikationsrichtlinie in das nationale Recht gegeben. Das Parlament stimmte am Freitag bei Enthaltung der Linksfraktion einem entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (17/13063) in der Ausschussfassung (17/13556) zu. Die Vorlage enthält laut Bundesregierung zudem Anpassungen, die vor allem das Asylverfahrens- und das Aufenthaltsgesetz betreffen und bei denen es sich „insbesondere um klarstellende Regelungen und redaktionelle Änderungen“ handelt.

Wie die Regierung in der Begründung erläutert, legt die Neufassung der „Qualifikationsrichtlinie“ die Voraussetzungen für die Zuerkennung internationalen Schutzes fest. Darüber hinaus bestimme sie die mit dem jeweiligen Schutzstatus verknüpften Rechte und führe „insbesondere für international subsidiär Schutzberechtigte zu einem verbesserten Schutzstatus“. Der Gesetzentwurf sieht unter anderem die Schaffung eines „eigenständigen Status in Bezug auf die europarechtlichen subsidiären Schutzatbestände“ vor, wie es in der Begründung weiter heißt. Die Schaffung eines eigenständigen internationalen subsidiären Schutzstatus habe Folgewirkungen. So werde die bislang dreistufige Prüffreihefolge im Asylrecht künftig vierstufig. Sie beinhaltet die Prüfung der Asylberechtigung nach Artikel 16a des Grundgesetzes, der Flüchtlingseigenschaft, des internationalen subsidiären Schutzes sowie der nationalen Abschiebungsverbote („nationaler subsidiärer Schutz“). Die Änderung bewirkt den Angaben zufolge zudem eine „klarere Trennung von internationalem subsidiärem Schutz und den nationalen Abschiebungsverbote“. **sto** ||

Grüne: Afghanen aufnehmen

INNERES Die Bundesregierung soll nach dem Willen der Grünen-Fraktion allen afghanischen Ortskräften, die in ihrem Heimatland für die Bundeswehr gearbeitet haben, und ihren engen Familienangehörigen eine Aufnahme in Deutschland anbieten. Zudem solle die Regierung vergleichbare Regelungen für Ortskräfte finden, „die besonders gefährdet sind“ und für das Auswärtige Amt oder staatliche Organisationen der Bundesrepublik oder im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit für Deutschland tätig waren, fordert die Fraktion in einem Antrag (17/13729), mit dem sich der Bundestag am Freitag erstmals befasste. Danach soll gegebenenfalls auch den engen Angehörigen dieser Kräfte eine Aufnahme in Deutschland angeboten werden. Laut Vorlage arbeiten derzeit etwa 1.500 Ortskräfte mit den deutschen Soldaten zusammen. Wie es mit ihnen nach einem Abzug der Bundeswehr weitergeht, sei unklar. Viele befürchteten Repressalien, vor allem durch die Taliban. Auch Ortskräfte, die mit anderen deutschen Organisationen zusammenarbeiten, könnten besonders gefährdet sein. Ihnen gegenüber bestehe ebenfalls „eine moralische Verpflichtung, sie vor Verfolgung zu schützen, die ihnen durch ihre vergangene berufliche Tätigkeit droht“. **sto** ||

Wahlrecht ab 16 Jahren gefordert

WAHLRECHT Die Altersgrenze zur Ausübung des aktiven Wahlrechts soll nach dem Willen der Grünen-Fraktion bei Bundestags- und Europawahlen von 18 auf 16 Jahre gesenkt werden. Dies geht aus zwei Gesetzentwürfen der Fraktion zur Änderung des Grundgesetz-Artikels 38 (17/13238) sowie des Bundes- und des Europawahlgesetzes (17/13257) hervor, die vergangene Woche erstmals auf der Tagesordnung des Bundestags standen. Mit der Absenkung der Altersgrenze auf 16 Jahre werde sichergestellt, „dass ein Personenkreis das aktive Wahlrecht bekommt, der typischerweise in der Lage ist, selbstverantwortlich zu entscheiden“, argumentiert die Fraktion. Ebenfalls in erster Lesung befasste sich das Parlament mit einem gemeinsamen Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen zur Änderung des Europawahlgesetzes (17/13705). Der Entwurf sieht eine Anpassung der Zahl der in Deutschland zu wählenden Europaabgeordneten auf 96 vor. Da nach dem EU-Vertrag von Lissabon kein Mitgliedstaat im Europäischen Parlament mehr als 96 Sitze erhält, seien in Deutschland nicht mehr wie bisher 99 Abgeordnete zu wählen. Zudem soll mit dem Entwurf unter anderem die Fünf-Prozent-Klausel im Europawahlgesetz gestrichen und eine Drei-Prozent-Klausel eingeführt werden. Das Bundesverfassungsgericht hatte im November 2011 festgestellt, dass die Fünf-Prozent-Klausel bei der Europawahl nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist. **sto** ||



Manches teilt man gern online.

// SIE WÄCHST_

// WIE DIE AUSGABEN IHRER ELTERN_

Anderes nicht.

Manches teilt man gern online, anderes nicht. Microsoft versucht zu helfen. Wir machen uns für die Nutzung der „Do Not Track“-Funktion stark und bieten Tracking-Schutz für Internet Explorer an. Eine vom Fraunhofer-Institut SIT entwickelte und regelmäßig aktualisierte Tracking-Schutz Liste erlaubt Ihnen, sich vor unerwünschter Nachverfolgung gezielter zu schützen. Die Trennung zwischen dem, was öffentlich wird, und dem, was privat bleibt, wird vielleicht nie perfekt sein. Unabhängig davon steht der Schutz Ihrer Privatsphäre für uns an erster Stelle. microsoft.com/yourprivacy



DER SCHUTZ IHRER PRIVATSPHÄRE
STEHT FÜR UNS AN ERSTER STELLE.



Nicht für alle Frauen stellt eine Schwangerschaft einen Glücksfall dar: Frauen in Notsituationen können zukünftig ihr Kind vertraulich entbinden.

Namenlos ins Leben

FAMILIE Bundestag ermöglicht vertrauliche Geburten – und will trotzdem die Rechte des Kindes wahren

Nach langem Ringen hat der Bundestag am vergangenen Freitag eine Regelung zur so genannten vertraulichen Geburt (17/12814, 17/13062) verabschiedet: Damit soll eine Balance geschaffen werden zwischen dem Wunsch von Müttern in Krisensituationen, anonym zu bleiben, und dem Recht des Kindes, seine Herkunft zu kennen. Die umstrittenen Babyklappen und die Möglichkeit der völlig anonymen Geburt bleiben vorerst erhalten – für die Oppositionsfraktionen trotz ihrer grundsätzlichen Zustimmung für die vertrauliche Geburt der Grund, sich der Stimme zu enthalten. Schwangere, die ihren Namen nicht nennen wollen, können nach dem Gesetz zukünftig in einem Krankenhaus oder in der Obhut einer Hebamme entbinden, ohne dass ihre Identität unmittelbar bekannt wird. Die Niederkunft wird dann unter einem Pseudonym dokumentiert.

Vormund und Adoption Die Angaben zur Person der Mutter werden in einem Umschlag verschlossen in einer Beratungsstelle aufbewahrt. Für das Kind soll dann ein Vormund bestellt und über eine Adoptionsvermittlungsstelle in einer Familie untergebracht werden. Im Alter von 16 Jahren kann es den Umschlag mit den Daten seiner Mutter einsehen. Will die Mutter sich dann noch immer nicht zu erkennen geben, muss ein Familiengericht darüber entscheiden, ob

der Wunsch der Mutter höher zu bewerten ist als das Interesse ihres Kindes, seine Abstammung zu kennen. Die Abgeordneten haben sich die Entscheidung nicht leicht gemacht: Alle Fraktionen wissen, dass das Gesetz ein Balanceakt ohne die eine richtige Lösung ist. Elf Jahre hat das Ringen um eine Regelung gedauert.

Wächteramt des Staates Nun sollen auch durch ein größeres Beratungsangebot mehr Frauen in Not erreicht werden. Dem stimmen auch die Oppositionsfraktionen zu. Weil es aber weiterhin Angebote für eine komplett anonyme Geburt und Babyklappen geben wird, haben sie sich in der Abstimmung der Stimme enthalten. Ihre Kritik: Würden diese Angebote weiterhin geduldet, könne der Gesetzentwurf keine generelle Rechtssicherheit schaffen. Damit würde man dem Recht eines Kindes auf Kenntnis seiner Herkunft nicht gerecht. Immer wieder betonte die SPD in den Beratungen, wenn Eltern ihrer Pflicht, sich um ihre Kinder zu kümmern, nicht nachkämen, müsse der Staat sein Wächteramt ausüben. Dies dürfe nicht an die Betreiber von Babyklappen delegiert werden, für deren fachliche Eignung es keinerlei Regelungen gebe. Auch Die Linke beklagte, dass es mit dem neuen Gesetz keine Mindeststandards für die Babyklappen gebe – damit befänden diese sich im „rechtsfreien Raum“. Die Skepsis der Grünen hingegen macht sich vor allem an der Möglichkeit fest, dass Kinder Kenntnis über ihre Herkunft auch

gegen den Willen der Mütter erhalten können. Damit schwebt ein „Damoklesschwert“ über den Frauen: Wer sich in einer ohnehin schon extrem schwierigen Lage befindet, werde sich darauf vermutlich nicht einlassen. Wie vielen Frauen und Kindern das neue Gesetz tatsächlich helfen kann, weiß niemand: Jedes Jahr werden in Deutschland zwischen 20 und 40 Kinder direkt nach der Geburt ausgesetzt oder getötet. Um das zu verhindern, wurden 1999 zahlreiche Babyklappen eingerichtet. Doch auch damit hat sich die Zahl der getöteten Kinder nicht verringert. Dies zeigte eine Studie des Deutschen Jugendinstituts. Sie kam im vergangenen Jahr zu dem Schluss: „Babyklappen erfordern ein planvolles Handeln der Kindermutter, eine aktive Auseinandersetzung mit der ungewollten Schwangerschaft und eine Entscheidung über Handlungsmöglichkeiten.“ Genau dazu aber seien Frauen, die ihr Kind getötet hätten, nicht in der Lage gewesen. Viele Psychologen und Sozialwissenschaftler sind der Ansicht, dass Babyklappen und anonyme Geburten nicht nur Kindstötungen nicht verhindern könnten. Sie würden die Kinder überdies vor große psychische Probleme stellen, weil es für sie keine Möglichkeit gebe, herauszufinden, wer ihre Eltern sind.

Urteil aus Karlsruhe Schon 1989 urteilte das Bundesverfassungsgericht, die Frage der eigenen Abstammung sei für die Persönlichkeitsbestimmung des Menschen bedeutsam

– die Kenntnis der eigenen Abstammung sei ein Grundrecht. Auch der Deutsche Ethikrat hat darauf immer hingewiesen: Nach Ansicht des Gremiums produzieren die Babyklappen ohne Not Findelkinder.

Fehlende Standards Zudem monieren Experten immer wieder erhebliche Missstände. Weder gebe es eine Aufsicht über die anonymen Angebote oder eine staatliche Kontrolle, noch Dokumentationspflichten oder einheitliche Standards. Dass Familienministerin Kristina Schröder (CDU) sie den

noch beibehalten will und im Gesetz lediglich eine Evaluation nach drei Jahren vorgesehen ist, begründete sie damit, „dass es nach wie vor in einzelnen Notfällen dazu kommen kann, dass eine Frau bei und nach einer Geburt im Krankenhaus keine vertrauliche Hinterlegung ihrer Daten möchte“. Geklärt werden konnte dagegen ein weiterer Streitpunkt: Nachdem der Bundesrat in seiner Stellungnahme die hohen Verwaltungskosten moniert hatte, zu denen das Gesetz führte, erklärte der Bund sich nun zur Kostenübernahme bereit. *Susanne Kailitz* ■

STICHWORT

BABYKLAPPEN – Umstrittene Hilfe für Schwangere in Not

> Angebot in Deutschland Seit 1999 wird in Deutschland von den kirchlichen und freien Trägern der Schwangeren-, Kinder- und Jugendhilfe sowie von Krankenhäusern die Möglichkeit zur anonymen Kindesabgabe angeboten. Bundesweit existieren derzeit etwa 100 Babyklappen.

> Funktionsweise Das Neugeborene kann anonym durch eine Klappe oder auch eine Tür in ein Wärmebett gelegt werden, das konstant mit einer Temperatur von 37 Grad beheizt ist. Die Öffnung schließt sich, wenn sie nicht per Hand zugeedrückt wird, sehr langsam selbstständig. Zum Schutz des Kindes wird die geschlossene Babyklappe verriegelt. Das Fachpersonal in den Einrichtungen wird dann durch ein Alarmerungssystem darüber informiert, dass ein Säugling in die Klappe gelegt wurde.



Schwierige Aufklärung im Fall des Aufklärers

BUNDESWEHR Minister de Maizière verteidigt »Euro Hawk«-Entscheidung und gesteht zugleich Probleme in seinem Haus ein

Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) setzte sich zur Wehr. An den Vorwürfen der Opposition hinsichtlich seiner Entscheidung im Fall der Aufklärungsdrohne »Euro Hawk« sei nichts dran, hielt der Minister in der vergangenen Woche in einer aktuellen Stunde des Bundestages seinen Kritikern entgegen. Die Anschaffung der Aufklärungsdrohne war aufgrund massiver Probleme bei der Zulassung für den europäischen Luftraum vom Verteidigungsministerium im Mai gestoppt wurden.

Zeitpunkt des Ausstiegs Laut de Maizière hat der Zeitpunkt des Ausstiegs aus dem Rüstungsprojekt nicht dazu geführt, dass Steuergelder vergeudet wurden. Im Gegenteil – dadurch sei der Schaden vermindert und nicht vergrößert worden, argumentierte er: „Investitionen in Höhe von 360 Millionen Euro wären sinnlos gewesen, wenn man das Aufklärungssystem nicht zu Ende getestet hätte.“ Der Minister blieb bei seiner Feststellung, dass die Entscheidung über

den Abbruch des Projektes auf Staatssekretärebene gefällt und später von ihm gebilligt worden seien. Gleichzeitig räumte er ein, es versäumt zu haben, „im Rüstungsbereich das Ministerium so zu organisieren, dass ich frühzeitig selbst von Problemen erfahre. Personelle Konsequenzen oder seinen Rücktritt lehnte der Minister in der vergangenen Woche ab.



Unter Druck: Minister de Maizière

Aus der Opposition kam dennoch Kritik. Die einzige neue Erkenntnis der dreiwöchigen Aufarbeitung des »Debakels« sei, dass der Minister mit dem Ganzen nichts zu tun haben will, kritisierte der SPD-Verteidigungsexperte Rainer Arnold. Tatsächlich sei es so, dass de Maizière „jahrelang nichts gewusst hat, weil er nichts wissen wollte“. Das habe mit Abwägung nichts zu tun, urteilte Arnold unter Bezugnahme auf seinen Vorgesetzten Andreas Schockenhoff (CDU). Der Außenexperte der Union hatte darauf verwiesen, dass ein „hektisches Beenden“ von Beschaffungsvorhaben dazu führe, „dass die Bundeswehr keine moderne Ausstattung“ zur Verfügung hat. Daher sei es richtig gewesen, „zu prüfen und abzuwägen“. Arnolds Kritik ging indes noch weiter. De Maizière habe die Verantwortung für das Verpulvern von Steuergeldern an seine beamteten Staatssekretäre abwälzen wollen. „Das ist ein schäbiges Verhalten für einen Mann, der die ganze Zeit von Verantwortung redet“, urteilte der SPD-Abgeordnete. Der FDP-Haushaltsexperte Jürgen Koppelin nahm den Verteidigungsminister in Schutz. De Maizière habe vor dem Haushaltsausschuss Verantwortung übernommen, sagte er und fügte an Arnold gewandt dazu: „Es war menschlich unanständig, wie Sie den Minister angegangen sind.“ Im Übrigen sei

die SPD in das Drohnenprojekt voll eingebunden gewesen. „Dabei haben Sie gewusst, dass die Zulassung unter ihrer Verantwortung überhaupt nicht geregelt war“, sagte Koppelin.

Strikte Ablehnung Der Vorsitzende der Linksfraktion, Gregor Gysi, erneuerte seine Ablehnung jeglicher Drohnen. Obwohl die Rede von einer Vielzahl von Experten als völkerrechtswidrig bezeichnet würden, hätten sich sämtliche Fraktionen des Bundestages mit Ausnahme der Linksfraktion für deren Anschaffung ausgesprochen. Der Fall der »Euro Hawk«-Drohne sei ein Beispiel für „Rüstungslobbyismus hoch zehn“. Dem Konzern EADS habe man auf Kosten des Steuerzahlers die Entwicklung einer Spionage-technologie ermöglicht, die das Unternehmen nun weltweit verkaufen könne. Omir Nouripour, verteidigungspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, zog das Versprechen de Maizières, alle Rüstungsvorhaben überprüfen zu wollen, in Zweifel. Schon nach seinem Amtsantritt habe der Minister angekündigt, alle laufenden und geplanten Projekte zu überprüfen. „Das Ergebnis, das wir hier heute vorliegen haben, zeugt jedenfalls davon, dass die Überprüfungen rein gar nichts gebracht haben“, urteilte Nouripour. *Götz Hausding* ■

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Zuschuss für Notdienstapotheken

Apotheken, die einen Notdienst leisten, werden dafür künftig mit einem pauschalen Zuschuss aus einem Fonds unterstützt. Das beschloss der Bundestag am vergangenen Donnerstag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Linksfraktion (17/13081, 17/13769). Auch das Dritte Gesetz zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften (17/13404) fand am vergangenen Freitag mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP gegen SPD und Linke bei Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen eine Mehrheit. Einen Antrag der SPD (17/12847) für den Aufbau eines zentralen Melderegisters für Arzneimittel-Lieferengpässe lehnte der Bundestag ab. Die Debatte war zuvor zu einer Grundsatzdiskussion über die Gesundheitspolitik der Koalition geworden: SPD und Linksfraktion warfen ihr vor, Geschenke an die Pharmaindustrie zu machen. Für die Die Linke sagte Kathrin Vogler, mit der Neuregelung zu den Vergleichstherapien könne die Industrie „künftig selbst auswählen“, gegen welche vorhandenen Therapien sich ihre neuen Medikamente bewähren müssten. Damit habe Schwarz-Gelb den Pharmakonzernen „gezeigt, wo sie am 22. September ihre Kreuzchen machen“ müssten. Dem widersprach Birgitt Bender, gesundheitspolitische Sprecherin der Grünen: Es sei eben nicht mög-

Keine Freigabe von Cannabis

GESUNDHEIT Patienten in Deutschland werden auch künftig keinen leichteren Zugang zu medizinischem Cannabis bekommen. Der Bundestag lehnte am vergangenen Freitag einen entsprechenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/6127) ab und folgte damit einer Beschlussempfehlung des Gesundheitsausschusses (17/13620).

Die Grünen hatten argumentiert, wissenschaftliche Untersuchungen würden belegen, dass Cannabis bei schweren Erkrankungen wie HIV, Multipler Sklerose, chronischen Schmerzen oder Krebs „Linderung bewirken“ kann. Deshalb forderten sie, dass Patienten, die Cannabis aufgrund einer ärztlichen Empfehlung verwenden, im Regelfall von Strafverfahren verschont bleiben sollten, zudem sollte ein Anspruch auf Kostenübernahme für Medikamente auf Cannabis-Basis ermöglicht werden. Einzig die Linksfraktion stimmte zu: Sie fordere ohnehin eine Legalisierung des Cannabis-Anbaus für den Eigenbedarf. Union und FDP argumentierten, schon jetzt gebe es Möglichkeiten zur Herstellung von Cannabis-medikamenten, die „therapeutischen Spielräume“ würden genutzt. Hier sei zudem sichergestellt, dass es keine Schwankungen im THC-Gehalt gebe, wie dies beim Eigenanbau vermutlich der Fall sei. Die SPD-Fraktion enthielt sich bei der Abstimmung: Sie bezeichnete die Forderungen als „zu undifferenziert“. *suk* ■

Umstrittene Versicherung

GESUNDHEIT Die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung wird von Experten höchst unterschiedlich bewertet. Dies wurde in einer öffentlichen Anhörung des Gesundheitsausschusses in der vergangenen Woche deutlich. Grundlage der Diskussion war ein Antrag der Fraktion Die Linke (17/7197) zur solidarischen Finanzierung von Gesundheit und Pflege. Nach dem Willen der Linksfraktion sollen dabei alle Menschen, die in Deutschland leben, Mitglied der „solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung“ werden und nach ihrer „individuellen finanziellen Leistungsfähigkeit“ in diese einzahlen. Die Beitragsbemessungsgrenze sei „perspektivisch abzuschaffen“.

Insbesondere die von den Koalitionsfraktionen benannten Experten hielten dies für nicht umsetzbar und zudem verfassungsrechtlich bedenklich. So betonte beispielsweise der Berater im Gesundheitswesen, Robert Paquet, im Antrag der Linken würden die Einnahmen der Versicherung „schön gerechnet“. Zudem würde mit einer Aufgabe der Beitragsbemessungsgrenze „das Sozialversicherungsprinzip aufgegeben“ und „eine Art Flat-Tax“ eingeführt werden. Zudem würde die geforderte Abschaffung der privaten Krankenversicherung (PKV) rund 60.000 bis 67.000 sozialversicherungspflichtige Mitarbeiter und tausende selbstständige Versicherungsvermittler treffen. Für das System einer Bürgerversicherung hingegen plädierte unter anderem Herbert Weisbrod-Frey von der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi. Das System, nachdem sich Einzelne abhängig von ihrem Einkommen aus der GKV „ausklinken“ könnten, sei „überholungsbedürftig“. Mit der derzeitigen Weichenstellung, die in Zukunft über Kopfpauschalen die Versicherten zusätzlich belasten werde, werde ein ungerechtes Gesundheitssystem erhalten. *suk* ■



Kritik am Armutsbericht

SOZIALES Das Zustandekommen und der Aufbau des aktuellen Vierten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung (17/12650) ist nach Ansicht von Experten in Teilen kritikwürdig. Das wurde während einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales am Montagmittag deutlich.

Dabei kritisierten die Experten zum einen, dass sich der Armuts- und Reichtumsbericht auf einen sogenannten Lebensphasen-Ansatz konzentriert. „Ein solcher Ansatz macht es schwer, wenn man zu einzelnen benachteiligten Gruppen Informationen finden will“, sagte dazu Joß Steinke von der Arbeiterwohlfahrt. Markus Grabka vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) ergänzte: „Strukturelle Ursachen geraten bei einem solch individuellen Ansatz aus dem Blick.“ So würden zum Beispiel die Ursachen der Benachteiligung von Frauen nicht ausreichend gewürdigt. Dies sei aber ein wesentlicher Aspekt, fügte Ingo Kolf vom Deutschen Gewerkschaftsbund an. „Denn der Niedriglohnssektor in Deutschland ist weiblich. Armut ist weiblich“, betonte Kolf.

Ein weiterer Kritikpunkt ist aus Sicht der Sachverständigen die Praxis der Einbeziehung von Wissenschaftlern in die Arbeit am Armuts- und Reichtumsbericht. Michael David von der Nationalen Armutskonferenz nannte die Beteiligung der Wissenschaft und von Nichtregierungsorganisationen mangelhaft. Diese hätten im Vorfeld nur sehr wenig Zeit für die Ausarbeitung ihrer Stellungnahmen gehabt. Er plädierte deshalb für eine unabhängige Kommission als Verfasserremium. Dem schloss sich auch Markus Grabka (DIW) an, der die Einbindung der Wissenschaftler ebenfalls als nicht transparent und deshalb „verbesserungswürdig“ bezeichnete und sich eine unabhängige Beraterkommission als Option vorstellen konnte. *che*



Sie haben schon einen Branchenmindestlohn: Glas- und Fassadenreiniger verdienen mindestens elf Euro (West) oder neun Euro (Ost).

Dauerthema Mindestlohn

ARBEITSMARKT Ein Gesetz muss her, fordert die Opposition. Die Koalition lehnt flächendeckende politische Lohnfindung ab

Nein, es war keine Gewerkschaftstagung, obwohl einige Plakate durchaus dazu gepasst hätten. „Mindestlohn jetzt“ stand auf ihnen, hochgehalten von Delegierten der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) auf deren Bundestagung Ende Mai. Doch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ließ sich als Rednerin davon nicht in die Irre führen und erteilte Forderungen aus den eigenen Reihen nach einem bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn erneut eine Absage. Gleichwohl kündigte sie an, sich nach der Bundestagswahl im September für tarifliche Mindestlöhne einzusetzen. Einige Wochen zuvor hatte sich die FDP auf ihrem Parteitag für weitere Lohnuntergrenzen in Branchen und Regionen ausgesprochen, einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn jedoch ebenfalls abgelehnt. Es ist ein Dauerbrenner außerhalb und innerhalb des Parlaments: der Mindestlohn. Am Freitag stand er erneut auf der Agenda des Bundestages. Zwei Anträge der Fraktion Die Linke (17/13551) und von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/13719) wurden in erster Lesung beraten.

Zehn Euro für sichere Rente Jutta Krellmann (Die Linke) rechnete der Koalition vor, dass der deutsche Staat jährlich 1,5 Milliarden Euro ausgibt, um niedrige Löhne im Einzelhandel auszugleichen. „Das würde es mit einem einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn nicht geben. Diesem unglaublichen Lohndumping muss ein Riegel vorgezogen werden“, sagte sie. Die Fraktion Die Linke fordert in ihrem Antrag deshalb einen bundesweiten Mindestlohn in Höhe von zehn Euro. „Deutschland braucht dringend einen Paradigmenwechsel, damit die Lohnquote wieder steigt“, verlangt Die Linke. Von einem gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde könnten alleinstehende Vollzeitbeschäftigten leben, ohne ihren Lohn aufstocken zu müssen. Und erst ab dieser Höhe erreiche

man eine Rente oberhalb der Grundsicherung im Alter, begründen die Abgeordneten ihren Vorstoß.

Kommision ja – aber wie? Matthias Zimmer (CDU/CSU) reagierte gelassen auf seine Vorrednerin und die Anträge von Linken und Grünen. Im Mittelpunkt stehe für seine Fraktion zwar ein „nachgeordneter Mindestlohn für jene Bereiche, in denen es noch keinen gibt“. Aber auch sie unterstütze eine unabhängige Mindestlohn-Kommission, und wenn diese zehn Euro Stundenlohn festlege, „dann haben wir nichts dagegen“. Jedoch dürfe der Politik kein Hintertürchen offenstehen, um sich letztlich über die Vorgaben einer solchen Kommission hinwegzusetzen. Diese Gefahr sah Zimmer jedoch in den debattierten Vorschlägen. Denn der Grünen-Antrag und ein kurzfristig wieder von der Tagesordnung genommener Vorschlag des Bundesrates für ein Mindestlohngesetz (1/12857) schlagen nicht nur einen einheitlichen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro vor. Eine Mindestlohnkommission solle für die Festsetzung des Mindestlohns und seine regelmäßige Anpassung verantwortlich sein. Über deren genaue Ausgestaltung, Kompetenzgewalt und einen möglichen Einfluss der Politik auf diese scheidet sich seit Jahren die Geister, eine Annäherung ist nicht in Sicht.

Bekanntes Fakten Deshalb fragte die Arbeitsmarktpolitikerin der SPD, Gabriele Lösekrug-Möller in Richtung Koalition: „Wann endlich kommt denn ein Gesetzentwurf, der Ihren hohen Ansprüchen genügt?“ Schließlich würde jeder fünfte Vollzeitbeschäftigte in Deutschland im Niedriglohnssektor arbeiten. „Die Fakten sprechen Bände, hier endlich etwas zu unternehmen“, sagte sie unter Hinweis auf Daten des Vierten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung. Ihre Fraktion mache zwar den „Überbietungswettbewerb der Linken“ nicht mit, schließe sich aber dem Grünen-Vorschlag für einen Mindestlohn von 8,50 Euro an. Dies sei ein guter Einstieg.

Tatsächlich geht aus dem aktuellen Vierten Armuts- und Reichtumsbericht hervor, dass der Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnssektor weiter gestiegen ist und sich zwischen 21 bis 24 Prozent bewegt. Im Jahr 2010 waren fast acht Millionen Arbeitnehmer davon betroffen. Die Grünen stellen in der Vorbereitung ihres Antrages fest, dass innerhalb dieser Gruppe fast sieben Millionen weniger als 8,50 Euro und 1,4 Millionen sogar weniger als fünf Euro verdienen. Aktuelle Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zufolge lag die Zahl der Erwerbstätigen, die zusätzlich Arbeitslosengeld II beziehungsweise im vergangenen Jahr bei 1,3 Millionen.

Mogelpackung Brigitte Pothmer, arbeitsmarktpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, appellierte ebenfalls eindringlich an die Bundesregierung, endlich einen Gesetzentwurf vorzulegen. „Sie verhindern und verschleppen, weil Sie verschleiern wollen, dass das, was Sie als Mindestlohn bezeichnen, gar kein Mindestlohn ist.“ Nach der Wahl am 22. September werde der Kampf um den Mindestlohn jedoch erledigt sein, denn „dann wird es nicht nur eine gesellschaftliche, sondern auch eine parlamentarische Mehrheit für den Mindestlohn geben“, so die Hoffnung Pothmers. Der Arbeitsmarktpolitiker der FDP, Heinrich L. Kolb, ließ sich von der Kritik der Opposition nicht beirren und stellte klar: „Wir wollen und brauchen keinen flächendeckenden Mindestlohn.“ Schon heute würde für vier Millionen Menschen ein branchenspezifischer Mindestlohn gelten, eingeführt zum Großteil von der schwarz-gelben Bundesregierung. Eine politische Lohnfindung lehnte er, wie sein Koalitionskollege Zimmer, entschieden ab. Statt dessen müssten die Mittel des Mindestarbeitsbedingungsgesetzes so genutzt oder eventuell erweitert werden, um sittenwidrige Löhne besser zu unterbinden. *Claudia Heine*

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Ungleiche Gleichstellung in Uniform

VERTEIDIGUNG Militärische Gleichstellungsbeauftragte können künftig auch in zivilen Dienststellen der Bundeswehr ab der Ebene von Bundesoberbehörden gewählt werden. Dies sieht die Novellierung des Soldatinnen- und Soldatengleichstellungsgesetzes (17/12957) vor, die der Bundestag am vergangenen Freitag mit der Stimmenmehrheit von CDU/CSU und FDP verabschiedete. Die Oppositionsfractionen stimmten dagegen.

Die Novelle war notwendig geworden, da im Zuge der Streitkräftereform neue Behörden wie das Bundesamt für Personalmanagement der Bundeswehr entstanden sind, in denen Soldaten und Zivilisten gemeinsam arbeiten. Bislang war die Wahl militärischer Gleichstellungsbeauftragter in zivilen Dienststellen jedoch nicht möglich.

SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen halten die Gesetzesnovelle für unzureichend und plädierten für eine stärkere Anpassung des Soldaten- an das Bundesgleichstellungsgesetz. So

würden nach dem Bundesgleichstellungsgesetz in Dienststellen ab 100 Beschäftigten zivile Gleichstellungsbeauftragte gewählt. Militärische Gleichstellungsbeauftragte hingegen würden auf Divisionsebene gewählt und seien somit für bis zu 18.000 Soldatinnen und Soldaten zuständig. Damit sei eine angemessene Ausübung des Amtes nicht möglich, kritisierten die Oppositionsfractionen. Zudem verfügten die militärischen Gleichstellungsbeauftragten nicht über das gleiche Maß an Schutz vor Versetzungen wie im Bundesgleichstellungsgesetz. Auch bei der familienbedingten Teilzeitarbeit seien Soldatinnen und Soldaten deutlich schlechter gestellt als Zivilisten.

Union und FDP hielten der Kritik entgegen, dass die Gleichbehandlung von Soldaten und Zivilisten berechtigt und rechtlich einwandfrei sei. Dies habe auch die öffentliche Anhörung über den Gesetzentwurf gezeigt. Zudem dürfe die Funktionsfähigkeit der Streitkräfte nicht eingeschränkt werden. *aw*

Freiwilligendienst in staatlicher Hand

FAMILIE SPD und Bündnis 90/Die Grünen sind mit ihrem Vorstoß gescheitert, den 2011 neu gegründeten und staatlich organisierten Bundesfreiwilligendienst (BFD) nach dem Vorbild der Jugendfreiwilligendienste in den Bundesländern zivilgesellschaftlich zu organisieren und in die Hände von Trägern zu geben. Der Bundestag lehnte am vergangenen Freitag einen entsprechenden Antrag (17/9926) der beiden Oppositionsfractionen mit der Stimmenmehrheit der CDU/CSU und FDP ab; die Linksfraction enthielt sich der Stimme.

Sozialdemokraten und Grüne hatten in ihrem Antrag argumentiert, dass Freiwilligendienste eine besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements seien, für die der Staat lediglich die Rahmenbedingungen schaffen, sie aber nicht selbst organisieren sollten. Mittelfristig

sollten deshalb ein einheitlicher Rechtsrahmen für alle Freiwilligendienste geschaffen und das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben als steuernde Behörde für den BFD abgelöst werden. Zudem müssten die Bildungsangebote umgestaltet und die Anerkennungskultur für den Freiwilligendienst verbessert werden.

Union und FDP verwiesen auf den großen Erfolg des BFD, der von der Opposition bei seiner Schaffung bezweifelt worden sei. Zudem würde der BFD bis 2015 evaluiert, die Ergebnisse sollten abgewartet werden. Einig sei man sich aber darin, Freiwilligendienste gesellschaftlich stärker anzuerkennen. So hätten nur wenige Universitäten den Vorschlag aufgegriffen, den BFD wie andere Freiwilligendienste bei der Studienplatzvergabe zu berücksichtigen. *aw*

Werben für die zweite Chance

ARBEIT Die SPD-Fraktion setzt sich für die Belange von jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss ein. In einem Antrag (17/13252) fordert sie ein Sofortprogramm „2. Chance auf Berufsausbildung“ für die rund 1,5 Millionen Erwachsenen zwischen 25 und 35 Jahren ohne Berufsabschluss. Am vergangenen Freitag debattierte das Bundestagsplenum erstmals über die Vorschläge und überwiegt sie anschließend zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Arbeit und Soziales.

Ziel müsse es sein, jedem Betroffenen eine Ausbildung anzubieten und dabei dessen spezielle Lebenslage zu berücksichtigen, schreiben die Sozialdemokraten in ihrem Antrag. In diesem Jahr sollen nach den Vorstellungen der Fraktion mindestens 200 Millionen Euro für die Finanzierung des Programms ausgeben werden. Ein entsprechender Gesetzentwurf der Bundesre-

gierung müsse zehn sofort umzusetzende Maßnahmen enthalten, zu denen unter anderem das Recht auf Ausbildung, der Vorrang von „Vermittlung in Ausbildung“ vor „Vermittlung in Arbeit“ und ein Zugang zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen bis 35 Jahre gehöre. Es müsse außerdem mehr Teilzeitangebote für junge Erwachsene und mehr finanzielle Anreize geben, eine Ausbildung zu beginnen, verlangen die Abgeordneten. Sie begründen ihre Initiative mit der konstant hohen Zahl von jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss, die, wenn sie aus dem üblichen Ausbildungsalter „herausgewachsen“ seien, mit großen Hürden im Arbeitsleben konfrontiert werden. So arbeite ein Teil dieser Gruppe als prekär Beschäftigte, während ein Großteil von ihnen die schulischen Voraussetzungen für einen Berufsabschluss mitbrächten, heißt es in dem Antrag. *che*

Idee in der Warteschleife

ALTERSARMUT Grüne werben erfolglos für eine Garantierente

Der Vorschlag der Grünen, eine steuerfinanzierte Garantierente zu schaffen, findet keine Unterstützung im Bundestag. Während der ersten Lesung eines entsprechenden Antrages (17/13493) der Fraktion am vergangenen Donnerstag gab es nicht nur Kritik von Seiten der Koalition sondern auch von SPD und Linken.



Ältere sollen nicht in Armut leben müssen

Nach den Vorstellungen der Grünen sollen geringe Rentenansprüche von Rentnern mit 30 und mehr Versicherungsjahren mit Steuermitteln so aufgestockt werden, dass die Gesamtrente mindestens 30 Entgeltpunkte enthält. Außerdem sollen alle Versicherungszeiten als Voraussetzung für den Bezug der Garantierente anerkannt werden. Die Garantierente sei so ausgestaltet, dass sie genau jene erreichen könne, die von Altersarmut bedroht sind, sagte der Rentenexperte der Grünen, Wolfgang Strengmann-Kuhn, der zugleich heftige Kritik an dem „absurden

schwarz-gelben Theater um die Rente“ übe. Neuester Beitrag dazu sei die Idee der Bundeskanzlerin nach einer Mütterrente. „Wo ist denn der Gesetzentwurf dazu?“, fragte Strengmann-Kuhn. Diese Forderung der Grünen nach einem Gesetzentwurf sei schneidheilig, befand Peter Weiß (CDU). „Sie haben doch schon angekündigt, sämtliche Vorschläge im Vermittlungsausschuss scheitern zu lassen“, sagte er. Die Idee einer Garantierente nannte Weiß „nicht durchdacht und grundfalsch“. Seiner Ansicht nach würden damit die Kleinsparer bestraft.

Zahnloser Tiger Die Unterschiede zwischen den Vorstellungen von SPD und Grünen seien nicht so groß, als dass man sie nicht nach der Bundestagswahl am 22. September beseitigen könne, sagte Anton Schaaf (SPD). In Bezug auf seinen Vorredner sagte Schaaf, Ministerin Ursula von der Leyens (CDU) Konzept einer Zuschussrente seien nicht am Bundesrat gescheitert, sondern an den Koalitionssfractionen.

Die Garantierente sei eine Mogelpackung, befand der Linkenabgeordnete Matthias Birkwald. „Altersarmut bekämpfen kann man damit nicht.“ Wenn mindestens 30 Versicherungsjahre gefordert werden, bedeute das: „Jede zweite westdeutsche Rentnerin geht leer aus.“ Von Altersarmut seien nur wenige betroffen, sagte Pascal Kober (FDP). Damit das auch in Zukunft so bleibt, müsse man die Erwerbsbiografien verstetigen. „Schwarz-Gelb war dabei erfolgreicher als jede andere Koalition“, urteilte Kober. *Götz Hausing*

KURZ NOTIERT

Flüchtlinge sollen leichter eine Arbeit finden

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich in einem Antrag (17/13718) für einen erleichterten Zugang von Flüchtlingen zum Arbeitsmarkt ein. Sie fordern, das ESF-Bundesprogramm zur arbeitsmarktpolitischen Unterstützung für Bleiberechtigte und Flüchtlinge über 2013 hinaus fortzuführen. Sollte das Programm aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) auslaufen, sollte diese Zielgruppe als Zugangsberechtigte in allen Bereichen der ESF-Förderstruktur verankert werden, schreiben die Grünen. Der Antrag wurde am vergangenen Freitag an den Ausschuss für Arbeit und Soziales überwiesen. *che*

Eindeutige Kompetenzen bei Grundsicherung im Alter

Der Bundesrat strebt in einem Gesetzentwurf (17/13662) Änderungen bei der Erstattung der Leistungen für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund an. Strittiger Punkt aus seiner Sicht ist die Erstattung von Leistungen bei einer stationären Behandlung in einem anderen Bundesland als dem Wohnsitz des Betroffenen. Derzeit sei nicht sichergestellt, dass die einheitliche Zuständigkeit der Träger der Grundsicherung auch dann bestehen bleibt, wenn die stationäre Einrichtung in einem anderen Land liegt, schreibt der Bundesrat. Er will deshalb die örtliche Zuständigkeit eindeutig klären. Der Vorschlag wurde am vergangenen Freitag an den Ausschuss für Arbeit und Soziales überwiesen. *che*

Bessere Ausbildung in der Hotelbranche

Die SPD-Fraktion verlangt, die Ausbildungssituation im Hotel- und Gaststättengewerbe zu verbessern. In einem Antrag (17/13549) fordert sie einen Gesetzentwurf, um das Jugendarbeitsschutzgesetz wirksam durchzusetzen und Missstände zu sanktionieren. Mit den Ländern solle der Bund dafür sorgen, die Vorgaben des Berufsbildungsgesetzes durchzusetzen, schreibt die SPD. Sie möchte ferner, dass die Auszubildenden vor Prüfungen rechtzeitig freigestellt und generell besser beraten werden. *che*

Schwierige Lage Alleinerziehender

SPD und Linksfraction sind mit zwei Anträgen gescheitert, mit denen sie die Situation von Alleinerziehenden verbessern wollten. Die SPD forderte in ihrem Antrag (17/11032) unter anderem bessere Betreuungsmöglichkeiten für Kinder. Die Linke sprach sich in ihrem Antrag (17/8793) unter anderem für eine Flexibilisierung von Arbeitszeiten und einen erweiterten Kündigungsschutz aus. Beide Vorschläge lehnte der Bundestag am vergangenen Freitag ab. *che*

Mehr zur Position der Gewerkschaften unter: www.mindestlohn.de

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



KURZ REZENSIIERT



Annette Jünemann, Anja Zorob (Hg): **Arabellions. Zur Vielfalt von Protest und Revolte im Nahen Osten und Nordafrika.**

Springer VS, Wiesbaden 2013; 337 S., 34,99 €

Drei Jahre nach Beginn der Aufstände in den arabischen Staaten präsentieren deutsche Orientalisten eine erste fundierte wissenschaftliche Analyse der „Arabellions“. Der Sammelband präsentiert detaillierte Beschreibungen der Ursachen und des Verlaufs der sozialpolitischen Proteste und Aufstände. Zu den interessantesten Artikeln des Bandes gehören die Darstellungen der Bürgerkriege in Libyen und in Syrien sowie die Politik Irans in der arabischen Welt.

Zu Recht weisen die Autoren darauf hin, dass die Anfänge des „Arabischen Frühlings“ konkret benannt werden können. Dagegen sei der Ausgang ungewiss, insbesondere hinsichtlich der politischen Konsequenzen. In Ägypten sei auf die „anfängliche Euphorie angesichts der restauratorischen Kräfte des Militärs bald Ernüchterung“ gefolgt. Auch in anderen Staaten habe die Arabellion zu einem Erstarken des politischen Islams und der Islamisten geführt. Dabei registrieren die Autoren sehr wohl die Unterschiede zwischen den einzelnen islamistischen Kräften: Jene, die einen Regierungsauftrag erhalten haben, handelten in der Regel „real-politischer“ und pragmatischer als vorher angekündigt.

Obwohl der „Arabische Frühling“ ein rein regionales Phänomen sei, fänden sich darin klassische Elemente des sozialen Protestes, gegen Arbeitslosigkeit, Verarmung großer Teile der Bevölkerung, fehlende Menschenrechte und grassierende Korruption. „Möglicherweise“ sei die arabische Mittelschicht nicht so sehr an einem radikalen Systemwandel interessiert, mutmaßen die Autoren und erinnern an deren Zurückhaltung in Ägypten und in Syrien. Schließlich hätten die Bürgerkriege funktionierende staatliche Strukturen zerstört.

Das Fazit der Orientalisten über die „Arabellions“ fällt insgesamt ernüchternd aus: Die Region sei noch sehr weit von einer demokratischen Transition entfernt. Für einen echten Systemwechsel sei mehr nötig als der Sturz eines Diktators, betonen die Herausgeberinnen Annette Jünemann und Anja Zorob.

manu



Holger Afflerbach: **Die Kunst der Niederlage. Eine Geschichte der Kapitulation.**

Verlag C.H. Beck, München 2013; 320 S., 14,95 €

„Vae victis! Wehe den Besiegten!“ Dieses Motto galt meist für die Kriegsführung in der Antike, vor allem wenn Roms Legionen gegen andere Völker und Staatswesen in die Schlacht zogen. Gemeint ist, dass die Besiegten meist wenig Gnade von den Siegern erhoffen durften. Die totale Zerstörung Karthagos schlägt die Römer und der Verkauf seiner Bevölkerung in die Sklaverei am Ende der Punischen Kriege zeugen davon.

In den vergangenen 2.500 Jahren haben sich die Spielregeln des Krieges, seiner Beendigung und der Umgang mit Besiegten jedoch drastisch verändert. Der deutsche Historiker Holger Afflerbach hat jetzt eine hervorragende Geschichte der Kriegsführung und der Kapitulation vorgelegt. Unter dem Titel „Die Kunst der Niederlage“ zeichnet er nach, wie sich gesellschaftliche und politische Veränderungen und Entwicklungen in der Waffentechnik auf die Frage ausgewirkt haben, wie Kriege beendet werden. Afflerbach schlägt dabei einen Bogen von der Steinzeit bis in die Tage des asymmetrischen Krieges gegen Partisanen und Terroristen. Besonders lobenswert ist es, dass der Historiker herausgearbeitet hat, wie sich die moderne Waffentechnologie auch auf die Soldaten im Krieg auswirkt. So zeigt er auf, dass der Einsatz von Fernwaffen und in jüngster Zeit von Kampfdrohnen das über Jahrhunderte tradierte „ritterliche Ideal“ des Soldatenberufs aushebelte. Stets wurde Soldaten ein gewisses Maß an Todesverachtung und Mut zugesprochen. Die Steuerung einer Drohne hingegen erfordere lediglich eine technische Ausbildung. Afflerbach zitiert in diesem Zusammenhang den israelischen Militärhistoriker Martin van Creveld. Der hatte zugespitzt formuliert: „Den Tod hinzuzufügen, ohne ihn selbst fürchten zu müssen, das ist nicht das Charakteristikum des Soldaten, sondern das des Henkers.“

Und Afflerbach zeigt am Beispiel von Feldpostbriefen britischer Soldaten aus dem ersten Irak-Krieg, dass unter Soldaten im Kriegseinsatz die in modernen Zeiten eher vorhandene Bereitschaft zur Beendigung eines Konfliktes und zur Schonung des unterlegenen Gegners deutlich abnimmt.

aw



Gleichgeschlechtliche Paare werden wohl schon bald in den Genuss aller Rechte wie Eheleute kommen.

Das vierte Urteil

FAMILIE Karlsruhe spricht homosexuellen Paaren rückwirkend das Ehegattensplitting zu. Opposition fordert schnelle Reaktion

Am Donnerstag vergangener Woche hatte die Opposition es plötzlich sehr eilig. Unbedingt wollten sie im Bundestag über die Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts debattieren und Nägel mit Köpfen machen. Die Richter in Karlsruhe hatten wenige Stunden zuvor entschieden, dass das Ehegattensplitting auch gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften zusteht. Und zwar rückwirkend zum 1. August 2001.

Für SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gab der Richterspruch die willkommene Gelegenheit, um die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP in dieser Frage einmal mehr unter Druck zu setzen. Und so brachten SPD und Grüne einen Geschäftsordnungsantrag ein, um noch am folgenden Freitag über den Gesetzentwurf des Bundesrates zur Gleichstellung der Le-

benspartnerschaften mit der Ehe im Einkommensteuerrecht (17/12858) in Erster Lesung zu beraten. Für die Koalition ist das Thema deshalb so unangenehm, weil sie in der Frage der konsequenten Gleichstellung von heterosexuellen und homosexuellen Paaren völlig uneins ist. Während die FDP ebenso wie die Opposition für eine Gleichstellung in Steuerfragen und beim Adoptionsrecht eintritt, wollten dies Christdemokraten und Christsoziale mehrheitlich mit Verweis auf den im Grundgesetz verbrieften Schutz der Ehe verhindern. Für sie ist die gleichgeschlechtliche Partnerschaft eben keine Ehe.

Unionsinterne Diskussion Doch in der Union selbst regte sich seit geraumer Zeit Widerstand gegen die offiziellen Parteilinien. Vor allem in der CDU. Noch im Dezember vergangenen Jahres war eine Gruppe von 13 CDU-Abgeordneten auf dem Bun-

desparteitag in Hannover vergleichsweise knapp mit ihrem Vorstoß gescheitert, ihre Partei auf einen neuen Kurs zu bringen. Seitdem schwelte das Thema „Home-Ehe“ allerdings beständig weiter. Und nicht wenige Christdemokraten hoffen auf eine entsprechende Kurskorrektur durch das Bundesverfassungsgericht. In der vergangenen Woche wurden diese Hoffnungen durch Karlsruhe erfüllt. Die Union musste sich bewegen. Und das tat sie dann auch. In einer am Freitag Morgen einberufenen Fraktionssitzung wurde verabredet, noch vor der parlamentarischen Sommerpause einen entsprechenden Gesetzentwurf zum Ehegattensplitting vorzulegen.

In einem Punkt war sich die Koalition allerdings einig. Eine öffentlichkeitswirksame Debatte im Plenum wollte man sich von der Opposition am vergangenen Freitag nicht aufzwingen lassen. Und so wurde deren Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung mit

den Stimmen von Union und Liberale abgelehnt.

Kritik der Opposition Sozialdemokraten, Linke und Grüne nutzen die rund 20-minütige Geschäftsordnungsdebatte trotzdem, um die Koalition politisch unter Druck zu setzen. Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Thomas Oppermann, warb eindringlich dafür, über den Gesetzentwurf des Bundesrates zu debattieren: „Wir haben vier Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts: zur Gleichstellung bei der Altersversorgung, bei der Erbschaft und Schenkungssteuer, beim Familiennachschlag und bei der Sukzessivadoption. Jetzt gibt es auch noch das Urteil zum Ehegattensplitting.“ Der Bundestag müsse jetzt zügig entscheiden, um „den verfassungswidrigen Zustand“ bei der Gleichstellung von Hetero- und Homosexuellen zu beenden. In diesem Sinne argumentierten auch die Parlamentarischen Geschäftsführer Barbara Höll (Linke) und Volker Beck (Grüne). Sie warfen der Union vor, mit ihrer Verweigerungshaltung die „Homophobie in der Gesellschaft“ befördert zu haben. „Beenden Sie die verfassungswidrige Diskriminierung von Lesben und Schwulen, und pfeifen Sie vor allem diejenigen in der Unionsfraktion zurück, die das Nein zur Gleichstellung mit einer Diffamierung der Lesben und Schwulen als Bürger zweiter Klasse verbinden“, schimpfte Beck in die Reihen der Koalitionsfraktionen.

Unterschiedliche Reaktionen Die Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU- und der FDP-Fraktion wiesen die massive Kritik der Opposition zurück. Allerdings mit unterschiedlichem Zungenschlag. Michael Grosse-Brömer erklärte für die Union, dass man die Vorgaben der Urteils „selbstverständlich umsetzen“ werde. CDU und CSU seien „rechtsstaatlich orientierte Parteien“. Er stellte zugleich jedoch klar: „Ehe und Familie bleiben das Fundament dieser Gesellschaft. Das bleibt die Grundüberzeugung der Union. Daran wird das Urteil nichts ändern.“ Grosse-Brömer bezweifelte zudem, dass der Gesetzentwurf des Bundesrates den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts gerecht werde, weil die Rückwirkung darin nicht vorgesehen sei. Im Gegensatz dazu machte sein FDP-Kollege Jörg van Essen keinen Hehl daraus, dass sich seine Fraktion „über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts natürlich in besonderer Weise freut“. Ebenso wie Grosse-Brömer erklärte er den Gesetzentwurf des Bundesrates für nicht geeignet. Deshalb werde die Koalition „sehr schnell einen eigenen Gesetzentwurf mit unseren Vorstellungen in den Bundestag einbringen. Wir wollen, dass die erste Lesung bereits in der nächsten Woche stattfindet“, sagte van Essen.

Sitzungsabbruch Das Urteil aus Karlsruhe war aber nicht das einzige Ereignis, das den parlamentarischen Betrieb aus seinem Fahrplan brachte. Am Donnerstagabend war die Sitzung des Bundestages vorzeitig abgebrochen worden. Nachdem nur 268 der insgesamt 620 Abgeordneten an einer Abstimmung zur Feststellung der Beschlussfähigkeit der Bundestages teilgenommen hatten, erklärte Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Linke) gemäß der Geschäftsordnung des Bundestages die Plenarsitzung für beendet. Beschlussfähig ist der Bundestag nur, wenn mehr als die Hälfte aller Abgeordneten anwesend sind. Jörn Wunderlich (Linke) hatte dies angezweifelt und eine Abstimmung im sogenannten Hammelsprungverfahren beantragt. Die anstehenden Abstimmungen über das Arzneimittelgesetz und andere Gesetzesvorlagen sowie Beratungen über etliche Anträge absolvierte das Plenum dann am Freitag. Alexander Weinlein

An der Quote scheiden sich die Geister

WISSENSCHAFT Koalition und Opposition wollen mehr Frauen an den Hochschulen

Mittel- bis langfristig soll der Frauenanteil auf allen Karrierestufen von Hochschulen und Forschungseinrichtungen bei mindestens 30 bis 40 Prozent liegen. Das fordern die Koalitionsfraktionen in einem Antrag (17/12845), den der Bundestag am vergangenen Donnerstag in erster Lesung in die Ausschüsse überwiesen hat. Union und FDP bedauern, dass „die Gleichstellung von Frauen und Männern in den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen der deutschen Wissenschafts- und Forschungslandschaft noch nicht auf allen Karrierestufen erreicht ist“. Dieser Befund sei zwar „höchst unbefriedigend“. Es handle sich allerdings nur eine Momentaufnahme, da es gute, zukunftsweisende Ansätze gebe, um diesen Mangel zu beheben, heißt es in der Vorlage.

Gleichstellungskonzept Konkret fordern die Koalitionsfraktionen die Bundesregierung auf, die Ergebnisse der Evaluation der Gleichstellungsstandards der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und deren Übertragung in die Projekt- und Ressortforschung des Bundes zu prüfen und wenn möglich zu integrieren. Außerdem sollte die Regierung ihre Rolle als Impulsgeber in Fragen der Chancengleichheit in Wissenschaft und Forschung durch ein gleichstellungspolitisches Konzept stärken, regen Union und FDP an.



Chemikerin an der Universität Jena

Keine Unterstützung durch die Koalitionsfraktionen fand hingegen die Forderung der Opposition, verbindliche Zielquoten zu bestimmen, deren Nichterfüllung mit Konsequenzen in der regulären Mittelvergabe gehen würde. Ein entsprechender gemeinsamer Antrag von SPD, Linksfraktion und Bündnis 90/Die Grünen (17/9978) wurde mit der Koalitionsmehrheit abgelehnt. Die Oppositionsfraktionen hatten darin die Regierung aufgefordert, gemeinsam mit den Ländern, Zielquoten nach dem Kaskaden-

modell in den Forschungsorganisationen einzuführen, weiter zu entwickeln und verbindlich auszugestalten. Dieses Modell sieht vor, dass in jeder Hierarchieebene der Frauenanteil erreicht wird, der bereits auf der jeweils darunter gelegenen Ebene besteht.

Druck kontra Anreize Um Druck auf die Wissenschaftseinrichtungen auszuüben, soll nach dem Vorstellungen der Opposition die Vergabe eines Teils der Mittel des Pakts für Forschung und Innovationen an die Erfüllung quantifizierter gleichstellungspolitischer Ziele gebunden werden. Die Regierung, so lautet der Vorwurf der Oppositionsfraktionen, nehme das Thema nicht ernst genug. Es seien zu wenige Daten vorhanden und der Handlungsbedarf werde nicht richtig erkannt.

Aus Sicht der Koalition besteht zwar Einigkeit darüber, dass Frauen in der Wissenschaft mehr Unterstützung benötigen. Allerdings ziehe man eine Stärkung der Anreize von der Opposition geplanten Sanktionen vor. Den Vorwurf, die Regierung sei in dieser Frage zu passiv, wiesen Union und FDP zurück. Schließlich sei das Professorinnenprogramm fortgeschrieben worden, um das Zeitfenster bis 2019 zu nutzen und die Frauenquote zu erhöhen, wenn Professorinnen und Professoren in den Ruhestand gingen. Götz Hausinger

Die Angst vor Hollywood

KULTUR Sorgen wegen Freihandelsabkommen mit den USA

Kulturpolitiker in ganz Europa sind besorgt wegen des geplanten Freihandelsabkommens TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) zwischen der Europäischen Union und den USA. Denn im Zuge einer möglichen Deregulierung der Bereiche Kultur und Medien könnten gezielte staatliche Förderungen etwa der Filmindustrie oder des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Zukunft unmöglich werden. Dadurch, so lautet die Sorge, könnte die Kultur zu einem reinen Wirtschaftsgut werden, das sich nicht mehr über Qualität und Anspruch definiert, sondern ausschließlich durch Einschalt- und Besucherquoten. Besonders stark betroffen wäre die viele kleine und mittlere europäische Filmproduktionsfirmen, die der geballten Wirtschaftskraft der amerikanischen Filmindustrie in Hollywood kaum etwas entgegen zu setzen hätte. In Deutschland steht beispielsweise das System der staatlichen Filmförderung durch Bund und Länder auf dem Spiel.

Parlament kontra Kommission Das Europäische Parlament forderte die EU-Kommission Ende Mai zwar auf, die Bereiche Kultur und Medien von vornherein aus den Verhandlungen mit den USA auszuklammern. Doch die Entscheidung des Parlaments ist für die Kommission nicht bindend. Der EU-Handelsminister wird voraussichtlich in der kommenden Woche in

KURZ NOTIERT

Digitalisierung verwaister Werke soll einfacher werden

Die Bundesregierung will das Urheberrechtsgesetz ändern, um die Veröffentlichung von Werken zu ermöglichen, deren Rechteinhaber unbekannt sind. Zudem soll Autoren, die für Periodika mit überwiegend öffentlicher Förderung wissenschaftliche Texte schreiben, zwölf Monate nach einer Veröffentlichung ein Zweitverwertungsrecht für nichtkommerzielle Zwecke zugestanden werden. Den entsprechenden Gesetzentwurf (17/13423) überwies der Bundestag am vergangenen Freitag zur weiteren Beratung in die Ausschüsse. Nach dem Willen der Regierung soll es vor allem Bibliotheken, Archiven und öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten gestattet werden, sogenannte „verwaiste Werke“ zu digitalisieren und im Internet zu veröffentlichen, „damit sie nicht dem kulturellen Erbe verloren gehen“. Als „verwaist“ gelten Print-, Musik- und Filmwerke, deren Rechteinhaber nicht ermittelt werden können. kos

Grüne fordern Kriterien für Kulturförderung

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen will die Kriterien der Kulturförderung durch den Bund auf den Prüfstand stellen. In ihrem Antrag (17/12196), den der Bundestag am vergangenen Freitag in die Ausschüsse überwies, kritisieren die Grünen, dass kein Kriterienkatalog vorliege, „der transparent offen legt, inwiefern kulturelle Institutionen und Projekte von „gesamtsstaatlicher Bedeutung“ sind und sich somit für die Bundesförderung qualifizieren“. Die Grünen fordern die Bundesregierung deshalb auf, entsprechende Förderkriterien zu entwickeln und zu veröffentlichen. Diese müssten beispielsweise sicherstellen, dass alle künstlerischen Sparten zumindest annähernd gleichberechtigt in den Genuss der staatlichen Förderung kommen. Primäres Ziel der Kulturförderung müsse es sein, auch Menschen mit Behinderung, geringem Einkommen oder einem Migrationshintergrund den Zugang zu Kunst und Kultur zu ermöglichen. Die Grünen sprechen sich zudem für die Einsetzung einer Fachjury aus, die den Staatsminister für Kultur und Medien bei der Förderung von Kultureinrichtungen und Projekten beraten soll. aw

Linke scheitert mit Initiativen zum Urheberrecht

Kindertagesbetreuungseinrichtungen müssen prinzipiell auch weiterhin Lizenzverträge für das Fotokopieren von Liedtexten und Noten abschließen. Ein Gesetzentwurf der Linksfraktion zur Einbeziehung von Kitas in die sogenannte Schrankenregelungen im Urheberrecht (17/13768), um Kitas von der Pflicht auszunehmen, wurde am vergangenen Freitag mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und FDP bei Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt mit dem gleichen Stimmverhältnis wurde ein Antrag der Linksfraktion (17/11043) zum System der Verwertungsgesellschaften. Die Fraktion hatte unter anderem gefordert, diese Einrichtungen gesetzlich zu einer „grundlegend demokratischen Binnenstruktur“ zu verpflichten und die Aufsicht über die Gesellschaften durch eine Bundesbehörde neu zu regeln. aw

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Herr Präsident, wie bewerten Sie die Beziehungen zu Deutschland auf parlamentarischer Ebene?

Taiwan und Deutschland sind Demokratien. In Taiwan wurde 2005 in einer Verfassungsänderung das deutsche System beschlossen, nach dem jeder Wahlberechtigte bei der Parlamentswahl zwei Stimmen hat, eine für den Direktkandidaten und eine für die Partei. Ein Unterschied besteht in der Sitzverteilung: In Taiwan wird sie nach dem Grabenwahlsystem, in Deutschland nach dem Verhältniswahlsystem durchgeführt. Seit der Einführung dieses neuen Wahlsystems im Jahr 2008 sind lediglich fünf Jahre vergangen.

Sowohl in Taiwan als auch in Deutschland gibt es parlamentarische Freundeskreise, die sich regelmäßig besuchen. Taiwan hofft, durch den guten und intensiven Austausch dieser Abgeordneten von den deutschen Erfahrungen mit demokratischen Wahlen zu profitieren und das eigene Wahlsystem schrittweise immer weiter zu verbessern. Ein weiterer Punkt ist der Wunsch Taiwans auf die Mitgliedschaft in der internationalen Gemeinschaft. Obwohl ihm das bisher verwehrt wird, möchte Taiwan gern mehr zur Weltgesellschaft beitragen und hofft, dass die freundschaftlichen Beziehungen beider Parlamente eine Plattform für weiteren Austausch werden kann. Seit langem arbeitet es zum Beispiel an einem Wirtschaftsabkommen mit der EU, bei dessen Abschluss die Unterstützung der Bundesregierung vielleicht hilfreich sein könnte. Auch Mitgliedschaften in der Internationalen Zivilluftfahrtsorganisation (ICAO) und dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) werden angestrebt.

Taiwan gilt als liberales, als freies Land und ist doch mit China auf eine Art verbunden, die nicht unproblematisch ist. Welche Auswirkungen hat die Ein-China-Politik und wie wird sie sich entwickeln?

Unter der Regierung von Präsident Ma hat Taiwan in den vergangenen fünf Jahren im Rahmen der Verfassung am Status quo und der Politik der drei Nein festgehalten: Nein zur Unabhängigkeit, Nein zur Wiedervereinigung und Nein zur militärischen Gewalt. Als oberstes Prinzip gilt das Wohl der taiwanischen Bevölkerung. Unter diesen Voraussetzungen führte die Regierung regelmäßige, systematische Verhandlungen mit Festland-Chi-

lich mehr Kraft, um die Regierung besser kontrollieren zu können?

Taiwan hat im Juli 1987 das Kriegsrecht aufgehoben und im September wurde die erste Oppositionspartei, die Demokratische Fortschrittspartei DPP, gegründet. Als 1992 das Parlament komplett neu gewählt wurde, waren auch zahlreiche Abgeordnete der Opposition dabei. Im Jahr 2000 kam die bisherige Opposition an die Regierung, acht Jahre später kehrte die Kuomintang dorthin zurück. Das waren zwei friedliche, demokratische Machtwechsel, die laut dem amerikanischen Politologen Samuel Huntington die Bedingungen sind, um aus einer jungen eine feste Demokratie zu machen. Darauf sind wir Taiwaner sehr stolz. Nicht alle jungen Demokratien gehen einen solch unblutigen Weg. Taiwan ist glücklich über seine demokratischen Errungenschaften. Als Land ohne Naturressourcen ist die Regierung gefordert, die Entwicklung in vielen Bereichen voran zu treiben. Daher ist sie dank ihrer Tatkraft in der Öffentlichkeit sehr präsent.

Die Arbeit des Parlaments ist dagegen weniger auffallend: Laut Verfassung muss es die Arbeit der Regierung kontrollieren. Das tut es gewissenhaft. Auf der anderen Seite kommt auch die Evaluation nicht zu kurz: Das Parlament überprüft laufend die eigene Arbeit und sucht sie bei Fehlern und Versäumnissen zu verbessern. Da es verhältnismäßig jung ist, nutzt es auch gern die Erfahrung von Parlamentariern aus anderen Ländern, beispielsweise Deutschland.

Welche Haltung hat Ihr Parlament im Streit um die Diaoyutai-Inseln?

Dass die Diaoyutai-Inseln zum Territorium Taiwans gehören, ist unter allen Abgeordneten Konsens, unabhängig davon, ob sie zur Regierung oder zur Opposition gehören. Da auch Japan und China Hoheitsansprüche angemeldet haben, hat Präsident Ma im letzten Jahr eine Friedensinitiative für das ostchinesische Meer ins Leben gerufen. Sie basiert auf den Prinzipien „Sicherstellung der Souveränität, Beendigung der Streitigkeiten, Streben nach Frieden und Reziprozität sowie Förderung der gemeinsamen Erschließung und Entwicklung“. Diese Politik hat auch schon erste Früchte getragen: Taiwan bemüht sich seit 1996 um ein Fischereiabkommen mit Japan, das jetzt im April 2013 unterzeichnet worden ist. Darin werden Taiwan die Fischereirechte im Gebiet von Diaoyutai garantiert, sodass die japanische Küstenwache in Zukunft keine taiwanischen Fischer mehr von dort vertreiben wird. Natürlich bleibt Taiwans Hoheitsanspruch dadurch unangetastet.

Seit der jüngsten Verfassungsreform im Jahr 2005 wurden die Parlamentssitze von 225 auf 113 halbiert. Was hat das an der Arbeit der Parlamentarier geändert?

Die Reduzierung der Parlamentssitze war ein Wunsch im Wahlprogramm der verschiedenen Parteien, den die Regierung 2005 umgesetzt hat. Dadurch zieht jetzt pro Wahlkreis nur noch ein direkt gewählter Abgeordneter ins Parlament ein. Dieser eine Abgeordnete muss seine Arbeit im Parlament gut machen und außerdem seinen Wahlkreis intensiv pflegen, damit er weiterhin die Unterstützung seiner Anhänger behält. Gleichzeitig muss er die Partei überzeugen, damit sie ihn zur Wiederwahl aufgestellt. Ansonsten hat er sich auf potenzielle Herausforderer einzustellen. Um effizienter zu sein, lassen sich die Abgeordneten bei der Arbeit von kompetenten Mitarbeitern unterstützen und können so bei den Debatten sehr überzeugend auftreten. Für Lobbyisten ist es daher auch nicht mehr so leicht, sich unbefangenen Zugang zu einem Abgeordneten zu verschaffen.

Welche Rolle spielt Taiwan in zehn Jahren – in Asien, in der Welt?

Die wirtschaftliche Entwicklung Asiens stellt sich zurzeit außerordentlich günstig dar. 1980 betrug der Anteil Asiens nicht einmal ein Fünftel der Weltwirtschaftsleistung, heute sind es bereits ein Drittel. Im Vergleich zu den USA und der EU sind sowohl die Arbeitslosenquote als auch die Inflationsrate relativ niedrig. In der Zukunft wird sich der Schwerpunkt der Weltwirtschaft womöglich nach Asien verlagern. Wenn sich die gegenwärtige Entwicklung bis 2015 fortsetzt, wird die Wirtschaftsleistung von Asien genauso groß sein wie die der USA und Europas zusammen. Tai-



Der taiwanische Parlamentspräsident Jin-Pyng Wang

na, die zu einer nie da gewesenen friedlichen Atmosphäre in der Taiwanstraße beigetragen haben. Das Ziel der taiwanischen und der chinesischen Regierung ist das Wohl der Menschen auf beiden Seiten der Taiwanstraße. Das Ergebnis der Verhandlungen sind bisher 18 Abkommen und zwei Vereinbarungen. Natürlich müssen diese Abkommen vom Parlament kontrolliert und gebilligt werden. Das Parlament sieht es als seine Aufgabe, die Arbeit der Regierung zum Vorteil der Bevölkerung zu kontrollieren. Nachdem Taiwan und China das Rahmenabkommen für eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet hatten, wurden einige Handelshindernisse beseitigt. Das ist auch für andere Länder von Vorteil: Sie können Taiwan für Investitionen nutzen und als Brückenkopf für Kooperationsgeschäfte mit China.

Die Rolle des Parlaments in Taiwan ist im Vergleich zu westlichen Demokratien relativ schwach. Wünschen Sie sich gelegent-

lich mehr Kraft, um die Regierung besser kontrollieren zu können?

Die Politik der drei Nein

TAIWAN Jin-Pyng Wang, der Präsident des Parlamentes der Republik China, über die Rolle seines Landes in Asien und das schwierige Verhältnis zur Volksrepublik China



ZUR PERSON

Der taiwanische Parlamentspräsident Jin-Pyng Wang ist einer der führenden Politiker der regierenden Nationalen Volkspartei Kuomintang (KMT). Wang ist studierter Mathematiker. Der 72-jährige Politiker wurde bereits 1999 erstmals zum Parlamentspräsidenten gewählt.

ZUR SACHE

Mit dem Ende des chinesischen Bürgerkriegs 1950 und der ein Jahr zuvor stattgefundenen Gründung der Volksrepublik China beschränkte sich das verbleibende Staatsgebiet der Republik China fast auf die Provinz Taiwan. Bis zu einer Verfassungsänderung 1992 beherrschte die Kuomintang Taiwan wie eine Einheitspartei. Direkte Präsidentschaftswahlen wurden erstmals 1996 abgehalten. Taiwan verlor 1971 seine Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen, die fortan die Volksrepublik China inne hatte. Daraus folgte, dass die meisten UN-Mitgliedsstaaten diplomatische Beziehungen mit der Volksrepublik aufnahmen und die Beziehungen zu Taiwan abbrachen. Während die Volksrepublik China Taiwan als Teil ihres Territoriums betrachtet, wird umgekehrt argumentiert, Festland-China habe sich 1949 von Taiwan abgespalten. Demzufolge sei Taiwan staatsrechtlich eine eigenständige Nation. Tatsächlich ist der Status Taiwans bis heute ungeklärt. Trotz der Entspannung der letzten Jahre belauern sich Taiwan und das Festland hochgerüstet entlang der Taiwanstraße.

wan ist eine freie Marktwirtschaft, und seine ökonomische Entwicklung ist eng mit der Weltwirtschaft verflochten. Was den Export und den Import angeht, so stand Taiwan 2012 an 17. und 18. Stelle weltweit. Was den Bereich der Politik betrifft, gibt es in Asien viel Potenzial für Spannungen, auch außerhalb der koreanischen Halbinsel. Das stetig wachsende Militärbudget Chinas und die rasante Modernisierung seiner Streitkräfte verunsichern seine Nachbarstaaten, die sich von China unter Druck gesetzt fühlen. Taiwan befindet sich auf dem Knotenpunkt zwischen Nord- und Südostasien. Die Bedeutung seiner geopolitischen Lage muss nicht weiter betont werden, doch Taiwan verfügt auch über viel Erfahrung, was die mögliche militärische Bedrohung durch China angeht. Politisch und wirtschaftlich ist Taiwan ein sehr stabiles Land und kann gut als Beispiel dienen für Entwicklungsländer in Asien, die sich auf den Weg in die Demokratie gemacht haben.

Wie stark ist der Parlamentarismus in der Bevölkerung als Autorität akzeptiert?

In jedem Land ist der Grad der Zufriedenheit mit den Abgeordneten eher niedrig, auch Taiwan ist da keine Ausnahme. Im taiwanischen Parlament sind vor allem zwei große Volksparteien vertreten: die Kuomintang und die DPP. Selbstverständlich verfolgt jede Partei ihre eigene Politik. Wenn das Parlament mehr in eine Richtung entscheidet, sind die Anhänger der anderen unter Umständen verstimmt. In dieser schwierigen gesellschaftlichen Situation ist der Zufriedenheitsgrad mit dem Parlament natürlich nicht hoch. Hinzu kommen die Medien. In Taiwan gibt es eine Vielzahl von Nachrichtensendungen. Der Anteil der Parlamentsberichterstattung ist dabei sehr hoch, entsprechend auch die Kritik an der Arbeit der Volksvertreter. Das alles ist aber normal in einer Demokratie.

Das Interview führte Jörg Biallas.



Unabhängig und doch nicht frei – ein Land sucht seinen Weg

BEGEGNUNGEN Trotz enormer wirtschaftlicher Wachstumsraten überschattet das Verhältnis zum chinesischen Festland die Zukunft der jungen Demokratie in Taiwan

Das „Deutsche Institut“ residiert im unteren Drittel des „Taipei 101“, jenes Wolkenkratzers, der nach der Anzahl seiner Stockwerke benannt ist. Aber auch aus dem 31. Stockwerk des bis noch vor wenigen Jahren höchsten Gebäudes der Welt ist der Blick über Taiwans Hauptstadt atemberaubend. „Jedenfalls, wenn das Wetter schön ist“, sagt Michael Zickerick. Er ist Diplomat und Chef des Instituts. Weil beide Länder keine diplomatischen Beziehungen unterhalten, gibt es das Institut und keine Botschaft. Auf Zickericks Visitenkarte steht unter seinem Namen nicht „Botschafter“, sondern „Generaldirektor“. Das sagt er schmunzelnd, „war ich vorher nie“. Zu den Aufgaben des Instituts gehört die Pflege der deutsch-taiwanischen Beziehungen vor allem auch im wirtschaftlichen Bereich. Die taiwanische Ökonomie hat sich in den letzten Jahrzehnten enorm entwickelt. Die seit den 1980er Jahren bestehenden Wirtschafts-

kontakte zu Deutschland haben dabei eine große Rolle gespielt. 2012 betrug das bilaterale Handelsvolumen 13 Milliarden Euro. Damit war Taiwan der fünfgrößte deutsche Wirtschaftspartner in Asien.

Reger Handel „Taiwan hat einen rasanten Aufstieg im Hightech-Bereich genommen“, sagt Roland Weil, Leiter des Deutschen Wirtschaftsbüros AHK. Inzwischen haben sich 200 taiwanische Unternehmen in Deutschland niedergelassen. Umgekehrt engagieren sich 250 deutsche Firmen auf der Pazifik-Insel. Eine davon ist Mercedes-Benz. „2005 haben wir hier gut 4.000 Pkw verkauft, 2012 waren es schon 10.000“, berichtet Eckart Mayer, Präsident von Mercedes-Benz Taiwan. Auf der Insel, die etwa so groß wie Baden-Württemberg ist, aber mit 23 Millionen Einwohnern so vielen Menschen wie Australien eine Heimat bietet, hat Mercedes 32 Händlerbetrie-

be. Die Automarke genießt einen guten Ruf in Taiwan. Umgekehrt werden taiwanische Produkte kaum als Label wahrgenommen. Wer weiß in Europa schon, dass der Fahrrad-Produzent Giant oder der Computer-Hersteller Acer ihre Stammsitze in Taiwan haben?

I-Min Tong ist Leiter der Abteilung für Internationale Zusammenarbeit im Wirtschaftsministerium. Als größte Herausforderung seines Landes nennt er die Energiepolitik: „Wir müssen jeden Tropfen Benzin, alles Gas importieren.“ Die Stromerzeugung basiert überwiegend auf Kernenergie. Das ist schon deshalb ein Problem, weil die Reaktoren auf dem technischen Niveau des Katastrophenreaktors im japanischen Fukushima sind und Taiwan als ähnlich anfällig für Erdbeben und Tsunamis gilt. Während Taiwans Beziehungen zu Japan traditionell freundschaftlich sind, ist das Verhältnis zum chinesischen Festland bei aller Entspannung der jüngeren Ver-

gangenheit nach wie vor ein bestimmendes Thema. Die Regierungspolitik der Kuomintang (KMT) setzt darauf, die politische Abhängigkeit von China aufzuweichen, aber zunächst den Status quo beizubehalten. Die KMT nimmt damit in Kauf, dass Taiwan diplomatisch isoliert bleibt. Die oppositionelle Demokratische Fortschrittspartei (DPP) will hingegen das Streben nach Unabhängigkeit forcieren, in der Hoffnung, dass die Abkehr der Volksrepublik vom Kommunismus diesem Prozess Vorschub leistet.

Wunsch und Erwartung Die Bevölkerung ist in dieser Frage gespalten. Nach aktuellen Umfragen plädieren zwar 70 Prozent der Taiwaner für eine Unabhängigkeit ihres Landes. Allerdings nur, wenn damit keine zusätzliche militärische Bedrohung durch China verbunden ist. Wäre das der Fall, ist nur noch ein Drittel der Taiwaner für eine Abspaltung,

Ganze zehn Prozent sprechen sich übrigens für eine Einheit mit China aus. Anders verhält es sich, wenn nicht nach Wünschen, sondern nach Erwartungen gefragt wird: Jeder Zweite geht davon aus, dass Taiwan eines Tages mit China vereinigt sein wird; nur ein Drittel erwartet die Unabhängigkeit. Die DPP-Politikerin Bin-Khim Hsiao formuliert die Haltung ihrer Partei so: „Wir sind nicht gegen gute Kontakte zu China.“ Aber: „Dabei darf nicht vergessen werden, dass Taiwan ein unabhängiges Land ist.“ Politische Unterstützung, gerade auch aus Europa, sei wichtig. Die Rechtsanwältin Hsiao nennt zuvorderst den Zugang zu internationalen Organisationen. Und sie wirbt für Geduld: „Meinungsfreiheit, freie Presse, Wahlrecht, unabhängige Justiz: Das alles ist noch jung.“ Gewiss, es gebe immer wieder Fälle von Korruption im Regierungsapparat. Aber: Diese würden dann aufgedeckt und gehandelt.

Auch sei mitunter chinesischer Einfluss auf die Medien des Landes sichtbar. Allerdings werde ein zu chinafreundlicher Journalismus durchaus als Problem wahrgenommen. „Taiwan braucht Zeit.“ So lautet auch das Fazit von Chong-Pin Lin. Der frühere KMT-Politiker war Vize-Verteidigungsminister. Er empfängt in seiner Wohnung in der obersten Etage eines Hochhauses. Lin ist das, was am treffendsten mit „elder statesman“ beschrieben ist. Bedächtig am grünen Tee nippend, beantwortet er Fragen mit Sätzen wie diesen: „China will Asien bestimmen, ohne Krieg, aber mit Wirtschaftskraft und Kultur.“ Dagegen werde schwer etwas auszurichten sein. Aber Chinas Nachbarn könnten sich auf dieses Machtstreben einstellen. Nicht als Gegner, sondern als Partner. Lin sagt: „Wir können ihnen helfen, ein besseres Leben zu führen.“ Wann das ein könnte? Lin lächelt und wiederholt: „Taiwan braucht Zeit.“ jbi ||

Jahrzehntelanger Stein des Anstoßes

GORLEBEN Der Untersuchungsausschuss legt seinen Abschlussbericht vor. Die Abgeordneten können sich weder auf gemeinsame Fakten noch ein Ergebnis einigen

Vor der Hacke ist es duster. Dieser alte Bergmanns-Spruch besagt, dass, wo mit Hacke und Schaufel Erz und Gestein weggeräumt wird, immer Gefahr lauert. Statt Erz und Gestein haben die Mitglieder des ersten Untersuchungsausschusses zum Thema Gorleben jede Menge Akten abgeräumt. Ob sie dabei aber ergebnislos gebohrt oder doch Licht ins Dunkel über die letzten 30 Jahre des umstrittenen Atommülllagers bringen konnten, bleibt auch nach Ende der Arbeit des Untersuchungsausschusses am vergangenen Donnerstag eine Glaubensfrage. Denn sowohl die im Ausschuss zusammengetragenen Fakten als auch die Ergebnisse werden von Regierung und Opposition vollkommen unterschiedlich bewertet. Zeugnis darüber legt der Ausschussbericht (17/13700) ab, der auf 1.728 Seiten die Arbeit des Ausschusses dokumentiert. Die Regierung kommt danach, in der Sprache der Bergleute, zu dem Schluss, „dass die Ergebnisse von 30 Jahren Gorleben-Erkundung nie Anlass gegeben haben, an der Eignungshöflichkeit des Salzstocks Gorleben für ein Endlager für alle Arten von radioaktiven Abfällen zu zweifeln“. Der Berichterstatter der CDU/CSU, Michael Paul, übersetzt die Bergmannssprache so, „dass es keine Gründe gibt, die daran zweifeln lassen, dass Gorleben geeignet sein könnte“.

Ohne gemeinsames Ergebnis Keine Zweifel hat auch die Opposition – und zwar daran, dass durch den Untersuchungsausschuss nunmehr eindeutig belegt werden kann, „dass politische Beeinflussung, Täuschung und Verschleierung bei Gorleben über Jahrzehnte hinweg eine Konstante waren“, schreiben sie im Abschlussbericht. Auch wenn es kein gemeinsames Ergebnis gab, zeigten sich alle Mitglieder des Ausschusses in der vergangenen Woche sichtlich erleichtert, den Ausschuss abschließen zu können. „Das ist eine Last, die dieser Ausschuss bewältigt hat, die uns manchmal auf dem Herzen und den Seelen lag“, sagte die Vorsitzende des Ausschusses, Maria Flachsbarth (CDU), als sie die zwei dicken Bände an Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) übergab. Trotz der unterschiedlichen Voten bezeichnete der Bericht als „vorzeigbares Ergebnis“ eines ebenso „komplexen wie brisanten Themas“ und als Beweis für die „Leistungsfähigkeit des Parlaments“. Auch wenn sich der Bericht vor allem mit der Vergangenheit des umstrittenen Atommülllagers beschäftigt, sagte Lammert in die Zukunft gerichtet, dass der gemeinsame Anlauf der Fraktionen für ein Endlager-Gesetz „sicherlich nicht völlig unabhängig von den Ergebnissen dieses Untersuchungsausschusses gesehen werden kann“. Die Linke hatte als Geschenk für den Bundestagspräsidenten den „Stein des Anstoßes“ mitgebracht: ein Salzkristall aus Gorleben.

Drei Jahre lang hatten sich die 15 Abgeordneten des Ausschusses – zum Teil äußerst kontrovers – vor allem um zwei Fragen gestritten: Warum hatte die Regierung unter dem damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) im Jahr 1983 entschieden, nur den Salzstock Gorleben auf eine Eignung für die Endlagerung von Atommüll zu untersuchen? Und: Ist es dabei zu politischen Einschränkungen oder Manipulationen gekommen? Um diesen Fragen auf den Grund zu gehen, hatten die Abgeordneten eine wahre Herkulesaufgabe vollbracht: In mehr als 90 Sitzungen wurden mehr als 50 Zeugen und Sachverständige befragt, darunter auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Außerdem wurden 5.600 Akten gesichtet und daraus 2.800 Ordner mit Vermerken, Briefen und Sachständen zusammengestellt, die von den Mitgliedern des Ausschusses durchgearbeitet wurden.

Kein Nachrichtenwert Für Reinard Grindel (CDU) eine vergebliche Mühe, denn, so sein Fazit bei der Debatte über den Bericht am vergangenen Donnerstag: „Bei diesem Untersuchungsausschuss ist nichts Neues herausgekommen, weil es die Skandale und Unzulänglichkeiten, von denen Sie sprechen, gar nicht gegeben hat.“ Denn ansonsten, sagte Grindel, selbst früher Journalist, „hätten sich die Zeitungen bei der Berichterstattung über unseren Ausschuss doch überschlagen müssen“. Er warf der Opposition vor, sie habe mit der Einsetzung des



Zum Atommülllager Gorleben gehört neben dem Lager für Castor-Behälter auch das Bergwerk im Salzstock.

Untersuchungsausschusses „aus rein parteitaktischen Gesichtspunkten das Thema am Kochen“ halten wollen und fügte hinzu: „Sie haben das Untersuchungsausschussrecht missbraucht, nichts anderes.“ Für die SPD kontierte Kirsten Lühmann, dass Grindel in einem Punkt Recht habe: „Dieser Untersuchungsausschuss hat keine neuen Erkenntnisse gebracht.“ Die Erkenntnisse seien alle schon vorhanden gewesen. „Nur wurden sie von ihnen immer wieder bestritten“, sagte sie. Es sei daher gut, dass durch den Ausschuss alle Dokumente öffentlich und für die Öffentlichkeit einsehbar seien.

Beschränkter Aufklärungswille Ute Vogt, Berichterstatterin der SPD, erhob den Vorwurf, ein „Teil des Ausschusses hätte bis zum Schluss nur sehr beschränkten Aufklärungswillen erwiesen“. Vogt bekräftigte, dass die Standortwahl für Gorleben 1977 „aufgrund politischer Vorgaben“ erfolgt sei. 1983 habe es zudem eine Einflussnahme auf den Bericht von Wissenschaftlern gegeben, die erklärt hatten, „es reicht nicht aus, nur einen Standort zu untersuchen“. Nach 1997 sei Gorleben nicht „mehr entlang der Erfordernisse der Wissenschaft erkundet worden, sondern nur noch entlang der vor-

handenen Salzrechte“, betonte sie. Angelika Brunkhorst (FDP) warf ihr daraufhin vor: „Die Opposition hält unbeherrschbar an ihren Verschwörungstheorien fest, ohne die Erkenntnisse aus dem Ausschuss überhaupt wahrzunehmen. Die Argumentation der Opposition sei nicht schlüssig und „die rudimentären Versuche der Beweisführung völlig misslungen“. Gleichzeitig betonte sie, es sei nicht Aufgabe des Ausschusses gewesen, zu prüfen, ob der Salzstock Gorleben geeignet sei, sondern, ob die damalige Regierung unter Helmut Kohl 1983 Druck auf die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) ausgeübt habe. „Dieser Vorwurf konnte klar widerlegt werden. Es gab keine politische Manipulation“, sagte die FDP-Politikerin.

Anderer Meinung war Dorothee Menzner (Die Linke). Sie warf der Regierung vor, sie habe das Regierungshandeln der Vergangenheit „reinwaschen“ wollen. Der Standort Gorleben hätte gegen alle Bedenken „durchgeboxt“ werden sollen. Aus den Unterlagen der Opposition könne man ablesen, dass über Jahrzehnte ein echtes Konzept für die Lagerung dieser gefährlichen Stoffe, „die die Menschheit je hervorgebracht hat“, gefehlt habe. Im Gegensatz zum Gesetzentwurf für



Die Ausschussvorsitzende Maria Flachsbarth (links) bei der Übergabe des Berichts an Bundestagspräsident Norbert Lammert (rechts, beide CDU).

Klares Zeichen für die Asse

ATOM Expertengespräch über Stand der Arbeiten vor Ort

Das Gesetz über die Rückholung des radioaktiven Abfalls aus der Asse (Wolfenbüttel) ist zwar erst seit sechs Wochen im Kraft. Dennoch wollte der Umweltausschuss mit seinem Expertengespräch in der vergangenen Woche noch vor Ende der Legislaturperiode eines deutlich machen: Das Thema

bleibt weiter im Blickfeld des Parlaments. Dabei bekräftigte die Bundesregierung ihr Ziel, die Fässer mit radioaktiven Abfällen aus der Schachanlage Asse zurückzuholen und die Anlage stillzulegen. Die Rückholung ist nach den bisherigen Planungen für das Jahr 2033 vorgesehen. „Wir setzen alles daran, es so schnell wie möglich und so sicher wie möglich zu machen“, betonte die Parlamentarische

»Asse-Gesetz muss schnell mit Leben erfüllt werden.«

Regina Bollmeier
Bürgermeisterin der
Samtgemeinde Asse

Staatssekretärin im Bundesumweltministerium (BMU), Ursula Heinen-Esser (CDU). Gleichzeitig machte sie deutlich, dass die Rückholung der Fässer und die Stilllegung der Anlage eine neue Dimension hätten: „Es ist eine Herausforderung, vor der wir stehen, die wir mit nichts vergleichen können“, sagte Heinen-Esser.

Die Vizepräsidentin des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), Stefanie Nöthel, hob hervor, dass das Asse-Gesetz eine neue Rechts- und Planungssicherheit bringe. Durch das Gesetz habe die „Rückholung eine neue Priorität erhalten“, betonte sie. Sie wies zudem darauf hin, dass die Zeit dränge. „Wir sind in einer Situation, in der wir schnell vorankommen müssen“, sagte sie und fügte hinzu: „Wir können uns nicht viele Fehler leisten.“

Auf die Frage, wie die Bürger vor Ort die Umsetzung des Gesetzes empfinden, sagte die Bürgermeisterin der Samtgemeinde Asse, Regina Bollmeier, dass das Gesetz vor Ort „nicht zu spüren sei“. Allerdings stoße bei den Bürgern die lange Planungszeit auf Unverständnis. Es sei nicht nachvollziehbar, warum für den Bau des geplanten Schachts fünf insgesamt 15 Jahre veranschlagt würden. Außerdem fragte sie, warum noch keine Planungen für die notwendigen Konditionierungs- und Pufferanlagen bekannt seien. „Das Asse-Gesetz muss mit Leben erfüllt werden“, betonte Bollmeier.

Auch Udo Dettmann vom Asse-II-Koordinierungskreis, einem Zusammenschluss von Bürgerinitiativen, äußerte sich positiv über die Bemühungen von Bundestag und Bundesregierung. Das Gesetz sei ein „klares Zeichen, dass sie unser Problem zu ihrem gemacht haben“, erklärte er. Er wies darauf hin, dass der Zeitplan für die Rückholung der Fässer um drei Jahre auf 2033 überarbeitet worden sei. „Wir sind vom Zwischensprint zurückgefallen in den Dauerlauf“, sagte er. Außerdem kritisierte Beckmann, dass es Unklarheit über die sogenannten „Module“, die einzelnen Planungsschritte, auf diesem Weg gebe.

Kurzer Zeitraum Maria Flachsbarth (CDU) sagte, dass sechs Wochen kein ausreichender „Zeitraum“ sei, um Ergebnisse vorweisen zu können. Man habe aber die Gelegenheit vor Ende der Legislaturperiode nutzen wollen, sich über den Stand der Dinge informieren zu lassen. Ute Vogt (SPD) erkundigte sich nach dem Sachstand bei der Entsorgung der Lauge, die in das Bergwerk eindringt. BfS-Vizepräsidentin Nöthel sagte dazu, es gebe Vorbereitungen, die Lauge einzubetonieren.

Für die FDP erkundigte sich auch Angelika Brunkhorst, warum für den Schacht eine so lange Bauzeit geplant sei. Dazu sagte Nöthel, dass man im Gegensatz zum Bau von Industrieschächten, nicht viele Möglichkeiten habe, das Bergwerk an den Schacht anzuschließen. Die Sicherheit müsse im Vordergrund stehen. Dorothee Menzner (Die Linke) kritisierte, dass bislang die Internetpräsenz zur Information der Bevölkerung noch nicht ausreichend sei und fragte, warum die Asse weiterhin als Endlager bezeichnet werde. Sylvia Kotting-Uhl sagte dazu, sie glaube, dass diese Frage durch das Gesetz ausreichend geregelt sei. Sie wies jedoch eindringlich darauf hin, dass es notwendig sei, dass sich die Legislative auch weiterhin „in sehr engem Abstand“ über das Projekt informiere. **as**

»Wir sind in einer Lage, in der wir schnell vorankommen müssen.«

Stefanie Nöthel, Bundesamt
für Strahlenschutz

Andere Probleme Im Zusammenhang mit der Schachanlage machte sie auf zwei weitere Probleme aufmerksam: Zum einen

Vom Wert der Bienen

UMWELT Parlamentarier präsentieren Naturkapital-Initiative

Für Michael Kauch (FDP) sind es ein gutes Beispiel zur Erläuterung der „Naturkapital-Initiative“: die fleißigen Bienechen. Bei diesem Konzept, der von Parlamentariern getragenen Umweltorganisation Globe geht es darum, der Natur und deren Leistung für Wirtschaft und Gesellschaft einen finanziellen Wert, einen Preis zuzumessen. Bei einer Globe-Tagung vergangenen Freitag im Bundestag rechnete der Abgeordnete vor: Sterben die Bienen, seien massive Ernteauffälle mit enormen wirtschaftlichen Schäden zu beklagen. Und würden diese Kosten beziffert, hoffte der FDP-Politiker, dann wachse die Neigung, Bienenkrankheiten zu bekämpfen, was billiger sei als den Bienenotstand samt Folgen hinzunehmen.

Kauch ist Chef der deutschen und europäischen Sektion von Globe, zu deren Kongress Delegierte aus 20 Ländern angereist waren. Das Treffen, zu dessen Mitveranstaltern das Entwicklungshilfe-Ministerium und der Umweltausschuss gehörten, sollte Werbung für das Modell des Naturkapitals machen. Anlass für die Tagung war die Präsentation einer Naturkapital-Studie für Deutschland und sieben weiterer Staaten. Hierzulande sieht die Expertise Verbesserungen bei der Luft- und Wasserqualität, während die Artenvielfalt schrumpft.

Schwer zu berechnen Der indische Wissenschaftler Pavan Sukhdev plädierte für eine Integration des Naturkapitals in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und in die Messung des Wohlstands. Sukhdev erläuterte indes, dass Preise für Leistungen, die von der Natur erbracht werden, schwer zu berechnen seien. So hätten intakte Ökosysteme für arme Bauern in der Dritten Welt einen höheren Wert als für Banker. Und wenn man für die Leistung der Amazonaswälder einen Preis ermittle, dann sei offen, welche Anrainerstaaen wie viel zu zahlen hätten. Als Fürsprecher der Naturkapital-

Initiative trat Dirk Niebel (FDP) auf. Ziel sei nicht die „Ökonomisierung der Natur“, so der Entwicklungshilfeminister. Doch die Umwelt erbringe viele Leistung bislang gratis, und würde deren Wert berechnet, dann werde die Natur zum Bestandteil des alltäglichen Wirtschaftslebens. Der FDP-Politiker unterstrich, Nutzungs- und Schutzkonzepte für die Umwelt müssten stärker mit der Bekämpfung von Armut verbunden werden.



Dirk Niebel (links), Eva Bulling-Schröter und Michael Kauch (rechts) wollen der Natur einen anderen Wert geben.

Als Beispiel nannte er einen unter Naturschutz stehenden südafrikanischen Nationalpark, in dem die örtliche Bevölkerung mit umweltschonendem Tourismus Geld verdienen. Auch Eva Bulling-Schröter (Die Linke) begrüßte die Initiative: Erhalte die Umwelt einen Preis, so könne dies beim Klimawandel oder bei Hochwasserkatastrophen helfen, die Bereitschaft zur Finanzierung von Gegenmaßnahmen zu fördern. Indes warnte sie aber auch vor Problemen. So könne man auf die Idee kommen, Deichbau sei billiger als Klimaschutz. Möglicherweise bilde sich gemäß den ermittelten Werten eine Rangfolge bei schutzwürdigen Naturgütern heraus, kritisierte die Chef des Umweltausschusses: „Man darf den Umweltschutz nicht einfach einer Kosten-Nutzen-Rechnung unterwerfen.“ **Karl-Otto Sattler**

KOMPAKT

> 1. Untersuchungsausschuss Auf Verlangen der Opposition war der 1. Untersuchungsausschuss zu Wahrheit im März 2010 eingesetzt worden.

> Gegenstand Das Gremium sollte die Umstände klären, warum die Regierung Kohl 1983 beschlossen hatte, nur den Salzstock Gorleben auf seine Eignung als Atommüll-Endlager zu prüfen und klären, ob es dabei zu Manipulationen gekommen war.

> Ergebnis Die 15 Ausschussmitglieder konnten sich in ihrem Abschlussbericht (17/13.700) weder auf einen gemeinsamen Feststellungsteil über die Fakten noch auf eine gemeinsame Bewertung einigen.

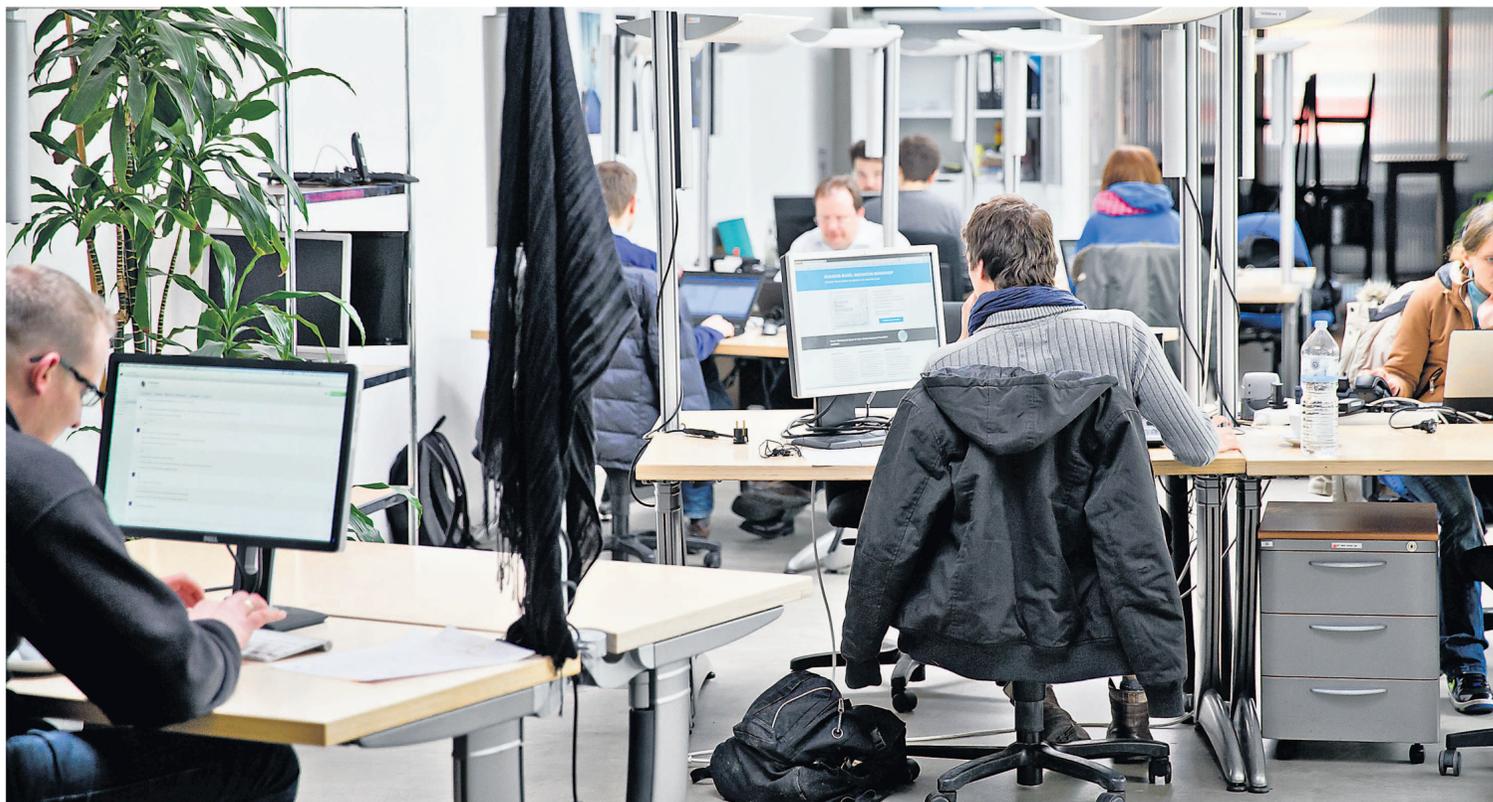
die Suche nach einem radioaktiven Endlager, der vorsieht, Gorleben in die Standort-suche mit einzubeziehen, forderte Menzner daher: „Gorleben muss raus aus dem Verfahren.“ Der Standort sei geologisch ungeeignet.

Wichtiges Puzzleteil Sylvia Kotting-Uhl (Bündnis 90/Die Grünen) verteidigte die Entscheidung, Gorleben in die Suche einzubeziehen und erklärte: „Wir brauchen den Vergleich, weil wir das im Vergleich Sicherheit suchen müssen.“ Gleichzeitig räumte sie zwar ein, dass der Untersuchungsausschuss „vielleicht der teuerste und der längste, aber nicht der überflüssigste Ausschuss“ gewesen sei. Es sei kein Zufall, dass es gerade jetzt gelinge, in einem breiten Konsens ein Endlagerechtsgesetz auf den Weg zu bringen. Neben der Regierungsübernahme in Baden-Württemberg habe es dazu noch das „Puzzleteilchen Untersuchungsausschuss Gorleben“ geben müssen. **Annette Sach**

Mehr unter: www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/ua1/untersuchungsausschuss

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Das Arbeiten an gemieteten Büroarbeitsplätzen („Coworking“) ist für viele Kreative die einzige Möglichkeit, an der digitalen Welt teilzunehmen.

»Getöse« um Merkel-Pläne

STEUERN „Die Kanzlerin hat die Maske fallen lassen.“ Mit scharfen Worten reagierte der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier am Donnerstag in einer aktuellen Stunde des Bundestages auf Pläne von Kanzlerin Angela Merkel für die nächste Legislaturperiode. Die CDU-Vorsitzende hatte am vorletzten Wochenende Vorhaben genannt, die ins gemeinsame Wahlprogramm mit der CSU Eingang finden sollen. Dazu gehören eine verbesserte Anrechnung von Kindererziehungszeiten bei der Rente sowie eine Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibetrag. Steinmeier warf der Bundeskanzlerin vor, mit versprochenen, aber nicht umgesetzten Steuersenkungen im Umfang von 20 Milliarden Euro habe sie vor vier Jahren Wahlversprechen gebrochen. „Seit dem Wochenende wissen wir: Den nächsten bereiten Sie gerade vor.“ Unter Berufung auf das „Handelsblatt“ bezifferte der Sozialdemokrat die Kosten von Merkels jetzigen Vorhaben mit 28,5 Milliarden Euro. CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe bezeichnete Steinmeiers Kritik als „eher peinliches Getöse“, das von dem verheerenden Echo auf die Wahlprogramme von SPD und Grünen ablenken solle. „Wir brauchen die Bereitschaft, Prioritäten zu setzen“, verteidigte Gröhe Merkels Pläne. Diese Prioritäten habe die Kanzlerin „eindeutig benannt: Familie, Bildung und Forschung, Infrastruktur. Damit stärken wir den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.“

»Falsche Versprechen« Der Vorsitzende der Fraktion Die Linke, Gregor Gysi, stellte angesichts der Ankündigungen Merkels die Frage: „Wer hat eigentlich in den letzten acht Jahren regiert?“ Gysi prognostizierte, dass ihre Vorhaben nicht umgesetzt würden. CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder und Finanzminister Schäuble hätten diese schon unter Finanzierungsverbot gestellt. „Diese falschen Wahlversprechen, die nachher nicht erfüllt werden, erzeugen Politik- und Demokratieverdrossenheit“, warnte Gysi. Auch die SPD blieb nicht verschont. Steinmeier hatte kritisiert, dass die Koalition erst vor wenigen Monaten das Mietrecht zu Ungunsten der Mieter geändert habe, die Kanzlerin nun aber wie die SPD Mieterhöhungen bei Neuvermietung begrenzen wolle. Dazu bemerkte Gysi, SPD und Grüne hätten die jüngste Mietrechtsänderung im Bundesrat stoppen können. FDP-Generalsekretär Patrick Döring lobte die Finanzpolitik der Regierung. „Wir haben in den vergangenen vier Jahren bewiesen: Man kann Steuern senken, gleichzeitig Rekord-Mehreinnahmen erzielen und einen nahezu ausgeglichenen Haushalt vorlegen.“ SPD und Grünen warf Döring vor, wieder mehr Schulden machen zu wollen. Zudem belasteten ihre Pläne für Steuererhöhungen viele Bürger. Genauso frontal wie Steinmeier attackierte der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Jürgen Trittin, die Kanzlerin. Sie sei „die Schuldenkanzlerin der Bundesrepublik Deutschland“. In Merkels Amtszeit sei die öffentliche Schuldenquote auf 63 Prozent des Bruttoinlandsprodukts von 62 Prozent gestiegen. „Ein Viertel der gesamten staatlichen Verschuldung in Deutschland sind Merkel-Schulden“, rief Trittin aus. Dem stellte der Parlamentarische Staatssekretär im Finanzministerium, Steffen Kampeter (CDU), eine ganz andere Rechnung entgegen. Finanzminister Wolfgang Schäuble habe vor vier Jahren einen Haushaltsentwurf mit über 80 Milliarden Euro Nettokreditaufnahme vorgefunden. Für 2014 werde er einen Entwurf ohne strukturelle Neuverschuldung vorlegen. **psf**

Frei, kreativ und arm

WIRTSCHAFT Koalition sieht Freie Berufe als Wachstumsmotor. Opposition erkennt prekäre Verhältnisse

Von Anwälten über Ärzte, Architekten, Hebammen, Ingenieure, Künstler und Lotsen bis zu Zahnärzten: Das Spektrum der Freien Berufe ist äußerst vielfältig. Und nach Ansicht der Regierung ist die „Geschichte der Freien Berufe in Deutschland eine Erfolgsgeschichte“, stellte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Hans-Joachim Otto (FDP), am Freitag in der Bundestagsdebatte über die Lage der Freien Berufe fest. Die Freien Berufe würden „einen unverzichtbaren Beitrag zur Ausbildung von Fachkräften, aber auch zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit“ leisten. Die Freien Berufe seien frei, „und stehen für Selbstständigkeit, für Eigenverantwortung und für Kreativität – alles Werte, die in unserer Gesellschaft besonders gefragt, aber leider nicht allzu verbreitet sind“.

nen“. Die Freien Berufe seien keine homogene Gruppe. Die Durchschnittseinkommen lägen zwischen 190.000 Euro für Notare und 15.000 Euro für freiberufliche Lehrer und Architekten. Es gebe Risiken bei der sozialen Absicherung. Sie verlangte Maßnahmen zur Verbreiterung der Fachkräftebasis. Potenziale gebe es nicht nur bei Jugendlichen, sondern auch bei Frauen, Migranten und Älteren. Statt ein Betreuungsgeld zu zahlen, sei es besser, das Geld in Tageseinrichtungen für Kinder zu investieren, forderte Wicklein, die auch verlangte, mehr auf Migranten einzugehen und in Behörden Formulare in englischer Sprache vorzuhalten: „Deutschland braucht eine bessere Willkommenskultur.“ „Ohne die Freien Berufe wäre unser Land ärmer“, stellte Kai Wegner (CDU) fest. Er verwies auf die Leistungen der Koalition für die Freien Berufe. Das 25-Prozent-Ziel beim Bürokratieabbau sei erreicht worden. Die Freiberufler könnten „endlich wieder ihrer Kernaufgabe nachkommen, nämlich in vielfältigster Weise die Vertrauensdienstleistung für die Menschen erbringen, und das ist sehr viel wichtiger als über Bürokratie zu brüten“. Wegner warnte vor der Verwirklichung der

rot-grünen Steuererhebungspläne. Das „Erfolgsmodell dieser Freien Berufe“ sei damit gefährdet. Ähnlich äußerte sich Martin Lindner (FDP-Fraktion): „Nur Masochisten unter den Freiberuflern werden Rot-Rot oder Grün wählen.“ Sabine Leidig (Fraktion Die Linke) wies auf die erheblichen Einkommensunterschiede der Freiberufler hin. Die größte Gruppe der Freiberufler arbeite im Bereich der freien Kulturberufe, was „unsere Gesellschaft klüger, reicher und lebenswerter macht“. Leider würden sich diese Berufe am unteren Ende der Einkunfteskala befinden. Freie Journalisten und Pressefotografen hätten ein jährliches Einkommen von 19.000 Euro, Übersetzer kämen auf 18.000 Euro, künstlerische Berufe auf 16.000, und freiberufliche Lehrer hätten 15.000 Euro. „Das sind rund 1.250 Euro im Monat für einen Beruf, der so bedeutsam ist für die Entwicklung und Bildung unserer Kinder und Jugendlichen. Wie soll bei solchen Einkünften fürs Alter oder für Krankheit vorgesorgt werden?“, fragte Leidig, die diese prekären Beschäftigungs- und Einkommensverhältnisse als „nicht akzeptabel“ bezeichnete. Kerstin Andreae (Grüne) warf der Koalition vor, den Gründungszuschuss abgeschafft zu haben. Dieser Zuschuss habe vor allem für junge Leute eine Riesenchance bedeutet, sagte die Grünen-Politikerin und nannte als Beispiel Programmierer. „Geholfen hat ihnen der Gründungszuschuss, weil sie sechs Monate lang den Rücken frei hatten.“ Der Zuschuss sei eines der erfolgreichsten Pro-

jekte gewesen. Nach dessen Abschaffung seien wesentlich weniger neue Firmen gegründet worden. Andreae sprach sich auch für einen flächendeckenden Breitbandausbau in Deutschland aus. Der Wirtschaftminister habe sich nicht um digitale Infrastruktur gekümmert: „Wir sagen, jeder Haushalt braucht eine gesetzlich garantierte Basisversorgung mit einem Breitband-Internet.“ Ganze Regionen würden noch im Modem-Zeitalter leben: „Da funktioniert es nicht mit Ansiedlung und Gründung“, sagte Andreae.

Mit Mehrheit der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP angenommen wurde ein von ihnen eingebrachter Antrag zum Thema „Freie Berufe – Wachstumstreiber in der Sozialen Marktwirtschaft“ (17/13714), in dem die Fraktionen ein klares Bekenntnis zur Bedeutung der freien Berufe abgaben. Sie würden für eine „große Breite und Vielfalt beruflicher Tätigkeiten sowie für eine Kultur von Unternehmertum und Leistungsbereitschaft“ und in besonderer Weise die Ideale des selbstständigen Mittelstandes verkörpern. **Hans-Jürgen Leersch**



»Ohne die Freien Berufe wäre unser Land ärmer.« Kai Wegner (CDU)

Keine homogene Gruppe Auch Andrea Wicklein (SPD) wies auf die Bedeutung der Freiberufler hin, die zusammen mit ihren Mitarbeitern einen Jahresumsatz von 370 Milliarden Euro erzielen und zehn Prozent zum Bruttoinlandsprodukt beisteuern würden. Die Zahlen seien beeindruckend, „aber dennoch können wir uns nicht zurückleh-

STICHWORT

FREIBERUFLER – Ein Wirtschaftszweig auf Wachstumskurs

- > Höchststand** Die Zahl der selbstständigen Freiberufler in Deutschland hat mit 1,2 Millionen einen neuen Höchststand erreicht. Dies geht aus dem Bericht der Bundesregierung (17/13074) über die Lage der Freien Berufe hervor. Im Jahr 2000 waren erst 705.000 Personen freiberuflich tätig.
- > Mehr als im Handwerk** Die Zahl der Selbstständigen in Freien Berufen hat damit inzwischen die Zahl der selbstständigen Betriebe im Handwerk überholt, die Ende 2011 bei 1.000.385 lag.
- > Kulturberufe führend** Die freien Kulturberufe stellen mit 291.000 Angehörigen die größte Gruppe, gefolgt von den freien Heilberufen mit 136.000, den Ärzten und Zahnärzten (Bild) mit 124.012 und den Rechtsanwälten mit 114.200.

Schweizer Steuerabkommen bleibt Reizthema

FINANZEN Steinbrück wirft Bundesregierung Pflichtverletzung vor. Wissing wundert sich über »Selbstzufriedenheit«

Bekämpfung von Steuerbetrug, Schluss mit legalen Schlupflöchern: Die Debatte am Freitag im Bundestag wurde geprägt vom Schlagabtausch zwischen dem SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück und Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU).

»Pflicht verletzt« Auf eine „eins mit zwölf Nullen“ verwies Steinbrück: 1.000 Milliarden Euro betrage in Europa der Schaden durch Steuerbetrug und „innovative Steuergestaltung“. Die Bundesregierung habe die Pflicht verletzt, Betrug und Steuervermeidung „mit aller Härte zu bekämpfen“. Scharf ging Steinbrück mit dem durch die Opposition gestoppten Steuerabkommen mit der Schweiz ins Gericht: „So schamlos sollte in Deutschland noch nie Steuerhinterziehern geholfen werden.“ Die Hinterziehung sei kein Kavaliersdelikt, bei dem sich der Staat diplomatisch verhalten dürfe. Demgegenüber strich Schäuble die „beharrlichen diplomatischen Bemühungen“ heraus, mit denen es gelungen sei, Österreich und Luxemburg für den automatischen Datenaustausch zu gewinnen. Gleiches werde mit der Schweiz angestrebt. Schäuble hielt der Opposition vor, dass durch die Verhinderung der Übereinkunft mit der Schweiz für den Staat Milliarden „unwiderruflich verloren seien“ – durch Verjährungen.

Sahra Wagenknecht (Linke) sprach von einer „Feigheit der herrschenden Politik, sich mit den oberen Zehntausend anzulegen“. Sie stellte den Schwarzfahrern, denen Knast drohe, die „Welt der Konzerne und Superreichen“ gegenüber, von denen sich „der Staat ganz gerne betrügen lässt“. Jedenfalls hätten es alle Regierungen vermieden, gegen Betrug und Vermeidung vorzugehen.

Volker Wissing (FDP) wunderte sich über Steinbrücks „Selbstzufriedenheit“. Was der als Finanzminister an Problemen hinterlassen habe, habe die schwarz-gelbe Koalition zu lösen begonnen. So seien die Regelungen für die strafbefreiende Selbstanzeige verschärft worden. Zudem sei der automatische Informationsaustausch zwischen den Ländern in Gang gekommen.

Gerhard Schick (Bündnis90/Die Grünen) stellte die Überlegungen in den Vordergrund, wie großen, global agierenden Konzernen die Strategie der Steuervermeidung erschwert werden könne. Sie müssten offen legen, „in welchem Land sie wie viel Gewinne gemacht und wie viel Steuern sie dafür bezahlt haben“. Die Debatte fußte auf einem Gesetzentwurf und zwei Anträgen, die zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen wurden. Der Gesetzentwurf der Koalition (17/13704) hat den Ausbau der Zusammenarbeit mit den USA bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung zum Ziel. Die SPD-Fraktion verlangt in einem Antrag (17/13716) Maßnahmen zur Verhinderung globaler Steuergestaltung und zum Stopfen von Regulierungslöchern. SPD und Grüne heben in einem gemeinsamen Antrag (17/13717) darauf ab, multinationale Unternehmen zur Offenlegung ihrer Steuerzahlungen in den verschiedenen Ländern zu verpflichten. **fla**



Ein deutsches „Steuerparadies“ mit Briefkastenfirmen war Norderfriedrichskoog in Schleswig-Holstein. Die dortige Gewerbesteuerfreiheit wurde aber wieder abgeschafft.

Anzeige

Wer hat noch Platz für ein Gedeck?

Bereichern Sie Ihr Familienleben durch ein internationales Mitglied auf Zeit! Als Gastfamilie für einen von 50 Austauschschülern aus den USA erleben Sie eine neue Kultur in den eigenen vier Wänden. Die Schüler sind Stipendiaten des Parlamentarischen Partnerschafts-Programms (PPP), das vom Deutschen Bundestag und dem Kongress der USA getragen wird. Ihr Gastkind freut sich schon auf Sie!

Mehr Informationen: www.yfu.de/gastfamilie und www.bundestag.de/ppp
E-Mail: gastfamilie@yfu.de • Tel.: 040 227002-0

YFU Deutsches Youth For Understanding Komitee e.V.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



KURZ NOTIERT

Bundestag billigt Kartellrechts-Kompromiss

Der Bundestag hat am Donnerstag gegen das Votum der Linksfraktion den Einigungsvorschlag des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat (17/13720) zur achten Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (17/9852, 17/11053, 17/11636) angenommen. Der Kompromissvorschlag greift alle Anliegen auf, die der Bundesrat geäußert hatte. So darf das Kartellamt künftig Fusionen von gesetzlichen Krankenkassen zwar daraufhin überprüfen, ob sie ihre Marktmacht missbrauchen. Die Versicherungsaufsichtsbehörden sind aber zu beteiligen, und für Gerichtsverfahren werden die Sozial- statt Zivilgerichte zuständig. vom ■

Opposition will Handel mit Wildtieren einschränken

Die Fraktionen von SPD, Linke und Bündnis 90/Die Grünen wollen den Tier- und Artenschutz durch eine Beschränkung des Wildtierhandels stärken. In einem Antrag (17/13712) fordern SPD und Grüne, die Einfuhr von Wildfängen für den kommerziellen Handel in die EU zu beschränken, wenn es sich dabei um gefährliche Arten handelt. Die Linke schlägt in ihrem Antrag (17/13713) unter anderem vor, eine „schwarze Liste“ mit Tierarten zu erstellen, deren Einfuhr verboten werden soll. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes werden jährlich allein etwa 440.000 bis 840.000 Reptilien nach Deutschland eingeführt. Die Anträge wurden in die Ausschüsse überwiesen. as ■

KfW-Darlehen für spanische Bank

Die bundeseigene KfW Bankengruppe soll kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in Spanien finanziell unterstützen können. Ein entsprechendes Programm des Finanzministeriums nahm der Haushaltsausschuss vergangene Woche zur Kenntnis. Insgesamt sollen Darlehen in Höhe von einer Milliarde Euro zur Verfügung gestellt werden, für die der Bund die Garantien übernimmt. Der größte Teil der Summe soll an die ICO-Bank in Madrid fließen, die der KfW vergleichbar ist. So könnte diese die Rekapitalisierung von spanischen KMU verbilligen mit dem Ziel, Arbeitsplätze vor allem für Jugendliche zu schaffen. Die Kreditlaufzeit soll voraussichtlich zehn Jahre betragen. Die Abgeordneten aller Fraktionen sprachen sich dafür aus, die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Spanien zu bekämpfen. Allerdings stellte die SPD in Frage, ob ein solches Darlehen das „richtige Instrument“ dafür sei. mik ■

Linke fordert bundesweite Wohnungslosenstatistik

Die Bundesregierung soll die Obdach- und Wohnungslosigkeit erkennen und bekämpfen. Dies fordert die Fraktion Die Linke in einem Antrag (17/13105), der am Freitag erstmals beraten wurde. Deshalb soll die Regierung die Grundlage für bundesweite Wohnungslosenstatistiken schaffen und besonders den sozialen Wohnungsbau bedarfsgerecht sichern. Die Obdachlosigkeit soll weiter wissenschaftlich untersucht werden. Modellprojekte zum Bau von neuem Wohnraum sollen mit Hilfe der von Obdachlosigkeit Betroffenen nicht nur Wohnraum, sondern auch soziale Verantwortung und Arbeit gleichzeitig schaffen. mik ■



Vorzeigeprojekt in München: Eigentums- und Sozialwohnungen werden nebeneinander gebaut.

»Bauen und nochmals bauen«

VERKEHR UND BAU I Unterschiedliche Konzepte zur Bekämpfung der Wohnungsnot in deutschen Städten

Für Bundesbauminister Peter Ramsauer (CSU) gibt es vor allem ein wirksames Rezept gegen Wohnungsnot und Mietpreiswucher: „Bauen, bauen und nochmals bauen.“ Dies erklärte er am vergangenen Donnerstag bei der Bundestagsdebatte, in der es um bezahlbare Wohnungsmieten ging. Anlass der 90-minütigen Diskussion war der Antrag der Linksfraktion „Bedarfsgerechtes Wohnen dauerhaft sichern – Gemeinnützigen Wohnungswirtschaftssekto entwickeln“ (17/13552), der zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen wurde. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf zur Errichtung und zum dauerhaften Betrieb eines gemeinnützigen Sektors in der Wohnungswirtschaft vorzulegen. „Damit soll der gemeinnützige Wohnungswirtschaftssektor auf die Befriedigung des gesellschaftlichen Bedürfnisses nach sozial verträglichen Wohnkosten in barrierefreien, klimagerechten Wohnungen und Wohnquartieren verpflichtet werden.“ Weiter verlangen die Abgeordneten von der Regierung, dass gemeinnützige Wohnungsunternehmen steuerliche Vergünstigungen erhalten und dass für ostdeutsche Wohnungsunternehmen die Altschulden gestrichen werden. Heidrun Blum begründete den Antrag der Linksfraktion damit, dass Wohnen keine „gewöhnliche Ware“ sei, sondern ein Teil der Daseinsvorsorge. Sie wies darauf hin, dass in jüngster Zeit immer mehr Haushalte einen immer größeren Anteil ihres Einkommens für die Miete aufbringen müssen.

„Ohne Verbesserungen des Gebrauchswertes einer Wohnung darf es keine Mietsteigerung geben“, forderte sie und kritisierte, dass auf dem Wohnungsmarkt das Missverhältnis von Angebot und Nachfrage den Preis reguliere und nicht der Gebrauchswert. Um dies zu ändern, sei eine Wiederbelebung des Sozialwohnungsbaus notwendig. Nur damit könne die aktuelle Wohnungsnot bekämpft und Mietpreistreibe verhindert werden.

Regionale Unterschiede Die Sprecher von CDU/CSU und FDP konnten keine flächendeckende Wohnungsnot und keinen Mietpreiswucher erkennen. Für Peter Götz (CDU) handelt es sich nur um bestimmte Städte und um bestimmte Stadtteile, in denen Wohnungen stark nachgefragt würden. In ganzen Landstrichen gebe es jedoch einen großen Leerstand. Er wies darauf hin, dass für die soziale Wohnraumförderung die Länder zuständig seien. Der Bund stelle den Ländern dafür jährlich 518 Millionen Euro zur Verfügung. Götz kritisierte, dass die Länder oftmals diese Mittel nicht entsprechend einsetzen würden. „Wir brauchen eine Selbstverpflichtung der Länder“, sagte er. Außerdem sprach er sich für die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung im Wohnungsbau aus. Dies könne dazu beitragen, dass wieder mehr gebaut würde. Dazu sei es jedoch auch notwendig, dass die Kommunen in den Innenstädten Grundstücke für preiswerte Wohnungen zur Verfügung stelle. Patrick Döring (FDP) forderte ebenfalls die Wiedereinführung einer degressiven Abschreibung.

Er wies darauf hin, dass in Deutschland in der Regel Normalverdiener ihre Ersparnisse in Wohnraum investierten – sei es zur Eigennutzung, aber auch zur Vermietung. Diese Menschen brauchten Rechtssicherheit. Deshalb seien die Ankündigungen einer Vermögenssteuer kontraproduktiv. „Es geht

werden müsse. Er warf der Koalition vor, in der Vergangenheit die Mittel für das Programm „Soziale Stadt“ massiv gekürzt zu haben. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende setzte sich unter anderem für eine Mietpreisbindung ein und schlug vor, dass bei der energetischen Sanierung die Kosten

den. Wie die SPD setzte sie sich dafür ein, dass die Makler zukünftig vom Vermieter bezahlt werden sollten und nicht vom Mieter. „Wer bestellt, der bezahlt“, betonte er. Bundesbauminister Ramsauer wollte sich die Situation nicht von der Opposition schlechtmachen lassen. „Wohnen in Deutschland ist Premiumwohnen“, betonte er. Es gebe viele Ursachen für die unterschiedliche Entwicklung auf den Wohnungsmärkten in Deutschland. Er wies darauf hin, dass im Jahr 2011 insgesamt 228.000 Wohnungen genehmigt wurden. Und diese Zahl sei weiter ansteigend und müsse verstetigt werden.

Anträge abgelehnt Der Bundestag lehnte insgesamt vier Anträge der Oppositionsfraktionen teils in namentlicher Abstimmung ab: So hatte die SPD gefordert (17/10999), das Programm „Soziale Stadt“ zukunftsfähig weiterzuentwickeln und die Städtebauförderung zu sichern. Die Koalitionsabgeordneten votierten auch mit ihrer Mehrheit in namentlicher Abstimmung mit 306 gegen 198 Stimmen bei 63 Enthaltungen gegen den SPD-Antrag (17/12485) „Bezahlbares Wohnen in der sozialen Stadt“ und gegen den Antrag der Fraktion Die Linke (17/12481) „Wohnungsnot bekämpfen, sozialen Wohnungsbau neu starten und zum Kern einer gemeinnützigen Wohnungswirtschaft entwickeln“. Auch eine weitere Initiative der Linksfraktion „Wohn- und Mietsituation von Studierenden verbessern“ (17/11696) fand keine Mehrheit. Der Bundestag folgte dabei den Beschlussempfehlungen des Verkehrs- und Bauausschusses (17/12453, 17/13776). Michael Klein ■



Höhere Mieten bedeuten oft Umzug.

darum, dass Menschen in den angestammten Wohnungen in den Innenstädten bleiben können und nicht vertrieben werden“, sagte Florian Prönl (SPD). Deshalb müsse dort der Neubau „angekurbelt“ werden. Es gehe nicht, dass 35 Prozent des Haushaltseinkommens für die Miete verwendet

zwischen Bund, Vermietern und Mietern geteilt werden sollten. Daniela Wagner (Bündnis 90/Die Grünen) kritisierte, dass beim Neubau meistens in Eigentumswohnungen investiert werde. „Investieren muss attraktiv bleiben“, sagte sie. Auswüchse müssten jedoch verhindert wer-

Leerstehende Wohnungen am falschen Ort

VERKEHR UND BAU II Experten sehen große regionale Unterschiede bei der Versorgung mit Unterkünften. Staatliche Hilfe gefordert

Es gibt in vielen deutschen Städten zu wenig preiswerte Wohnungen. In anderen Regionen dagegen ist ein großer Leerstand. Darüber waren sich die Experten vergangene Woche bei einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung einig. Dabei ging es um den Bericht der Bundesregierung über die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland (17/11200) sowie um einen SPD-Antrag (17/12485) „Bezahlbares Wohnen in der sozialen Stadt“ und einen Antrag der Fraktion Die Linke (17/12481), in dem ein Neustart des sozialen Wohnungsbaus gefordert wird.

Unterschiedliche Teilmärkte Gesine Kort-Weher vom Deutschen Städtetag wies darauf hin, dass – wie im Bericht der Bundesregierung dargelegt – die regionalen Unterschiede am Wohnungsmarkt zunehmen würden. Deshalb würden sich für die Teilmärkte auch unterschiedliche Anforderungen stellen. Auch wenn zur Zeit die Wohnungspolitische Diskussion im Wesentlichen durch die von Wohnraummangel geprägten Städte und Regionen dominiert werde, dürften die für Städte und Gemeinden mit eher ausgeglichenen Wohnungsmärkten oder sogar einen Wohnungsüberhang bestehenden Herausforderungen

nicht aus den Augen verloren werden. Vorrangig sei in den betroffenen Städten eine Ausweitung des Wohnungsangebotes durch Neubauten. Dabei müssten die Bemühungen vor allem auf eine Ausweitung des geförderten Wohnungsbaus im mittleren und unteren Preissegment konzentriert werden. Zur Finanzierung der dafür notwendigen Investitionen müssten unter anderem die Kompensationszahlungen des Bundes in der Wohnraumförderung auch für das Jahr 2013 hinaus erfolgen.

Keine Wohnungsnot Auch für Kai H. Warnecke, Haus & Grund Deutschland, kommt der sozialen Abfederung der steigenden Wohnkostenbelastungen eine „besondere Bedeutung“ zu. Dies gelte besonders, da eine kurzfristige Behebung der regionalen Engpässe nur begrenzt möglich sei. Er wies darauf hin, dass keine allgemeine Wohnungsnot drohe. Im Gegenteil. In Deutschland sei ein erschreckend hoher Wohnungsleerstand von 3,5 Millionen Wohnungen oder 8,4 Prozent des Wohnungsbestandes zu konstatieren. Nach seiner Auffassung ist die Verteuerung im Bereich Wohnen nicht auf die Erhöhung der Kaltmiete zurückzuführen, die in den vergangenen zehn Jahren nur um jeweils 1,1 Prozent gestiegen seien. Die Wohnkosten

seien vielmehr durch die vom Vermieter nicht zu beeinflussenden Kosten für Strom und Heizung gestiegen. Der Anstieg habe in diesem Bereich mehr als 60 Prozent betragen. Für Franz-Georg Rips vom Deutschen Mieterbund gibt es ein Nebeneinander von entspannten und angespannten Wohnungsteilmärkten. Nicht nur die Situation in einigen Großstädten dürfe in den Fokus rücken, sondern es müssten auch Strategien entwickelt werden, wie Leerständen in vielen Regionen begegnet werden könne. Die Wohnungspolitik in Deutschland sei lange geprägt gewesen von Desinteresse, Gleichgültigkeit, Passivität und Fehlentscheidungen, schreibt er in seiner Stellungnahme. Deshalb würden sich die Probleme deutlich verschärfen.

Mehr Studentenwohnungen Achim Meyer auf der Heyde vom Deutschen Studentenwerk sprach sich vor allem dafür aus, die Studentenwohnraumversorgung zielgerichtet auszubauen. Andernfalls würde es sonst auf dem Niedrigpreissektor des freien Wohnungsmarktes zu einem Verdrängungswettbewerb mit anderen Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen kommen. Um die Schaffung von preiswertem Wohnraum nicht weiter zu erschweren, sprach sich Walter Rasch vom Bundesverband frei-

er Immobilien- und Wohnungsunternehmen dafür aus, die energetischen Anforderungen nicht weiter zu verschärfen.

Zuschuss gefordert Joß Steinke, Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrts- pflege, kritisierte unter anderem, dass trotz gestiegener Heizkosten die Heizkostenkomponente im Wohngeld „ersatzlos“ gestrichen worden sei. Deshalb forderte er eine Wiedereinführung des pauschalen Zuschusses im Wohngeld. Neben den Heizkosten müssten auch die immer schneller steigenden Stromkosten in einer neuen Energiekostenkomponente bei Wohngeld berücksichtigt werden. Jürgen Michael Schick vom Immobilienverband Deutschland forderte, die Investitionsbereitschaft nicht durch steuerpolitische Vorhaben oder durch ein stärkere Regulierung des Mietrechts zu verunsichern. Jede weitere Belastung könne den Motor der Immobiliengesellschaft zum Abwürgen bringen. mik ■

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.

Mehr Themen.

Mehr Hintergrund.

Mehr Köpfe.

Mehr Parlament.

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253



Direkt zum E-Paper



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Erst Einigkeit, dann Zoff

ENQUETE Bundestag liefert sich Schlagabtausch über Wachstumspolitik. Die Debatte über den Kommissionsbericht bringt die Differenzen zwischen Koalition und Opposition zum Vorschein



Braunkohleabbau wie hier in der Lausitz ist ein Beispiel für das schwierige Verhältnis von Wirtschaftswachstum und Umweltschutz, wie es in der Kommission diskutiert wurde.

Eine erstaunliche Schärfe prägte vergangene Woche die Plenardebatte über den Bericht der Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“, die Wege zum nachhaltigen Wirtschaften weisen sollte. Der SPD gehe es um eine „staatlich verordnete Verzichtskultur“, fuhr FDP-Obmann Florian Bernschröder schweres Geschütz auf. Die Liberalen lehnten es ab, dass „Claudia Roth und Sigmar Gabriel entscheiden, wie sich die Wirtschaft entwickeln soll“. Grünen-Sprecher Hermann Ott griff Union und FDP frontal an. Bei deren Kommissionsmitgliedern sei zunächst eine gewisse Aufgeschlossenheit zu spüren gewesen, doch dann sei der Koalitionsausschuss in das Gremium „gegrätscht“ und habe den eigenen Leuten einen „Maulkorb verpasst“, eine „Schande für dieses Haus“. Georg Nüßlein (CSU) gab den Wahlkämpfer: Die Kooperation der SPD mit den anderen Oppositionsfraktionen mache ihn „skeptisch“, ob die SPD nach der Wahl im Herbst nicht doch mit der Linken marschieren wolle, stichelte der Obmann.

Zuerst Einstimmigkeit Der harte Streit steht ganz im Widerspruch zur Einstimmigkeit, mit der die 17 Abgeordneten und 17 Wissenschaftler ihren Bericht verabschiedet hatten. Und hatte die Kommission nicht einhellig aufrüttelnde Botschaften ausgesandt – dass die Finanzmärkte schärfer reguliert werden müssten, dass man die Chemiebranche ökologisch ausrichten könne, dass die Umweltbelastung ein hinnehmbares Maß teilweise bereits überschritten habe und dass die ökologischen Grenzen des Pla-

neten endlich auch als Grenzen der Politik zu akzeptieren seien? Hatte man nicht eine spürbare Senkung des Rohstoffverbrauchs gefordert? Und vor allem: In dem Gremium hatten Union, SPD und FDP ein „W3-Indikator“-Modell erarbeitet, das die Wohlfahrt nicht mehr allein mit Hilfe des Bruttoinlandsprodukts (BIP), sondern umfassender über die drei Größen „Ökologie“, „materielle Wohlstand“ sowie „Soziales und Teilhabe“ berechnen soll. Diese drei Kriterien werden mit Hilfe von insgesamt 20 „Leitindikatoren“, „Warnlampen“ und „Hinweislampen“ wie etwa Einkommensverteilung, BIP, Beschäftigungsquote, Ausstoß von Treibhausgasen oder Artenvielfalt gemessen. „W3“ soll zur Richtschnur für die Politik werden.

Sondervoten Die Konstruktion des Berichts vermag ein Stück weit den Widerspruch zwischen den Übereinstimmungen in der Expertise und der Heftigkeit des Schlagabtauschs zu erklären: Der Konsens war möglich, weil der Text neben Mehrheitsbeschlüssen auch rund 60 Sondervoten der Opposition enthält, so dass sich alle Seiten in dem Dokument wiederfinden können. Doch die Konflikte, vor allem über die Wachstumspolitik, wurden nicht gelöst und kamen jetzt zum Ausbruch. Die „Enquete“ war vor dem Hintergrund von Finanzkrisen, Umweltzerstörungen und Verteilungsgerechtigkeiten eingesetzt worden. Union und FDP hielten der Opposition vor, sie instrumentalisiere diese Probleme, um das Wirtschaftssystem über eine „sozialökologische Transformation“ grundlegend in Frage zu stellen. SPD, Linke

und Grüne konterten, die Koalition habe die Zeichen der Zeit in ihrer Dramatik nicht erkannt. Nüßlein bezeichnete es als „größten Erfolg“, dass sich die Kommission entgegen oppositioneller Forderungen im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft bewegt habe. Dieses Wirtschaftsmodell sei fähig, auch den sozialen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen gerecht zu werden. Der CSU-Abgeordnete wandte sich gegen eine „fundamentale Wachstumskritik“ und gegen Bestrebungen, Wachstum aktiv zu begrenzen. Nüßlein: „Wir haben das BIP relativiert, nicht abgeschafft.“ Die Kommissionsvorsitzende Daniela Kolbe (SPD) betonte, die Finanzkrisen hätten

KOMPAKT

> Einsetzung Die Enquetekommission wurde vor dem Hintergrund von Finanz-, Umwelt- und sozialen Krisen eingerichtet, um Wege zu einem nachhaltigen Wirtschaften zu entwickeln.

> Arbeit In dem Gremium saßen 17 Abgeordnete und 17 Wissenschaftler als Sachverständige. Nach fast zweieinhalb Jahren Tätigkeit legten sie einen Abschlussbericht mit annähernd 1.000 Seiten Umfang vor.

> Ergebnis Die Expertise enthält einige gemeinsame Vorschläge, offenbart aber auch Konflikte zwischen Koalition und Opposition, vor allem über die Wachstumspolitik.

das „Leitbild des freien Marktes planiert und ad absurdum geführt“. Zudem sei der Ressourcenverbrauch drastisch gestiegen, der Klimawandel zeuge von ökologischen Bedrohungen. Anfangs sei man sich einig gewesen, dass die Maßstäbe des Wirtschaftens überdacht werden müssten. Doch es habe sich gezeigt, dass viele in der Koalition in den Krisen nur einen „Betriebsunfall“ sähen, der lediglich kleine Änderungen nötig mache.

Auch Lob zu hören Für einen „grundlegenden Politikwechsel“ plädierte Ulla Lötzer. Soziale und ökologische Anliegen wie Armutsbekämpfung und die Senkung des Rohstoffkonsums müssten zu Zielen der Politik werden, so die Linke-Obfrau. Lötzer hielt der Koalition vor, von einer Reduzierung des Ressourcenverbrauchs zu reden, sich aber konkreten Vorschlägen zu verweigern. Ott meinte, bei der Kernfrage, wie die Wirtschaft in die Erdsysteme einzubetten sei, „haben wir nicht geliefert“, was an der Koalition und vor allem der FDP liege. Der Grünen-Obmann warf der Koalition vor, „sich wie ein Arzt zu verhalten, der nach der Analyse einer todbringenden Krankheit Pflaster verordnet“. Angesichts der von der Kommission erzielten Fortschritte war aber auch Lob zu hören. „Die Konsenslösungen werden Spuren in der Tagespolitik hinterlassen“, gab sich Bernschröder überzeugt. Lötzer sagte, im Bericht lägen trotz Differenzen „viele Schätze“. Kolbe: „Wir haben nicht umsonst geschwitzt.“

Karl-Otto Sattler

Mehr zur Enquetekommission finden Sie unter: www.bundestag.de

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Keine Bundesfinanzpolizei

FINANZEN I Eine neue Bundesfinanzpolizei als Wirtschafts- und Finanzermittlungsbehörde wird es nicht geben. Der Finanzausschuss lehnte vergangene Woche in seiner Sitzung einen entsprechenden Antrag der Fraktion Die Linke (17/12708) ab. Nur die Linksfraktion stimmte dafür, die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP lehnten den Antrag mit ihrer Mehrheit ab, während sich die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen enthielten. Die Finanzpolizei sollte nach den Vorstellungen aus dem Zoll ausgegliedert werden und die Aufgabe erhalten, „organisierte Geldwäsche, Außenwirtschaftskriminalität, Subventionsbetrug, organisierten Schmuggel (Waffen, geschützte Tiere oder Pflanzen), Verstöße beim Verbraucherschutz (zum Beispiel kontaminierte Lebensmittel) zu bekämpfen, also Kriminalitätsformen, die vorrangig im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Geld-, Wirtschafts-, und Handelsbeziehungen stattfinden“. Durch Finanz- und Wirtschaftskriminalität einschließlich illegalem Waffenhandel, Subventionsbetrug, Korruption, Geldwäsche und anderem würden Wirtschaft und Staat jährlich Schäden in unterschiedlich bezifferter Milliardenhöhe entstehen, heißt es im Antrag der Fraktion. In der Begründung des Antrags heißt es: „Wirt-

schaftskriminalität und Korruption schaden der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, verhindern Einnahmen der öffentlichen Haushalte und reduzieren die Mittel für öffentliche Investitionen.“

Eine Sprecherin der Linksfraktion sagte in der Sitzung, wenn man es ernst meine mit dem Kampf gegen Steuerhinterziehung, müsse man im eigenen Land anfangen. Der Antrag sei „gut und wichtig“. Die CDU/CSU-Fraktion warnte davor, nach den Umstrukturierungen beim Zoll in den vergangenen zehn Jahren erneut Unruhe hineinzubringen. Die bestehenden Strukturen müssten gestärkt und nicht neue Konstruktionen geschaffen werden. Von der SPD-Fraktion hieß es, zwar würden die Probleme richtig beschrieben, aber viele Delikte, um die sich die neue Behörde kümmern solle, würden in die Zuständigkeit der Länder fallen. Die FDP-Fraktion sprach sich zwar dafür aus, die Verfahren und die Vollstreckung bei Finanz- und Wirtschaftskriminalität bundeseinheitlich durchzuführen, aber ob dafür eine neue Behörde geschaffen werden solle, sei zweifelhaft. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stand dem mit dem Antrag verfolgten Ziel grundsätzlich positiv gegenüber, aber insgesamt lasse der Antrag zu viele Fragen offen. hle

»Goldfinger«-Steuermodell beendet

FINANZEN II Der Bundestag hat am Donnerstag einstimmig dem Einigungsvorschlag des Vermittlungsausschusses (17/13722) vom 5. Juni zum Gesetz zur Umsetzung der Amtshilferichtlinie sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften (17/12375, 17/12532, 17/12925) angenommen. Damit werden künftig „unerwünschte Gestaltungen zur Steuerumgehung“ eingeschränkt, bislang legale Steuererschließungsfälle also geschlossen. Der Vermittlungsausschuss hatte damit Bedenken der Länder aufgegriffen, die vor massiven Steuerausfällen und -ungerechtigkeiten gewarnt hätten. Einschränkungen betreffen unter anderem sogenannte Cash-GmbHs, die es Erben bislang ermöglichten, große private Geldvermögen als Betriebsvermögen zu deklarieren und damit die Erbschaftsteuer drastisch zu reduzieren. Eine solche GmbH darf nur noch 20 Prozent des Vermögens enthalten. Begrenzt wird auch die Möglichkeit für Immobilienunternehmen, durch Anteilstausch über sogenannte Rett-Blocker die Grunderwerbsteuer zu vermeiden. Der Anwendungsbereich wird stark eingeschränkt. Das als „Goldfinger“ bezeichnete Steuerparadigma mittels An- und Verkauf von Gold über Firmen nach ausländischem Recht wird

durch die Rechtsänderungen unmöglich gemacht. Die Neufassung des Amtshilferichtlinien-Umsetzungsgesetzes integriert den im Dezember 2012 gefundenen Kompromiss zum Jahressteuergesetz 2013 – mit Ausnahme der damals vom Vermittlungsausschuss vorgeschlagenen Gleichstellung homosexueller Lebenspartner, an der das Gesetzgebungsverfahren seinerzeit gescheitert war.

Außerdem stimmte der Bundestag dem Einigungsvorschlag des Vermittlungsausschusses (17/13721) zum Gesetz zur Verbesserung der steuerlichen Förderung der privaten Altersvorsorge (17/10818, 17/12219, 17/12628) zu. Aufwendungen zum Altersvorsorge, zum Beispiel für die Riester-Rente, können damit weiterhin nur bis zur Höhe von 20.000 Euro steuerlich berücksichtigt werden. Der Bundestag wollte ursprünglich den Förderhöchstbetrag auf 24.000 Euro anheben. Dies hatte der Bundesrat als unangemessene Bevorzugung im Vergleich zur gesetzlichen Rentenversicherung kritisiert. Auch beim Wohnförderkonto bleibt es bei der geltenden Rechtslage. Der Bundesrat hatte bemängelt, dass die ursprünglich geplante Rechtsänderung die Altersvorsorge durch selbstgenutztes Wohneigentum zu stark begünstige. vom

Geld nur bei Barrierefreiheit

TOURISMUS Die Bundesregierung soll den ungehinderten Zugang von Menschen mit Behinderung zu Großveranstaltungen ermöglichen und allgemein die Vergabe öffentlicher Mittel stärker mit dem Thema Barrierefreiheit verknüpfen. Das fordert die SPD-Fraktion in einem Antrag (17/13550), der am Freitag im Bundestag Thema war. Weltweit könnten Behinderte aufgrund unzureichender Einrichtungen nicht oder nur eingeschränkt an öffentlichen Veranstaltungen teilnehmen oder in den Urlaub fahren. Dieses Problem betreffe ebenso andere Bevölkerungsgruppen wie Eltern mit Kleinkindern, Unfallgeschädigte oder Senioren. Letztere würden aufgrund der demografischen Entwicklung in den nächsten Jahren verstärkt barrierefreie Tourismusangebote nachfragen. Die Bundesregierung habe in ihrer tourismuspolitischen Leitlinie 2009 festgelegt, „das Ideal des barrierefreien Reisens in der gesamten touristischen Leistungskette zu verankern“. Das müsse auch für Großveranstaltungen gelten. Konkret fordert die Fraktion, die im Projekt „Tourismus für Alle“ entwickelten Kriterien auch für die Vergabe öffentlicher Mittel anzuwenden und die Ergebnisse des Projektes in die

Praxis umzusetzen. Weiterhin soll die Bundesregierung den aktuellen Ist-Zustand von barrierefreien Großveranstaltungen dokumentieren und Barrierefreiheit verbindlich in die Leistungsbeschreibungen von Ausschreibungsverfahren des Bundes aufnehmen. Dabei bedeute Barrierefreiheit für die Antragsteller nicht nur der ungehinderte Zugang auf das Veranstaltungsgelände, sondern auch, dass sich die Teilnehmer dort frei bewegen können. Zudem fordert die Fraktion, bestehende öffentliche Bauten des Bundes auf ihre ungehinderten Zugang zu überprüfen und sich gegenüber den Ländern dafür einzusetzen, ebenso zu verfahren. Fahrgast- und Tarifinformationen des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs sollten barrierefrei für Menschen mit Seh- und Hörbeeinträchtigungen gestaltet, in leichter Sprache formuliert und unter weitgehender Verwendung von Piktogrammen dargestellt werden. Zusammen mit der Deutschen Bahn AG solle die Bundesregierung weitere Mittel zur Verfügung stellen, sodass bis 2020 „grundsätzlich alle Bahnhöfe“ barrierefrei umgebaut werden können, fordert die Fraktion. Der Antrag wurde an die zuständigen Ausschüsse überwiesen. jbb

Warnungen vor zu großem Einfluss der europäischen Zentralbank

FINANZEN Bei einer Übernahme der Bankenaufsicht durch die EZB fürchten Experten negative Folgen für Zinsentscheidungen. Die parlamentarische Kontrolle wird vermisst

Die Schaffung einer einheitlichen europäischen Bankenaufsicht gestaltet sich schwierig. In einer öffentlichen Anhörung des Bundestags-Finanzausschusses in der vergangenen Woche pochten die Sachverständigen auf eine unabhängige Aufsicht.

EZB übernimmt Grundlage der Anhörung war ein von den Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP eingebrachter Gesetzentwurf für eine Verordnung des Rates zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank (17/13470). Ziel ist, dass bisher national wahrgenommene Aufgaben der Bankenaufsicht in Zukunft von der Europäischen Zentralbank (EZB) übernommen werden sollen. Mit dem Entwurf soll die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass der deutsche Vertreter im Europäischen Rat zum

Vorschlag der Kommission seine förmliche Zustimmung erteilen darf. Die Deutsche Bundesbank begrüßte in ihrer Stellungnahme die gemeinsame Aufsicht: „Sie ist mit Blick auf die ausgeprägten Verflechtungen europäischer Kreditinstitute und die länderübergreifenden Wirkungen von Bankenrisiken sinnvoll.“ Allerdings verlangte die Bundesbank auch, dass geldpolitische und aufsichtliche Funktionen „strikt getrennt und die Unabhängigkeit der EZB und ihrer Entscheidungsgremien zweifelfrei gewährleistet werden“. In dieser Richtung argumentierten auch andere Sachverständige in ihren Stellungnahmen. Die Deutsche Kreditwirtschaft, der Zusammenschluss der Bankenverbände, sah ebenfalls den Bedarf „einer klareren Trennung, die sich insbesondere in der organisatorischen und personellen Aufstellung sowie den jeweiligen Befugnissen und Ent-

scheidungsstrukturen innerhalb der EZB niederschlagen muss“. Sie vermisste außerdem parlamentarische Kontrolle für die Aufsicht.

Das Thema Unabhängigkeit der EZB betrachteten auch andere Sachverständige: „Eine Bankenaufsicht bei der EZB darf keine Einflussmöglichkeiten auf die Geldpolitik haben, genauso wenig wie die Geldpolitik Einfluss auf die Bankenaufsicht haben darf“, argumentierte Professor Jörg Rocholl (European School of Management and Technology Berlin).

Professor Thomas Hartmann-Wendels von der Universität Köln bezweifelte, dass die in der Verordnung vorgesehenen Vorkehrungen „ausreichen, um eine strikte Trennung der Aufgaben in der Geldpolitik von der Bankenaufsicht zu gewährleisten“. Grundsätzlich war er jedoch für die Bankenaufsicht.

Als Beispiel für eine ungenügende Trennung nannte Professor Claudia Buch (Institut für Wirtschaftsforschung Halle), dass die EZB davor zurückschrecken könnte, „eine aus Sicht der Geldpolitik gebotene Zinserhöhung vorzunehmen, weil sich hierdurch die finanzielle Lage der von ihr beauftragten Institute verschlechtern würde“.

Professor Paul Welfens (Universität Wuppertal) warnte davor, sich durch Übertragung der Aufgaben auf die EZB in ein „großes Risiko“ zu begeben. Er verwies auf die Zusammensetzung der EZB-Gremien, die nach

dem Prinzip „ein Land eine Stimme“ erfolgen solle. Das seien sehr sonderbare Machtverhältnisse. „Es besteht das Risiko, dass die



Wächter des Geldes: Europäische Zentralbank in Frankfurt

Bevölkerungsmehrheit beziehungsweise der ökonomisch größere Teil der Eurozone von einer Stimmenmehrheit kleiner Länder im Fall einer Bankenkrise in den kleineren Ländern ausgebeutet wird; zugleich besteht umgekehrt auch die Gefahr, dass Kosten von Bankenrisiken in großen Ländern faktisch auf die kleineren Länder abgewälzt werden.“ Dagegen sah Guntram Wolff, (Bruegel ThinkTank) Bedenken wegen der Trennung von Geldpolitik und Aufsicht sowie der Interessen der Länder außerhalb des Euroraums zufriedenstellend berücksichtigt. Er empfahl, zügig zuzustimmen. hle

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



»Haltlos und unbegründet«

ÄGYPTEN Das Urteil eines ägyptischen Gerichts gegen Mitarbeiter der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) hat parteiübergreifend für Unverständnis und Enttäuschung gesorgt. In dem Prozess gegen mehrere Nicht-Regierungsorganisationen in Ägypten sind der frühere Leiter des KAS-Büros in Kairo sowie weitere Ausländer in Abwesenheit vergangene Woche zu teils langen Haftstrafen verurteilt worden. Ihnen wurde illegaler Geldtransfer sowie Arbeiten ohne Lizenz vorgeworfen. Die Durchsuchung zahlreicher Büros hatte Ende 2011 international für Kritik gesorgt. Gegen das überraschend harte Urteil, das auch die Schließung des KAS-Büros in Ägypten vorsieht, kann Beschwerde eingelegt werden.

Außenminister Guido Westerwelle (FDP) nannte das Vorgehen der ägyptischen Justiz besorgniserregend. „Es schwächt die Zivilgesellschaft als wichtige Säule der Demokratie in einem neuen demokratischen Ägypten.“ Der KAS-Vorsitzende Hans-Gert Pöttering bezeichnete die Urteile als „schweren Schlag gegen die Zivilgesellschaft und den Rechtsstaat in Ägypten“. Die Vorwürfe seien „haltlos und unbegründet“ – zumal die Konrad-Adenauer-Stiftung erst jüngst in ein deutsch-ägyptisches Kulturabkommen aufgenommen wurde.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier nannte die Entscheidungen des Gerichts „völlig inakzeptabel und zutiefst beunruhigend“. Die Urteile seien eine schwere Belastung für die bilateralen Beziehungen und nicht hinnehmbar. *ahelpa*



Zum Sprachkurs mit der Straßenbahn: Werbeaktion des Goethe-Instituts im indischen Kalkutta

Mit Goethe um die Welt

KULTUR Opposition und Koalition streiten über Ausrichtung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik

Aus Sicht von Claudia Pieper (FDP) ist in Sachen Auswärtiger Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) alles beim Alten geblieben. Während der Plenardebatte am vergangenen Freitag vertrat die Staatsministerin im Auswärtigen Amt die Ansicht, dass die von ihrem Ministerium verfolgte Konzeption „Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik in Zeiten der Globalisierung“ in der Kontinuität bisheriger Grundsätze stehe. Von einem Paradigmenwechsel könne mit hin keine Rede sein, urteilte sie und bestätigte damit die im Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (17/12025) ebenfalls so enthaltene Aussage.

Wirtschaftsinteressen Die Opposition zog dies aber in Zweifel. Allein was Deutschland nutze, werde in der AKBP noch gemacht, kritisierte Ulla Schmidt (SPD). Auf den Einwand von Peter Gauweiler (CSU), dass der deutsche Außenminister auch deutsche Interessen vertreten müsse, entgegnete Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen): Die durch Westerwelle vertretenen Interessen der deutschen Wirtschaft seien nicht automatisch die Interessen Deutschlands. Staatsministerin Pieper hatte zuvor darauf verwiesen, dass keine Bundesregierung bislang so viel in die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik investiert habe, wie die von Union und FDP geführte. „Trotz des Zwangs zur Konsolidierung konnten die Ausgaben gesteigert werden“, betonte sie. Entgegen öffentlicher Behauptungen, es würden Goethe-Institute geschlossen, habe man – wie etwa in Nikosia – sogar neue eröffnet. Pieper spreche zwar von einem Rekordhaushalt, doch habe man im Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik immer wieder über Mittelkürzungen bei den Goethe-Instituten diskutiert, ergänzte Ulla Schmidt. Die dabei eingesparten Gelder seien in Programme umgelenkt worden, „die dem Außenminister zupasskommen“. Das Engagement der Staatsministerin sei ausdrücklich zu würdigen, machte Schmidt deutlich. Außenminister Guido Westerwelle (FDP) hingegen sei an der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik desinteressiert. Beleg dafür sei, dass der Minister in vier Jahren nicht ein einziges Mal den zuständigen Unterausschuss besucht habe, betonte Schmidt.

STICHWORT

DEUTSCHLANDBILD – Kultur- und Bildungsarbeit im Ausland

> Mittlerorganisationen Die Federführung für die auswärtige Kulturpolitik liegt beim Auswärtigen Amt, die Umsetzung aber in den Händen von Mittlerorganisationen wie zum Beispiel dem Goethe-Institut, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), der Inwent - Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH, dem Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) und dem Deutschen Archäologischen Institut (DAI).

> Weltweites Netzwerk Allein das Goethe-Institut unterhält 136 Standorte und zehn Verbindungsbüros in 92 Ländern. Über die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik werden 1.530 Partnerschulen unterstützt (140 Deutsche Auslandsschulen, 870 Deutsches Sprachdiplom-Schulen sowie 520 weitere Schulen). Der DAAD sorgt unter anderem mit 15 Außenstellen und 53 Informationszentren im Ausland für den wissenschaftlichen Austausch.

> Etat Die Mittel für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik beliefen sich 2011 auf insgesamt knapp 1,5 Milliarden Euro. Das sind rund 0,5 Prozent des Bundeshaushalts.

Business Lounge Auch Lukrezia Jochimsen (Die Linke) kritisierte einen Paradigmenwechsel in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Es dürfe nicht vorrangig darum gehen, Deutschland als attraktiven Standort der Wirtschaft zu bewerben. „Wir brauchen ein Gleichgewicht zwischen den kulturellen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Aufgaben“, sagte sie. Dass dies nicht der Fall sei, zeige der Umgang des Auswärtigen Amtes mit dem ehemaligen Sitz des Goethe-Instituts in New York. Nach dem Umzug des Instituts sollte das in deutschem Besitz befindliche sechsstöckige Gebäude in bester Lage nach den Vorstellungen Westerwelles nicht etwa dem Kulturaustausch, sondern dem Austausch wirtschaftlicher Interessen dienen, kritisierte Jochimsen. Dank des Einspruchs des Auswärtigen Ausschusses sei dies verhindert worden, ergänzte Claudia Roth und übe ebenfalls Kritik am Außenminister. Westerwelle schmecke sich zwar gerne mit Kultur, verstehe darunter aber offenbar das Umfunktionieren des Goethe-Institutes in eine Business Lounge.

Der Vorsitzende des Unterausschusses Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, Peter Gauweiler, ging auf die aktuellen Diskussionen um das Auslandsschulgesetz ein. Die Schulen seien ein „Anker für die Identität der Auslandsdeutschen“ und zugleich eine Verbindungslinie für ausländische Schüler zur deutschen Sprache und Kultur. Schon 2008 habe der Bundestag einer Resolution für die Weiterentwicklung des Auslandsschulgesetzes zugestimmt. Bei dem unlängst von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf sei nun die finanzielle Sicherheit nur für jene Schulen gewährleistet, die auf mindestens 20 Abschlüsse pro Jahr verweisen können. Um auch kleinere Schulen fördern zu können, habe er den Vorschlag gemacht, die Zahl auf fünf Abschlüsse zu senken. Gauweiler zeigte sich über die Reaktion der Haushaltspolitiker erbost: „Ich verbitte mir, dass Leute, die überhaupt kein Problem damit haben, innerhalb von 30 Minuten Bürgschaften über 190 Milliarden Euro zu beschließen, uns vorwerfen, wir würden mit der Änderung den Haushalt maßlos belasten.“

Inzwischen habe man mit 13 Abschlüssen einen Kompromiss erzielt, sagte Gauweiler weiter. „Wir sollten die Kuh jetzt vom Eis bringen“, formulierte er seine Bitte an die Opposition. Eine Verabschiedung des Auslandsschulgesetzes noch in dieser Legislaturperiode hatte zuvor auch Staatsministerin Pieper gefordert. Der darin zugesicherte Rechtsanspruch auf Förderung sei auch eine Form der Anerkennung für die in den Schulen tätigen Lehrer.

Tadel für Haushalter Linken-Kulturrepertin Jochimsen kündigte jedoch an, einen solchen Kompromiss nicht mittragen zu wollen. Es werde auch dann privilegierte und benachteiligte Schulen geben, bemängelte sie. Claudia Roth kritisierte in dieser Frage Staatsministerin Pieper, die dem Unterausschuss in den Rücken gefallen sei, indem sie den von allen Fraktionen getragenen Änderungsantrag, „der den viel zu eng gestrickten Entwurf des Auslandsschulgesetzes korrigieren sollte“, abgelehnt habe. Zudem tadelte auch Roth die Haltung der „Koalitionshaushalter“. Diese würden ihren Ehrgeiz in die Verhinderung des Auslandsschulgesetzes legen. Besser wäre es gewesen, die Haushalter hätten einmal nachgefragt, „wo eigentlich die Gelder aus dem Anfang der Legislaturperiode aufgelegten Zwölf-Milliarden-Euro-Bildungspaket versickert sind“, sagte Roth. *Götz Hausing*

Mehr zur Auswärtigen Kulturpolitik unter: www.kulturportal-deutschland.de

KURZ NOTIERT

Abkommen zur Regulierung von Waffenhandel

Die Fraktionen von CDU/CSU und FDP setzen sich für ein zügiges Inkrafttreten des „Vertrags über die Regulierung von Waffenhandel“ ein. Mit einem Gesetzentwurf (17/13708), der vergangene Woche in die Ausschüsse überwiesen wurde, sollen die Voraussetzungen für die Ratifizierung des UN-Abkommens geschaffen werden. Ziel des Vertrages sei es, den internationalen Handel mit konventionellen Rüstungsgütern „durch die Schaffung von rechtlich bindenden, weltweit einheitlichen Mindeststandards, insbesondere für Exporte, zum Zwecke der Stärkung von Frieden und Sicherheit“ zu regulieren. *ahelpa*

Grüne monieren »Gängelung« der Zivilgesellschaft

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kritisiert eine aus ihrer Sicht bestehende „Gängelung der deutschen Zivilgesellschaft“ in der Entwicklungszusammenarbeit. Es bestehe eine „zunehmende Einflussnahme des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (BMZ) gegenüber entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NRO), heißt es in einem Antrag (17/13728). Die Abgeordneten fordern die Bundesregierung unter anderem auf, eine „kritische Berichterstattung auch durch geförderte Publikationen zu ermöglichen“. Der Antrag wurde vergangene Woche in die Ausschüsse überwiesen. *ahelpa*

Neue Entwicklungsagenda für die Zeit nach 2015

Sozialdemokraten und Grüne setzen sich für eine nachhaltige Entwicklungsagenda ab 2015 ein. Zwei entsprechende Anträge der Fraktionen (17/13762; 17/13727) wurden vergangene Woche in die Ausschüsse überwiesen. Im Kern fordern beide Fraktionen, die derzeit im UN-Rahmen laufenden Prozesse zu einer Weiterentwicklung der bis 2015 gültigen Millenniumentwicklungsziele (MDGs) und zur Entwicklung von Nachhaltigkeitszielen (SDGs) in einer neuen Agenda zusammenzuführen. *ahelpa*

Freihandelsabkommen zwischen USA und EU im Fokus

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert die Bundesregierung auf, einer transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) im Europäischen Rat erst zuzustimmen, wenn der Bundestag sein Recht zur Stellungnahme in Anspruch genommen hat. In einem Antrag (17/13733) fordern die Abgeordneten, dass der Bundestag „zeitnah“ von seinem Recht auf Stellungnahme nach Artikel 23 Absatz 3 Satz 1 des Grundgesetzes Gebrauch machen soll. Die SPD-Fraktion fordert in einem Antrag (17/13732), audiovisuelle und kulturelle Dienstleistungen bei dem geplanten Handelsabkommen auszunehmen. Die Abgeordneten begründen dies damit, dass diese Dienstleistungen nicht nur Wirtschafts-, sondern auch Kulturgüter seien, die die Identität eines jeden einzelnen Mitgliedstaates widerspiegeln würden. *as*

Erdöl unterm Erbe

ENTWICKLUNG Nationalparks in der DR Kongo in Gefahr

Der Bundestag setzt sich für die Bewahrung des kongolesischen Naturerbes ein. Ein entsprechender Antrag (17/13711) von CDU/CSU und FDP wurde vergangenen Freitag mit der Mehrheit der Koalition und den Grünen bei Enthaltung von SPD und Linksfraction angenommen. Der illegale Rohstoffabbau, insbesondere im Ost-Kongo, ist aus Sicht der Antragsteller eine der zentralen Quellen der Gewalt gegen Mensch und Natur. Sie verweisen unter anderem auch auf kongolesische Pläne für einen „systematischen, großflächigen Rohstoffabbau“ zur Entwicklungsfinanzierung. Die institutionellen Grundlagen dafür aber seien nicht gegeben; zu befürchten sei vielmehr, dass der Abbau nicht zum Nutzen der Bürger, sondern zum Nutzen „einzelner einflussreicher Personen und Gruppen bei gleichzeitiger Zerstörung der Natur“ erfolgen könnte. Die Abgeordneten besorgt, dass die Demokratische Republik Kongo Ölexplorationen in allen Nationalparks, „einschließlich des Virunga-Vulkan-Gebiets mit seinen unermesslichen Naturschätzen und in den Unesco-Weltnaturerbegebieten“ gesetzlich erlauben will. Die Bundesregierung wird in der Vorlage unter anderem aufgefordert, auf die Länder Zentralafrikas und insbesondere auf die

Demokratische Republik Kongo mit dem Ziel einzuwirken, dem Biodiversitäts- und Waldschutz oberste Priorität einzuräumen. Weiterhin soll sie gegenüber der Regierung in Kinshasa dafür eintreten, vom „vorliegenden Gesetzentwurf zur Legalisierung von Ölbohrungen in Schutzgebieten Abstand zu nehmen“. Die kongolesische Seite soll ferner darin unterstützt werden, „nachhaltige Lösungen für drängende Entwicklungsfragen zu finden, die den künftigen Schutz der Nationalparks und Schutzgebiete nicht in Frage stellen“. *ahelpa*



Blick auf die Virunga-Vulkane im Osten der Demokratischen Republik Kongo

Hilfe nach dem Truppenabzug

AFGHANISTAN Westerwelle und Niebel bekräftigen deutsches Engagement für die Zeit nach 2014

Zwei Minister – eine Botschaft: Außenminister Guido Westerwelle und Entwicklungsminister Dirk Niebel (beide FDP) haben vergangene Woche im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bekräftigt, dass sich Deutschland auch nach dem geplanten Truppenabzug 2014 in Afghanistan engagieren werde. Westerwelle sprach von einem „gegenseitigen Versprechen“ zwischen internationaler Gemeinschaft und Afghanistan: „Wir sind bereit, uns auch weiterhin zu engagieren“, zugleich aber müsse der innerafghanische Reformprozess fortgesetzt, die Akzeptanz für Menschenrechte und zivilgesellschaftliche Standards erhöht werden. Insbesondere Sorge um die Situation von Frauen, deren Rechte nach dem Truppenabzug gefährdet sein könnten: „Wir stoßen hier auf ein Wertegerüst, das uns fremd ist.“ Positiv bewertete Westerwelle, dass afghanische Sicherheitskräfte mittlerweile die Verantwortung für nahezu 90 Prozent der Bevölkerung übernommen hätten. Auch die Einbeziehung der

Nachbarländer in Afghanistans Transformationsprozess sei auf „einem guten Weg“. Westerwelle kündigte an, zügig das Gespräch mit der neugewählten pakistanischen Regierung zu suchen.

Hilfe für zehn Jahre Sein Kabinettskollege Niebel bezifferte die zivile Hilfe aus Deutschland für Wiederaufbau und Entwicklung in Afghanistan auf jährlich bis zu 430 Millionen Euro, davon 250 Millionen Euro aus dem Etat seines Hauses und 180 Millionen Euro vom Auswärtigen Amt. Die

Bundesregierung habe den politischen Willen bekundet, diese Hilfe auf zehn Jahre „auf ungefähr gleichem Niveau“ bereitzustellen. Zugleich sei klar, dass die Mittelvergabe an sichtbare Reformfortschritte in Afghanistan geknüpft sei, betonte Niebel. Er verwies auf ein Begegnungstreffen im Juli, bei dem geprüft werden soll, ob und inwieweit die afghanische Regierung Verpflichtungen erfülle. Als „wichtig“ für die Zeit nach 2014 nannte Niebel zudem eine „Evakuierungskomponente“ für internationale Kräfte und Ortskräfte der Entwicklungszusammenarbeit. „In Extremsituationen müssen wir unter dem Schutz der Streitkräfte stehen“, sagte Niebel. Er verwies unter anderem auf die Ankündigung der Bundesregierung, nach dem Truppenabzug 600 bis 800 Bundeswehrsoldaten im Rahmen einer dann neuen Unterstützungs- und Ausbildungsmission zu stellen.

Perspektive für Ortskräfte Beide Minister sicherten zu, afghanische Ortskräfte nach Abzug der ISAF-Truppen nicht im Stich zu lassen. Westerwelle sprach von einer „komplizierten Abwägungsfrage“, einerseits gelte es, die Ortskräfte vor einer möglichen Gefährdung zu schützen, andererseits dürfe es nicht zu einer massenhaften Abwanderung von Verantwortungsträgern ins Ausland kommen. *ahelpa*



Die Minister Dirk Niebel (links) und Guido Westerwelle und die Ausschussvorsitzende Dagmar Wöhr

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



EU-Kommissar stellt sich vor

EUROPA Wenn Kroatien am 1. Juli Mitglied der Europäischen Union wird, tritt auch ein zusätzlicher EU-Kommissar in Brüssel seinen Dienst an. In der vergangenen Woche präsentierte sich der Kandidat Kroatiens, Neven Mimica, bei einer Anhörung vor dem Verbraucher- und dem Umweltausschuss des Europäischen Parlaments. Der 59-jährige Kroat soll in der Kommission künftig für Verbraucherschutz zuständig sein. Die Parlamentarier müssen seiner Ernennung zustimmen. Bei der Anhörung erklärte er zu den Zielen seiner Amtszeit, er wolle sich auf bestehende politische Initiativen der EU-Kommission konzentrieren. „Ich habe keine wichtigen Gesetzesvorschläge im Auge“, sagte der Kroat.



Neven Mimica

Der EVP-Abgeordnete Andreas Schwab (CDU) kritisierte im Anschluss an die Anhörung, dass Mimica mit seinen Aussagen „sehr vage“ geblieben sei. Obgleich bleibt dem Kroat nur eine kurze Zeit von 16 Monaten, da die Amtszeit der Kommission im Jahr 2014 endet. Um dem neuen EU-Mitglied Kroatien ein eigenes Ressort überlassen zu können, wurde das bisherige Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz aufgespalten. Mimica ist derzeit stellvertretender Regierungschef seines Landes. Der Diplomat war maßgeblich an den Beitrittsverhandlungen seines Landes mit der EU beteiligt. Er studierte in Zagreb Wirtschaftswissenschaften, arbeitete im Außenhandel, veröffentlichte aber auch eine Reihe wissenschaftlicher Publikationen zu diesem Thema. Der Sozialdemokrat gilt daher als international äußerst gut vernetzt.



China exportiert zur Zeit Solarmodule im Wert von 21 Milliarden Euro in die Europäische Union.

Schutzzoll für »Made in China«

HANDEL Beim Streit um chinesische Solarmodule setzt die EU-Kommission offenbar auf eine Verhandlungslösung

Ungeachtet der heftigen Kritik aus Deutschland und 16 weiteren EU-Mitgliedsstaaten hat die EU-Kommission vergangene Woche vorläufige Antidumping-Zölle auf chinesische Solarmodule verhängt. Allerdings staffelt EU-Handelskommissar Karel De Gucht den Zoll und setzte zunächst einen Satz von 11,8 Prozent fest, der erst nach zwei Monaten auf die ursprünglich geplanten 47,6 Prozent steigt. „Die Entscheidung der EU-Kommission ist eine ausgestreckte Hand, um einen Handelskrieg zu vermeiden“, sagte der Sprecher der Fraktion der Konservativen im Europäischen Parlament, der Deutsche Daniel Caspary zu der stufenweisen Einführung des Zolls. Eine große Mehrheit im Europäischen Parlament unterstützt De Guchts Ansatz, der von der Kommission einstimmig verabschiedet wurde. Aus den Mitgliedsstaaten kam offene Kritik an der Entscheidung. Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) nannte den Zoll einen „Fehler“. Neben Großbritannien zeigte sich auch De Guchts Heimatland Belgien unzufrieden mit dem Schritt. Die Mitgliedsstaaten monieren, dass Europa wegen des Zolls auf einen Handelskrieg mit China hinsteuere. China hat bereits mehrere Gegenmaßnahmen angekündigt. De Gucht will sich jedoch von chinesischen Drohgebärden nicht einschüchtern lassen. „Die Europäische Politik sollte sich von Gesetzen und nicht von Angst leiten lassen“, betont der Handelskommissar.

Dumping-Preise China exportiert aktuell Solarmodule im Wert von 21 Milliarden Euro in die EU. Die EU-Kommission wirft den Chinesen vor, die Solarmodule in Europa seit drei Jahren zu Dumping-Preisen zu verkaufen, also billiger als die Herstellungskosten. Die Kommission errechnete, dass die Solarmodule im Durchschnitt um 88 Prozent teurer verkauft werden müssten. Allerdings gibt es Kritik an den Berechnungen. Da China bei der Welthandelsorganisa-

tion WTO nicht als Marktwirtschaft anerkannt wird, hat die EU-Kommission bei der Kalkulation einen gewissen Spielraum. Als Berechnungsgrundlage dienen die Herstellungskosten in Indien. Die EU-Kommission erwartet nun von China ein Verhandlungsangebot. „Der Ball ist im chinesischen Feld“, sagte Handelskommissar De Gucht. Er glaubt, dass er durch die gestaffelten Zölle den Druck erhöht hat, um die Chinesen schnell zu einem Angebot zu bewegen. In Brüssel wünscht man sich, dass China einen Mindestpreis für die Solarmodule einführt.

Kapazitäten verzehnfacht China hat seine Kapazitäten für Solarmodule in den vergangenen Jahren rasant aufgebaut, seit 2008 haben sie sich auf 55 Gigawatt verzehnfacht. Dies entspricht 150 Prozent der weltweiten Nachfrage. Der Staat hat das starke Wachstum unterstützt, die Subventionen zielt jedoch zurückzuführen. In Europa haben chinesische Hersteller mittlerweile einen Marktanteil von 80 Prozent erreicht. Europäische Hersteller halten nur noch einen Marktanteil von 13 Prozent, der zudem rapide abnimmt. In der politischen Debatte wird verschwiegen, dass die Solarenergie auch in Europa von staatlicher Unterstützung profitiert. Im Zuge des Klimaschutzes haben viele EU-Mitgliedsstaaten die Solarenergie massiv gefördert, allerdings nicht, indem sie Hersteller pöppeln, sondern indem sie Verbrauchern Zuwendungen zum Kauf machen. China hatte schon vor der Ankündigung der Zölle auf Solarmodule eine Antidumping-Untersuchung gegen europäische Chemieunternehmen bekannt gemacht. Chinesische Hersteller werfen der europäischen Konkurrenz vor, ein Lösungsmittel unter den Herstellungskosten zu verkaufen. Vergangene Woche folgte eine Untersuchung gegen europäische Weinhersteller. „Weineinführen aus Europa kommen dank Dumping, Subventionen und anderer unerlaubter Handelspraktiken auf unseren Markt und haben unsere Weinproduktion beein-

trächtig“, hieß es dazu in einer Erklärung des chinesischen Handelsministeriums. Der Angriff auf die europäischen Weingüter ist aus zwei Gründen interessant. Zum einen nimmt die chinesische Regierung mit der Landwirtschaft einen Sektor ins Visier, der traditionell stark von Subventionen profitiert. Der britische Think Tank Open Europe schätzt die Subventionen für europäische Weinbauern auf 2,8 Milliarden Euro im Jahr. Gleichzeitig trifft die chinesische Regierung mit ihrem Verfahren gegen europäische Wein ausgerechnet jene Länder, die sich für die Zölle auf Solarmodule ausgesprochen haben. Die großen Weinhersteller Frankreich, Spanien und Italien hatten die Kommission in ihrer Haltung ausdrücklich bestärkt. Frankreichs Staatspräsident François Hollande reagierte auf die chinesische Ankündigung prompt und forderte ein Krisentreffen, bei dem die Europäer ihre Haltung abstimmen sollten.

Drohender Handelskrieg Ein Handelskrieg mit China würde Europas ohnehin schon schwächelnde Wirtschaft empfindlich treffen. Im vergangenen Jahr haben die EU-Mitgliedsländer Waren und Dienstleistungen im Wert von 143,9 Milliarden Euro nach China exportiert. Mit Ausfuhren von 66,6 Milliarden Euro ist Deutschland der wichtigste Exporteur unter den EU-Staaten. Sollten die Chinesen ihren Markt abschotten, wäre das zum Nachteil von Branchen wie beispielsweise dem Maschinen- und Automobilbau, die Chinesen zu ihren guten Kunden zählen. Die beschlossenen Zölle laufen für maximal sechs Monate, endgültige Zölle kann die EU-Kommission nur dann verhängen, wenn die Mitgliedsstaaten zustimmen. Aus der EU-Kommission ist hierzu zu hören, dass Mitgliedsstaaten in der Vergangenheit ihre Position dazu schon mehrfach verändert hätten.

Silke Wetzach

Die Autorin ist Korrespondentin für die Zeitung „Handelsblatt“ in Brüssel.

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Überwindung des Hungers

ENTWICKLUNG SPD und Grüne sind im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit ihren Initiativen zur Ernährungssicherheit und Überwindung des Hungers gescheitert. Ihre Anträge (17/12379; 17/13492) wurden vergangene Woche von den Koalitionsfraktionen von Union und FDP abgelehnt. Die SPD-Fraktion hatte die Bundesregierung unter anderem dazu aufgefordert, den Förderschwerpunkt „Ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung“ finanziell zu stärken sowie international für das verbindliche Ziel einzutreten, Hunger und extreme Armut bis zum Jahr 2030 zu überwinden. Die Grünen warben dafür, den Anteil für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit bis spätestens 2017 auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu steigern und mindes-

tens zehn Prozent dieser Mittel „für die Förderung der ländlichen Entwicklung im Sinne der Ernährungssicherheit“ einzusetzen. Ein Vertreter der Grünen sprach sich für einen ressortübergreifenden Ansatz aus: „Nur in der Gesamtschau lässt sich Hunger wirklich bekämpfen.“ Ein Vertreter der SPD-Fraktion sagte, dass die Wertschöpfung im ländlichen Raum in Entwicklungsländern insgesamt erhöht werden müsse. Die Koalitionsfraktionen argumentierten, dass die Bundesregierung die ländliche Entwicklung zu einem Querschnittsthema gemacht habe und gerade bei der Ernährungssicherung stark engagiert sei. Aus der Linksfraktion, die sich bei beiden Anträgen enthielt, kam Kritik an der im SPD-Antrag nicht ausdrücklich ausgeschlossenen Privatisierung der Wasserversorgung. *ah*

Bedrängte Gläubige im Iran

MENSCHENRECHTE Die SPD-Fraktion ist mit einer Initiative zum Schutz der Baha'i gescheitert. Einen Antrag (17/13474) zur Religionsfreiheit im Iran und zur Stärkung der Rechte der Glaubensgemeinschaft lehnte der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe vergangene Woche mit den Stimmen der Fraktionen von Union und FDP bei Enthaltung der Fraktion die Linke ab. Die Grünen unterstützten den Antrag. Die Sozialdemokraten hatten die Bundesregierung unter anderem aufgefordert, Menschenrechtsverletzungen im Iran bilateral und auf internationaler Ebene zu thematisieren und sich „konsequent für die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses“ einzusetzen. Die iranische Regierung sei aufzufordern, Repressionen gegenüber den Baha'i einzustellen sowie alle politischen und aus Gewissensgründen in-

haftierten freizulassen. Mitglieder der iranischen Baha'i-Gemeinde sollen zudem als Gruppenverfolgung in Deutschland aufgenommen werden. Den Baha'i werde im Iran unterstellt, Spione Israels zu sein, zum anderen werde ihnen Apostasie, der Abfall vom Islam, vorgeworfen. Vertreter der Koalitionsfraktionen unterstützten im Ausschuss das Anliegen der SPD, verwiesen jedoch auf bereits beschlossene Anträge zur Religionsfreiheit im Iran. Zudem sei die von den Sozialdemokraten geforderte Linie gegenüber der iranischen Regierung bereits Bestandteil der Politik der Bundesregierung. Vertreter der Oppositionsfraktionen sprachen unter anderem von einer Verschlechterung der Lage der Baha'i in jüngster Zeit, was sich unter anderem auch in der Inhaftierung ihrer Führungsspitze nach „grob unfairen Gerichtsverfahren“ Anfang Mai zeige. *ah*

Kritik an EU-Gesetz zu Bankenunion

EUROPA Im Europaausschuss haben Experten verfassungs- und europarechtliche Bedenken im Zusammenhang mit der rechtlichen Ausgestaltung einer Europäischen Bankenunion in Deutschland geäußert. Grundlage ist ein Gesetzesentwurf der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP (17/13470). Das Gesetz sieht vor, dass der deutsche Vertreter im Rat der Verordnung für den SSM (Single Supervisory Mechanism) erst dann zustimmen darf, wenn ein entsprechendes Gesetz auf der Grundlage von Artikel 23 Absatz 1 des Grundgesetzes erlassen wurde. Die SSM-Verordnung regelt die „Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank“.

Professor Franz Mayer von der Universität Bielefeld und Professor Ulrich Hufeld von der Universität der Bundeswehr in Hamburg bezeich-

Gedämpft optimistisch

KOSOVO KFOR-Einsatz der Bundeswehr soll verlängert werden

Der Außenminister versucht es mit vorsichtigem Optimismus: Die erste Einigung zwischen Kosovo und Serbien auf eine Normalisierung ihrer Beziehungen vor wenigen Wochen sei eine „bedeutende politische Entwicklung“, sagte Guido Westerwelle (FDP) am vergangenen Freitag bei der ersten Beratung zur Verlängerung des Bundeswehreinsatzes im Norden des Kosovo.



Bundeswehrsoldaten beim Einsatz im Norden Kosovos

setzes im Rahmen der KFOR-Mission im Kosovo. Auch sein Kabinettskollege, Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU), stellte fest, dass Bemühungen um eine Stabilisierung der Region Früchte tragen würden. Beide wiesen jedoch auch darauf hin, dass es nach wie vor ein Eskalationspotential insbesondere im Norden des Kosovo gebe, wo sich ein Teil der serbischen Minderheit gegen eine Einigung zwischen Belgrad und Pristina sperre.

Laut Antrag der Bundesregierung (17/13661) soll die deutsche Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo um ein Jahr verlängert werden. Unverändert ist im Rahmen des Mandats der Einsatz von bis zu 1.850 Soldaten vorgesehen. Die Kosten für die zwölf Monate währende Fortsetzung

bezieht die Bundesregierung auf insgesamt rund 60,4 Millionen Euro. Der Antrag wurde in die Ausschüsse überwiesen. Gernot Erler (SPD) sagte, dass es insbesondere die europäische Perspektive sei, die auf beiden Seiten zu Kompromissbereitschaft geführt habe. Das Bundeskanzleramt jedoch bremse nun einen möglichen Beitrittsprozess Serbiens aus, obgleich sich die EU-Kommission jüngst für eine Aufnahme ausgesprochen habe. Beim EU-Gipfel Ende Juni werde es die deutsche Bundesregierung sein, die in dieser Frage „die Tür aus wahlrhetorischen Gründen“ zuschlage, kritisierte Erler. Inge Höger (Die Linke) meldete Zweifel an der Entspannung zwischen Albanien und Serbien an. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus den Balkankriegen sei die Sorge der Kosovoser vor Vertreibungen nicht unbegründet. Höger sprach zudem von einem Ausverkauf der Region durch die Privatisierungspolitik auf Druck der EU.

Omid Nouripour (Grüne) entgegnete: „Wir sind auf einem guten Weg“. Es sei nicht selbstverständlich, dass das Kosovo befriedet sei und dass nur ein Jahr nach Schließung der serbisch-kosovarischen Grenze beide Seiten „ein historisches Abkommen“ geschlossen hätten. Ähnlich argumentierte Philipp Mißfelder (CDU): Die positive Rückkopplung der KFOR-Mission in der Bevölkerung des Kosovo zeige, „dass das kein Kolonialismus ist.“ *ah*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



KURZ NOTIERT

Grüne wenden sich gegen Administrativhaft

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist mit ihrer Initiative für ein Ende der Praxis der Administrativhaft gescheitert. Einen entsprechenden Antrag (17/11166) lehnten die Koalitionsfraktionen von Union und FDP am vergangenen Donnerstag ab, die Oppositionsfraktionen stimmten dafür. Die Grünen hatten unter anderem gefordert, dass sich die Bundesregierung gegenüber der israelischen Regierung, der Palästinensischen Autonomiebehörde und der Hamas für die Aufhebung der Administrativhaft sowie willkürlicher Verhaftungen einsetzt. Die Administrativhaft schränke die Verfahrensgarantien von Betroffenen erheblich ein und sei „unter rechtsstaatlichen und menschenrechtlichen Gesichtspunkten inakzeptabel“, hieß es zur Begründung. *ah*

Initiative zur Gaza-Blockade gescheitert

Die Grünen haben mit ihrer Initiative zur Überwindung der Blockade gegen Gaza durch Israel keine Mehrheit gefunden. Ein Antrag der Fraktion (17/11167) fand am vergangenen Donnerstag Zustimmung bei SPD- und Linksfraktion, zustimmte aber am Votum der Koalitionsfraktionen von Union und FDP. Die Grünen hatten die Bundesregierung aufgefordert, die israelische Regierung zu einem „grundlegenden Politikwechsel gegenüber Gaza und einer Aufhebung der Blockade Gazas“ zu bewegen. Zugleich solle von der Hamas die Unterbindung der Gewalt gegen Israel und die Einhaltung der Menschenrechte im Gaza-Streifen eingefordert werden. Israels Blockade soll sich gegen die Hamas richten, bewirke jedoch oft das Gegenteil, hieß es in der Antrag weiter: Sie verhindere eine echte wirtschaftliche Erholung und leiste massiver Korruption und der Entstehung von mafiosen Strukturen in Gaza Vorschub. *ah*

Die Linke kritisiert »rassistische« US-Urteile

Der Bundestag hat eine Initiative der Linksfraktion zur Freilassung des US-amerikanischen Journalisten Mumia Abu-Jamal abgelehnt. Ein Antrag der Fraktion (17/8916) scheiterte vergangenen Donnerstag an den Stimmen von Union, SPD und FDP bei Enthaltung der Grünen. Die Linke hatte die Bundesregierung unter anderem aufgefordert, den USA anzubieten, Abu-Jamal in Deutschland Aufnahme zu gewähren. Außerdem sollte sich die Regierung der Vorlage zufolge unter anderem in Gesprächen mit Mitgliedern der US-Regierung für eine „menschensrechtskonforme Reform des Strafprozessrechts und des Strafvollzugs in den USA“ einsetzen und deutlich machen, „dass die Verantwortlichen für rassistisch motivierte Urteile zur Rechenschaft gezogen werden müssen“. *ahelbob*

AUFGEKEHRT

Mehr oder weniger

In der Kürze liegt die Würze. Übersetzen ließe sich das alte Sprichwort auch so: weniger ist mehr. Hartmut Mehdorn, Chef des Chaos-Flughafens Berlin-Brandenburg, hat dieses Motto in den vergangenen Jahren mehr als einmal zum pragmatischen Prinzip erhoben. Als der neue Hauptbahnhof in Berlin nicht rechtzeitig zur Fußball-WM 2006 fertig zu werden drohte und die Kosten obendrein aus dem Ruder liefen, da kürzte der damalige Bahn-Chef die Überdachung des Bahnsteiges um rund 130 Meter. Weniger war mehr.

Und auch als neuer Chef des Berliner Flughafens greift Mehdorn in die „Weniger-ist-Mehr“-Trickkiste. Na, wenn der Flughafen nicht so schnell fertig wird wie geplant, dann eröffnen wir ihn eben in Etappen. Ist zwar weniger als erhofft, aber doch mehr als erwartet. Und es hätte ja schlimmer kommen können – etwa mit verkürzten Lande- und Startbahnen. Wundern würde in Berlin ja niemanden mehr etwas.

Wie dem auch sei, Mehdorn beweist, dass es eben nicht auf die Größe oder Länge ankommt. Damit steht der „kleine Dicker“, wie er sich selbst gerne nennt, in einer Reihe mit Alexander dem eigentlich gar nicht so Großen, dem kleinen Korsen Napoleon, „kleines dickes“ Gerd Müller oder Silvio „Bunga-Bunga“ Berlusconi. Doch jetzt scheint Mehdorn alte Gewissheiten ins Gegenteil verkehren zu wollen. Zwei Landebahnen, so befand er, sind eigentlich zu wenig für einen Hauptstadtflughafen. Drei wären viel angebrachter. Weniger ist also doch nicht mehr. Das denkt sich derzeit auch die Bahn und prüft, ob sie das verkürzte Glasdach am Berliner Hauptbahnhof doch auf die ursprünglich geplante Länge bringen will. Mehr ist also mehr? Na ja, mehr oder weniger.

Alexander Weinlein

VOR 40 JAHREN ...

Gekaufte Enthaltung

15. Juni 1973: Untersuchungsausschuss zur Steiner/Wienand-Affäre Die Union war sich ihrer Sache sicher: Per konstruktivem Misstrauensvotum sollte im April 1972 Kanzler Willy Brandt (SPD) gestürzt werden. Doch es kam anders. Statt der notwendigen 249 Abgeordneten stimmten nur 247 für den Antrag. Die Republik spekulierte, wer die beiden Dissidenten in den Reihen der Union waren – nicht ahnend, dass hinter der Abstimmung eine handfeste Affäre steckte. „Ich habe eine weiße Karte reingeworfen. Das war wie ein Nein“, gestand Julius Steiner (CDU) im Juni 1973, sich enthalten und damit der eigenen Fraktion die Gefolgschaft verweigert zu haben. Später



Julius Steiner sagt mit Ehefrau vor dem Untersuchungsausschuss aus.

gab er an, dafür vom Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Karl Wienand, am 27. April 1972 50.000 D-Mark bekommen zu haben. Wienand stritt den Bestechungsvorwurf ab und konnte für den betreffenden Tag ein lückenloses Alibi vorweisen. Um die genauen Hintergründe der sogenannten Steiner/Wienand-Affäre aufzuklären, richtete der Deutsche Bundestag am 15. Juni 1973 einen Untersuchungsausschuss ein – mit mäßigem Erfolg. Nach über 40 Sitzungen konnte weder Steiners, noch Wienands Aussage bewiesen werden. Ergebnislos wurde der Ausschuss am 27. März 1974 aufgelöst. Nach der Wende erklärte der ehemalige DDR-Spionagechef Markus Wolf, Steiner 50.000 D-Mark für dessen Enthaltung gezahlt zu haben. Erst 2005 wurde das Rätsel um die zweite fehlende Stimme gelüftet: Stasi-Akten legen nahe, dass sie Leo Wagner (CSU) gehörte. Dieser soll inoffizieller Stasi-Mitarbeiter gewesen sein.

Benjamin Stahl

ORTSTERMIN: JUGEND UND PARLAMENT IM AUSTAUSCH



Teilnehmer des Planspiels „Jugend und Parlament“ debattierten im Bundestag ihre selbst ausgearbeiteten Gesetzesentwürfe wie richtige Abgeordnete.

»Wir erleben hier, wie vielfältig Demokratie ist«

Drei Tage lang haben sie diskutiert, debattiert und gestritten. Drei Tage lang probierten sich 312 Jugendliche vergangene Woche als Nachwuchspolitiker. Sie nahmen am Planspiel „Jugend und Parlament“ des Bundestages teil und erlebten das Herzstück der deutschen Demokratie hautnah. Im Planspiel schlüpfen Jugendliche aus ganz Deutschland in die Rolle eines echten Abgeordneten und simulierten die parlamentarische Arbeit im Bundestag. Die Teilnehmer bekamen alle eine neue Identität: Name, Biografie, Fraktionszugehörigkeit. Dabei orientierten sich die Jugend-Fraktionen in etwa an den fünf echten Fraktionen im Bundestag. Und wie bei richtigen Politikern, standen für die Teilnehmer Fraktions-, Ausschusssitzungen, Landesgruppentreffen und Plenardebatten auf dem Programm.

In den Fraktionssitzungen wurden zunächst die Vorsitzenden und Schriftführer gewählt sowie die Ausschusszugehörigkeit verteilt. In den Ausschüssen erarbeiteten und formulierten die Jungparlamentarier dann die verschiedenen Gesetzesentwürfe zur anonymisierte Bewerbung, Pflege-

versicherung, Pkw-Maut und Wahlpflicht. Diese Gesetzesentwürfe wurden später wie reale Gesetzesentwürfe auch in erster, zweiter und dritter Lesung im Plenum diskutiert, wobei die Sitzungen von den echten Bundestagsvizepräsidenten geleitet wurden. In der Schlussabstimmung konnten die Teilnehmer schließlich Mehrheiten formieren.

„Wir erleben hier in der Praxis, wie vielfältig Demokratie ist und das hinter allen Positionen, die von demokratischen Parteien vertreten werden, viele Argumente, Ideen und Emotionen stecken“, beschrieb Franziska Brandmann ihre Eindrücke.

In den Debatten lernten die Jugendlichen das oberste Prinzip des parlamentarischen Alltags kennen: Die Mehrheit entscheidet. Und so kam es, dass das Thema der anschließenden Podiumsdiskussion mit den realen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden kurzerhand gekippt wurde. Anstatt über die Wahlpflicht diskutierten die 16- bis 20-Jährigen mit Florian Toncar (FDP), Michael Kretschmer (CDU), Sarah Wagenknecht (Die Linke) sowie Josef Wink-

ler von den Grünen und Christine Lambrecht (SPD) lebhaft und kontrovers über die Frage der doppelten Staatsbürgerschaft. Diese wurde vergangene Woche auch im echten Plenum debattiert. Moderiert wurde die Podiumsdiskussion dabei von Bettina Schausten, Leiterin des ZDF-Hauptstadtstudios.

„Politik hat relativ wenig mit ewigen Wahrheiten zu tun, aber immer mit handfesten Interessen“, sagte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) in seinem Schlusswort zu den Teilnehmern des dreitägigen Planspiels. Da niemand beurteilen könne, ob das eine wahr und das andere falsch sei, sei es in Demokratien unabdingbar, für Mehrheiten zu werben und solche zu finden. Doch: „Das System funktioniert nur, wenn es prinzipielle Bereitschaft zu Kompromissen gibt“, gab Lammert zu bedenken. Jede Debatte im Plenum lebe davon, dass die Argumente ausgetauscht werden und auch die Gegenseite zu Wort kommt. Daran hielten sich auch die Nachwuchspolitiker in ihrem Planspiel.

Linda Dietze

Treffen der Ehemaligen

BERLIN Am 13. Juni veranstaltet die Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlamentes e.V. (VeMdB) ihre Jahreshauptversammlung. Das Treffen findet ab 10.30 Uhr im Reichstagsgebäude in Berlin statt. Als Gast wird Bundestagsvizepräsident Hermann Otto Solms (FDP) erwartet. Bereits am 12. Juni gibt Bundespräsident Joachim Gauck der Vereinigung einen Empfang im Schloss Bellevue. Die Vereinigung ist ein Zusammenschluss ehemaliger Abgeordneter, die zur Aufgabe hat, mit der Erfahrung seiner Mitglieder die Demokratie in Deutschland zu fördern.

jbb

Zur Ausgabe 21-23 vom 21.5.2013, „Umbau im Sperrfeuer“ auf Seite 1:

Der Masterplan von Verteidigungsminister Thomas de Maizière zur Reform der Bundeswehr greift ebenso wie die Kritik der Opposition hieran zu kurz. Eine gute Streitkräfteform darf sich nicht nur auf die militärische Ausrüstung der Truppe konzentrieren, da die eigentliche Hauptaufgabe der Bundeswehr heutzutage nicht mehr der Kampfeinsatz ist, sondern das sogenannte „Peacebuilding“ oder „Nationbuilding“. Das erfordert mehr denn je zivile Strategien. Man kann verfeindete Kulturen, wie zum Beispiel im Kosovo, nur wieder zum gemeinsamen Aufbau ihrer Region bringen, indem man sich vorher auf einer tieferen Ebene mit dem Denken der Menschen und

Zur Ausgabe 21-23 vom 21.5.2013, „Auf Martin Luthers Spuren“ auf Seite 10:

In Ihrem Artikel über die öffentliche Anhörung des Tourismusausschusses habe ich Kontaktadressen zum Thema „Luther 2017“ vermisst. Das wäre sehr hilfreich gewesen. Ebenso würde ich gerne wissen, ob zu diesem Jubiläum ein Katalog oder eine Schrif-

LESERPOST

tenreihe erschienen sind oder erscheinen werden.

Gerhard Grünwald, Schwandorf

Anmerkung der Redaktion:

In unserem E-Paper war der Artikel mit der Website der Staatlichen Geschäftsstelle Luther 2017 verlinkt. Dort lassen sich viele Informationen zur Lutherdekade finden. Die Internetadresse lautet www.luther2017.de. Für die Leser unserer Print-Ausgabe ist hier allerdings noch einmal die Kontaktadresse: Staatliche Geschäftsstelle „Luther 2017“ Collegienstraße 62 c 06886 Lutherstadt Wittenberg

PANNENMELDER

In der Debattendokumentation der Ausgabe vom 21.5.2013 ist in der Überschrift der Rede von Verteidigungsminister Thomas de Maizière wegen eines technischen Fehlers ein Wort herausgefallen. Korrekt muss der Titel der Rede lauten: „Verteidigungspolitische Schlussstrich unter den Kalten Krieg“.

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 17. Juni.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 10.-14.06.2013
Bundesvertriebenengesetz (Do),
EU-Menschenrechtsbericht (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de:
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

SEITENBLICKE



Rekordhalter im Parlament

ABGEORDNETE Als im Dezember 2012 der SPD-Bundestagsabgeordnete und langjährige Berliner Senator Kurt Neubauer im Alter von 90 Jahren starb, kündeten Nachrufe von seinen vielfältigen Verdiensten um die Stadt. Dass Neubauer auch der letzte überlebende Abgeordnete des ersten Deutschen Bundestages war, fand indessen keine Erwähnung. Als Vertreter Berlins gehörte er seit Februar 1952 dem Bonner Parlament an. Zum Zeitpunkt seiner ersten Wahl in den Bundestag im Jahr 1952 war Neubauer jüngster Abgeordneter des Parlamentes. Mit seinem Tod sind keine weiteren Abgeordneten des ersten Deutschen Bundestages mehr am Leben.

Mit Neubauer saß Hans Friedrich in der ersten Wahlperiode im Bundestag, zuerst für den Gesamtdeutschen Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) und später für die FDP. Der 1917 geborene Friedrich wurde bis vor einigen Wochen noch in der Datenbank des Bundestages als lebend geführt. Inzwischen ist sein Todesdatum, der 25. Juni 1998, bekannt. Der letzte überlebende Abgeordnete des ersten Bundestages, der 1949 gewählt wurde, war somit der 2008 gestorbene Bremer Arzt Siegfried Bärsch.

Schäuble vor Rekord Ältestes lebendes Bundestagsmitglied ist zurzeit der 1912 geborene Fritz Hellwig; er gehörte dem Hohen Hause von 1953 bis 1959 an.

Auf jeweils 41 Jahre Parlamentszugehörigkeit kommen Richard Stücklen von 1949 bis 1990 sowie Wolfgang Schäuble; Letzterer ist seit 1972 Bundestagsabgeordneter. Gehört er auch der kommenden Wahlperiode in Gänze an, wird er zugleich der am längsten dienende Abgeordnete der nationalen Parlamentsgeschichte sein. Auf 42 Abgeordnetenjahre kam bisher Albert Horn, der von 1874 bis 1918 den Wahlkreis Neisse für die Zentrumspartei vertrat.

Aus der Gründungszeit der Bundesrepublik Deutschland leben keine Politiker mehr. Walter Scheel ist der letzte überlebende Bundesminister aus der Zeit der Bundeskanzler Adenauer und Erhard. 1961/62 sowie von 1963 bis 1966 amtierte Scheel als Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Auch aus dem Kabinett Kurt Georg Kiesingers leben nur noch zwei Minister, Horst Ehmke und Erhard Eppler.

Ältester überlebender Reichstagsabgeordneter der Weimarer Republik war der im Jahr 2000 im Alter von 100 Jahren gestorbene Josef Felder. Als letzter Überlebender des kaiserlichen Reichstages gilt der 1968 in Berlin gestorbene Oberlehrer Hans Sivkovich von der Fortschrittlichen Volkspartei; er wurde 87 Jahre alt.

Von den Abgeordneten aus dem wilhelminischen Zeitalter, die noch nach 1945 parlamentarisch aktiv waren, gibt es vermutlich nur einen, sieht man von Adenauers kurzzeitigem Auftritt im Preußischen Herrenhaus 1918 ab. Es handelt sich um den 1872 geborenen Weidener Nachkriegs-Oberbürgermeister und dortigen CSU-Mitbegründer Franz Joseph Pfleger. Er gehörte von 1912 bis 1918 dem Deutschen Reichstag für die Zentrumspartei an und war 1946 Mitglied der Verfassunggebenden Bayerischen Landesversammlung.

bmh

PERSONALIA

>Rudolf Adams † Bundestagsabgeordneter 1966-1980, SPD

Rudolf Adams starb am 25. Mai im Alter von 93 Jahren. Der Gewerkschaftsmitarbeiter aus Berghem/Erft, SPD-Mitglied seit dem Jahr 1948, war von 1952 bis 1969 Abgeordneter im Kreistag Köln-Land. Rudolf Adams, der von 1970 bis 1979 für die SPD Mitglied des Europäischen Parlament war, arbeitete im Deutschen Bundestag zuletzt im Finanzausschuss mit.

>Elmar Kolb † Bundestagsabgeordneter 1977-1990, CDU

Am 13. Mai starb Elmar Kolb im Alter von 77 Jahren. Der Maschinenbauingenieur und Unternehmer aus Tettmang trat 1967 der CDU bei und war Kreisvorsitzender. Von 1980 bis 1985 stand er an der Spitze des Bundesverbandes der Selbständigen. Kolb engagierte sich im Bundestag vorwiegend im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung.

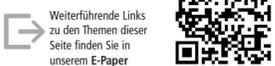
>Engelbert Nelle Bundestagsabgeordneter 1980-1998, CDU

Engelbert Nelle wird am 9. Juni 80 Jahre alt. Der Diplom-Handelslehrer aus Hildesheim, CDU-Mitglied seit 1969, engagierte sich in allen fünf Wahlperioden im Sportausschuss und war von 1985 bis 1994 sportpolitischer Sprecher seiner Fraktion. Nelle war Präsident des Niedersächsischen Fußballverbands und Vizepräsident des Deutschen Fußball-Bunds.

>Helmut Geiger Bundestagsabgeordneter 1965, CSU

Am 12. Juni vollendet Helmut Geiger sein 85. Lebensjahr. Der Jurist und langjährige Präsident des Deutschen Sparkassenverbands schloss sich 1949 der CSU an. Geiger war im Juni 1965 in den Bundestag nachgerückt.

bmh



Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister der Finanzen:

Es geht entscheidend darum, dass wir die Kommunen stärken



Wolfgang Schäuble (*1942)
Bundesminister

Die Bundesregierung dankt Ihnen, Herr Präsident, für die Worte, die Sie eben zu der katastrophalen Flut und zu der Situation der Menschen, die wieder von einem solch schrecklichen Ereignis betroffen sind, gesprochen haben. Was Sie gesagt haben, ist die Haltung aller Fraktionen und ist die Haltung der Bundesregierung. Uns alle machen die Bilder von dieser Flut betroffen.

Wir fühlen mit den Menschen und tun alles, um so rasch, so wirkungsvoll und so unbürokratisch wie möglich zu helfen.

Jetzt geht es zunächst darum, die Schäden möglichst

gering zu halten. Deswegen sind die Rettungsdienste vor Ort im Einsatz. Die Bundeswehr und das Technische Hilfswerk helfen nach besten Kräften. Die Verwaltungen, die Polizeien, die Rettungsdienste, die ehrenamtlichen Helfer und die vielen freiwillig tätigen Bürgerinnen und Bürger leisten großartige Arbeit. Wir können stolz auf dieses hohe Maß an bürgerschaftlichem Engagement sein.

Wir werden über die Sofortmaßnahmen hinaus mit den Ländern zusammen alles Notwendige tun, um bei der längerfristigen Bewältigung der Flutfolgen solidarisch zu helfen. Darauf können sich alle verlassen.

Niemand kann im Augenblick die Schäden abschätzen. Das ist auch gar nicht die entscheidende Frage. Vielmehr muss jetzt getan werden, was jetzt getan werden kann, und danach wird man gründlich aufarbeiten und tun, was dann zu tun ist. Das werden

wir wie beim letzten Mal solidarisch, gemeinsam leisten.

Man sieht im Übrigen in diesen Tagen auch, was alles in den letzten zehn Jahren vielerorts erfolgreich geleistet worden ist. Auch das gehört in diesen Tagen der Betroffenheit zu unserer Botschaft.

Meine Damen und Herren, darin zeigt sich – um zum Gegenstand unserer Debatte zu kommen –, dass bürgerschaftliches Engagement vor allem vor Ort gelebt wird. Das gilt übrigens besonders in Zeiten der Globalisierung, europäischer Krisen und Diskussionen. Deswegen sind lebensfähige Kommunen von entscheidender Bedeutung für eine lebensfähige Demokratie. Deswegen ist die Gestaltungs- und Leistungsfähigkeit der Kommunen von einer entscheidenden, zentralen Bedeutung.

Aus diesem Grund hat die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode viel, wahrscheinlich mehr als die meisten kommunalen Vertreter erwartet haben, für die Kommunen getan, obwohl – das muss man

gelegentlich dann doch in Erinnerung rufen – die prioritäre Zuständigkeit für die Kommunen nach unserem Grundgesetz bei den Ländern liegt. Die Länder achten auch gelegentlich sehr darauf, dass ihnen in

ihre Zuständigkeit nicht eingegriffen wird. Lediglich bei der Finanzierung sind sie bereit, dem Bund hinreichend Verantwortung zu überlassen. Wir haben diese Verantwortung wahrgenommen und in dieser Legislaturperiode Leistungen in einem enormen Umfang, unbeschadet der Zuständigkeit der Länder, für die Gemeinden übernommen. Ich erinnere daran, dass wir die Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung vollständig übernehmen. Wir haben damit eine Entscheidung der rot-grünen Regierung korrigiert. Wir entlasten die Kommunen damit um fast 20 Milliarden Euro in den Jahren 2012 bis 2016.

Das schafft für alle Kommunen Spielräume zur Stärkung von Investitionen. Es profitieren vor allen Dingen struktur- und finanzschwache Kommunen.

Der Bund unterstützt die Kommunen massiv beim Ausbau des Kinderbetreuungsangebots für unter Dreijährige. Auch für diesen Bereich haben die Länder nach dem Grundgesetz die prioritäre Zuständigkeit. Wir haben die Mittel gerade noch einmal um weitere 580 Millionen Euro aufgestockt, um den Ausbau zu beschleunigen und das Angebot zu erweitern.

Wir haben in dieser Legislaturperiode auch dafür gesorgt, dass sich noch mehr Kreise und Städte, wenn sie es wollen, selbstständig um Langzeitarbeitslose kümmern können. Wo diese Entscheidung getroffen wurde, hat es sich übrigens sehr bewährt. Auch darin zeigt sich, dass Föderalismus, dezentrale Entscheidungen und Subsidiarität die effizientere Gestaltungs- und Ordnungsform sind.

Wir haben das Bildungspaket bei voller Kostenerstattung durch den Bund in kommunale Zuständigkeit überführt.

Wir haben uns übrigens – auch daran will ich erinnern – auf dem Höhepunkt der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise stellvertretend für Länder und Kommunen verschuldet – das war die finanzpolitische Lage –, um den Kommunen mit dem Zukunftsinvestitionsprogramm durch ein Tal zu helfen und einen Modernisierungsschub für die kommunale Infrastruktur zu ermöglichen. Das haben wir in der Finanz- und Wirtschaftskrise getan. Wir haben die Folgen für die Neuverschuldung im Bundeshaushalt in dieser Legislaturperiode gut bewältigt.

Ich möchte aber sagen: Es ist kein Zufall. Das Rekordjahr kommunaler Defizite war nicht etwa 2010, sondern 2003. Jedermann weiß, wer damals Regierungsverantwortung in Deutschland getragen hat.

Darin zeigt sich die unterschiedliche Haltung früherer Bundesregierungen und der heutigen Bundesregierung. Wir reden nicht nur von kommunalfreundlicher Politik, sondern handeln.

Ich weiß schon, dass Sie die Zahlen nicht gerne hören. In einer Zeit der großen Parolen und großen Versprechungen ist es gelegentlich ganz gut, an Folgendes zu erinnern: Das Jahr 2003, als Sie regiert haben, war, ohne Wirtschaftskrise, der Höhepunkt kommunaler Defizite.

Im Übrigen zahlt sich unsere kommunalfreundliche Politik aus. Die Kommunen haben das Jahr 2012 mit einem Finanzierungsüberschuss von 1,8 Milliarden Euro abgeschlossen. Sie erreichen als erste staatliche Ebene vor Bund und Ländern einen positiven Finanzierungssaldo.

Die Zahlen sind wirklich eindrucksvoll. Diese erfreuliche Entwicklung wird sich in den nächsten Jahren fortsetzen. Das zeigen auch die Schätzungen der kommunalen Spitzenverbände selbst.

Natürlich ist die finanzielle Situation der einzelnen Kommunen unterschiedlich.

In diesem Zusammenhang wird auf die hohen Kassenkredite hingewiesen. Sie sind vor allen Dingen ein Problem einzelner Bundesländer. Meine Damen und Herren, da können Sie sich gleich wieder empören – es ist auch empörend –: Die Hälfte der bundesweiten kommunalen Kassenkredite entfällt allein auf Kommunen in Nordrhein-Westfalen.

Auch dort sind übrigens nicht alle Kommunen betroffen, auch dort bestehen erhebliche Ungleichgewichte; aber die Landesregierung tut nichts, um diesen Ungleichgewichten entgegenzuwirken.

Reden wir einmal, was die Eigenverantwortung der Länder für die Kommunen anbetrifft, über Rheinland-Pfalz. Dort ist höchststrichlerlich festgestellt worden, dass das Land die Kommunen entgegen Recht und Gesetz – finanziell zu schlecht ausgestattet hat. Auch das ist eine Wahrheit, die in dieser Debatte gesagt werden muss.

Die Länder müssen ihrer Verantwortung für die Kommunen, die ihnen das Grundgesetz zuweist, nachkommen, und zwar alle Länder; sie müssen für eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen und für einen Ausgleich kommunaler Finanzkraftunterschiede sorgen. Darauf haben die Gemeinden einen Anspruch.

Es ist doch für die Länder wirklich kein Ruhmesblatt, dass sich viele Kommunen, übrigens auch in Nordrhein-Westfalen, in erster Linie auf den Bund verlassen, nach dem Bund rufen, nicht nach der zuständigen Landesregierung, weil sie von dort wenig Hilfe erwarten.

Der Bund nimmt seinen Teil der Verantwortung wahr. Wir schultern übrigens zunehmend Dinge, die ursprünglich in Länderverantwortung lagen. Darüber werden wir auch in den nächsten Jahren miteinander reden müssen, wenn wir erneut über

die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen zu diskutieren haben.

Ich will das besonders dringliche und wichtige Thema des Ausbaus der Betreuung in Kindertagesstätten als Beispiel nennen. Wir alle sind gemeinsam der Auffassung, dass allen Eltern in Deutschland, wenn sie es wünschen, ein Betreuungsplatz für ihre unter dreijährigen Kinder zur Verfügung gestellt werden sollte. Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode die Weichen dafür gestellt, dass aus einem Nischenangebot ein flächendeckendes Angebot wird. Unser gemeinsames Ziel ist es, die Zahl der Betreuungsplätze auf 780 000 zu erhöhen und damit gegenüber dem

Stand von 2006 zu verdreifachen. Wir sind auf einem guten Weg: Der Deutsche Landkreistag hat vor einigen Wochen darauf hingewiesen, dass mit Beginn des Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz im August das notwendige Angebot letztlich zur Verfügung stehen wird. Die Bereitstellung eines solchen Angebots ist nach dem Grundgesetz originäre Aufgabe der Länder und Kommunen. Der Betrieb von Kindertagesstätten gehört zu den klassischen kommunalen Aufgaben. Es ist die Aufgabe der Länder und Kommunen, hier die Eltern zu unterstützen. Das schließt natürlich die Finanzierungsverantwortung mit ein.

Ohne den Anstoß des Bundes wäre aber in der Fläche nichts geschehen. Dass sich hier in den vergangenen Jahren in Deutschland so viel getan hat – es sind Hunderttausende neue Kitaplätze geschaffen worden –, ist die Folge der Initiative des Bundes und vor allem der von ihm bereitgestellten massiven finanziellen Hilfen: Wir stellen bis zum Jahre 2014 insgesamt 5,4 Milliarden Euro für Investitionen und Betrieb im Bereich der Kindertagesstätten bereit; ab 2015 werden es dauerhaft jährlich 845 Millionen Euro sein. Der Ausbau der Kinderkrippenplätze ist zwischen Bund und Ländern vereinbart.

Fortsetzung auf Seite 2

Natürlich ist die finanzielle Situation der einzelnen Kommunen unterschiedlich.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. www.bundestag.de/live/tv/index.html

Fortsetzung von Seite 1: Dr. Wolfgang Schäuble (Bundesminister der Finanzen)

Der Bund hat alle seine Zusagen eingehalten, er hat die Mittel freiwillig sofort weitergegeben, und er hat den Ausbau mit weiteren Initiativen flankiert: Bereitstellung von KfW-Krediten, Unterstützung betrieblicher Kinderbetreuung, Initiativen zur Sprach- und Integrationsförderung, Elternbegleitung, Gewinnung von Fachkräften für die Kitas. All dies hat der Bund zusätzlich getan, und dennoch gibt es Diskussionen, ob denn alle Länder alle Mittel des Bundes wirklich zügig an die Kommunen, für die sie gedacht sind, weitergeben; auch dies muss erwähnt werden.

Die Länder dürfen am Ende nicht Sand im Getriebe sein, wenn es darum geht, die Leistungsfähigkeit der Kommunen zu gewährleisten. Deshalb werden wir in der kommenden Legislaturperiode in Bezug auf die Gesamtverantwortung von Bund und Ländern darüber verhandeln müssen, auch über die Finanzierung der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen; das muss in einem grundsätzlichen Kontext geschehen. Wir haben uns verpflichtet, hier in der nächsten Legislaturperiode eine Neuregelung auf den Weg zu bringen. Aber das erfordert,

dass Bund und Länder gemeinsam Verantwortung übernehmen; das will ich festhalten.

Eine letzte Bemerkung. Es bleibt entscheidend, dass die Kommunen vor Ort hinsichtlich der Ausgaben und Einnahmen mehr Gestaltungsmöglichkeiten bekommen, sonst wird kommunale Selbstver-

waltung ausgehöhlt. Nur mit der Zuweisung von Aufgaben gegen volle Finanzierung ist kommunale Selbstverwaltung inhaltlich noch nicht hinreichend ausgestaltet. Umgekehrt brauchen die Gemeinden mehr Gestaltungsmöglichkeiten in Bezug auf ihre eigenen Einnahmen. Wir haben es in dieser Le-

gislaturperiode leider nicht geschafft, darüber einen hinreichenden Konsens zu erzielen. Das Angebot bleibt, dass wir in der nächsten Legislaturperiode noch einmal einen solchen Versuch unternehmen wollen. Es geht entscheidend darum, dass wir die Kommunen stärken. Das ist das eigentliche An-

liegen; denn sie sind die Grundlage einer lebendigen Demokratie. Sie sind im Übrigen auch Basis eines Europas, wenn dieses Europa dem Titel „In Vielfalt geeint“ gerecht werden will.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Thomas Oppermann, SPD:

Das Ziel der SPD sind starke Kommunen



Thomas Oppermann (*1954)
Wahlkreis Göttingen

Herr Präsident, ich möchte Ihnen für die einfühlsamen und richtigen Worte danken, die Sie zur Flutkatastrophe gefunden haben. In der Tat: Das ist kein Thema für parteipolitische Auseinandersetzungen. In diesem Moment sollte der Bundestag insgesamt zusammenstehen und klarmachen, dass wir die Flutopfer nicht alleine lassen, dass wir alle möglichen Hilfen gewähren, die jetzt benötigt werden.

Das Hochwasser wird schwerste Schäden hinterlassen. Für jeden Einzelnen kann eine Überschwemmung eine existenzvernichtende Katastrophe sein, für einige zum zweiten Mal innerhalb weniger Jahre. Wir dürfen die Menschen, die Unternehmen und die Kommunen in diesem Unglück nicht alleinlassen.

Mich ermutigt die große Solidarität, die überall Platz greift, die große Hilfsbereitschaft der Menschen. Wir sollten mit Respekt und Hochachtung den Helfern für ihren unermüdeten Einsatz danken. Das Zusammenstehen in der Not zeigt, wie viel Gemeinsinn in unserer Gesellschaft steckt. Daran müssen wir uns in der Politik ein Beispiel nehmen. Ich kann Ihnen schon jetzt sagen: Wenn es um die Finanzierung der Hilfen in Milliardenhöhe geht, wird sich die sozialdemokratische Fraktion absolut konstruktiv verhalten.

Es ist gut, dass bereits erste Gelder zugesagt sind, aber das reicht natürlich bei weitem nicht aus. Ich halte es für erforderlich, wie im Jahr 2002 einen Hilfsfonds einzurich-

ten. Dieser Hilfsfonds wird mit mehreren Milliarden Euro ausgestattet werden müssen. Die unbürokratische und schnelle Auszahlung der Hilfen 2002 muss der Maßstab für die Hilfen in diesem Jahr sein.

Darauf haben die betroffenen Kommunen einen Anspruch.

Damit komme ich zu einem Thema, Herr Schäuble, was wir etwas kritischer diskutieren müssen: die Lage der Kommunen. Den Kommunen in Deutschland ist es in den letzten vier Jahren schlecht gegangen. Da bin ich anderer Meinung als Sie.

Sie lenken den Blick gerne auf Nordrhein-Westfalen. Ich will Ihnen ein Beispiel aus Hessen geben. In Hessen hat die schwarz-gelbe Landesregierung mit Landtagsmehrheit den kommunalen Finanzausgleich um 340 Millionen Euro gekürzt. Man hat den Kommunen 340 Millionen Euro weggenommen, um den Landeshaushalt zu sanieren, Herr Jung. Dafür hat sie vom Staatsgerichtshof eine Ohrfeige bekommen. Das war verfassungswidrig, und das ist kein Umgang mit den Kommunen.

Sie haben vier Jahre lang Politik zulasten der Kommunen gemacht. Ihre Klientelpolitik hat immer dazu geführt, dass private Taschen gefüllt wurden, und das Gegenstück dazu waren Schulden und Steuerausfälle bei den Kommunen.

Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz hat die Kommunen rund 1,6 Milliarden Euro gekostet.

Die Änderung bei der Unternehmensbesteuerung hat zu Ausfällen in Höhe von 650 Millionen Euro geführt. Das gescheiterte Gesetz zum Abbau der kalten Progression hätte die Kommunen weitere 600 Millionen Euro gekostet. Meine Damen und Herren, das ist Politik zulasten Dritter.

Ihre Klientelgeschenke werden durch steigende Gebühren in den Kommunen und durch steigende kommunale Schulden bezahlt. Die deutschen Kommunen haben Kas-

senkredite in der unvorstellbaren Höhe von 48 Milliarden Euro. Das können sie kaum noch verkraften. Wahr ist: Einige Kommunen haben sich in den letzten Jahren sanieren können. Wahr ist aber auch: Es gibt sehr viele Kommunen, die immer weiter in den Schuldenstrudel hineingetrieben werden. Deshalb brauchen wir eine grundlegend andere Politik auf Bundes- und Landesebene gegenüber den Kommunen.

Wir treten für einen Investitions- und Entschuldungspakt ein. Dazu gehört erstens die Unterstützung der Kommunen bei den Sozialausgaben. Da haben wir über den Vermittlungsausschuss bei den Hartz-IV-Verhandlungen erreicht, dass die Lasten, die sich aus der Grundsicherung im Alter ergeben, Schritt für Schritt vom Bund übernommen werden. Auf die Idee wären Sie nicht gekommen, und ohne den von uns angerufenen Vermittlungsausschuss wäre das nicht passiert. Der nächste Schritt ist, sich jetzt die Kosten der Eingliederungshilfe, unter denen

die Kommunen besonders stark leiden, genauer anzuschauen.

Zweitens werden wir einen Investitionspakt von Bund und Ländern auf den Weg bringen, von dem insbesondere die finanzschwachen Kommunen profitieren sollen.

Schließlich brauchen wir drittens einen Entschuldungspakt zugunsten der Kommunen, bei dem wir vornehmlich die Einnahmehasis der Kommunen verstärken. Die Kommunen werden von einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes angemessen profitieren, und wir wollen auch die Gewerbesteuer weiterentwickeln.

In dem Zusammenhang müssen wir auch über die Städtebauförderung reden. Die Koalition hat die Städtebauförderung als zentrales Instrument für die zukunftsfähige Entwicklung der Städte und Gemeinden in den vergangenen vier Jahren systematisch gekürzt und vernachlässigt. Trotz eines unstri-

tig anerkannten Bedarfes in Höhe von 700 Millionen Euro stehen nur 455 Millionen Euro zur Verfügung – und das, obwohl ein von Ihnen selbst vorgelegtes Gutachten belegt, dass die Städtebauförderung eine enorme Investitionsanreizwirkung hat. Auf 1 Euro öffentliche Gelder kommen 7 Euro private Gelder, die investiert werden. Das ist eine optimale Relation.

Ihnen fehlt aber nicht nur das Verständnis für eine angemessene Finanzausstattung, sondern auch für die inhaltliche Ausrichtung der Strukturförderung des Bundes an den gesellschaftspolitischen Herausforderungen der Kommunen. Dazu gehört vor allem, das Programm „Soziale Stadt“ wieder vernünftig auszustatten. Es war falsch, dieses Programm 2010 um fast 70 Prozent zu kürzen.

Das war ein absoluter Fehlgriff, Herr Schäuble. Da verwundert es auch nicht, dass in den 20 größten Städten Deutschlands nur noch drei CDU-Oberbürgermeister regieren. Auch die sind nicht mehr sicher – jedenfalls wenn Sie diese Politik nicht grundlegend korrigieren.

Mit dem Programm „Soziale Stadt“ konnten in der Vergangenheit in vielen Stadtquartieren drohende Abwärtsentwicklungen gestoppt werden. Wir wollen sichtbare städtebauliche Erneuerungen im Wohnumfeld sowie im Bereich der sozialen und kulturellen Infrastruktur. Diese sind Voraussetzung dafür, dass das soziale Miteinander, der nachbarschaftliche Zusammenhalt und die Integration gelebt werden können.

Das Ziel der SPD sind starke Kommunen. Wir wollen die Kommunen wieder stärken. Von starken Kommunen hängt es ab, ob unsere Kinder gute Kindergärten und Schulen vorfinden. Von starken Kommunen hängt es ab, wie Menschen aufwachsen und leben. Von starken Kommunen hängt es ab, ob Integration, ob das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft gelingt, und davon hängt auch ab, ob sich die Menschen in unseren Gemeinden und Städten sicher fühlen. Das ist der zentrale Unterschied zwischen uns und Ihnen: Wir wollen, dass es allen besser geht. Das ist das Gegenteil von Klientelpolitik für einige wenige. In den Kommunen fangen wir damit an.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Beschlüsse

Im Plenum des Bundestages wurden in der Zeit vom 3. bis 7. Juni 2013 folgende Vorlagen ohne Aussprache abschließend beraten:

Zustimmung

Ernährung und Landwirtschaft „Gesetzes zur Änderung des Ökolandbaugesetzes“ (Bundesrat, 17/12855, 17/13736);

Bundestagsnachrichten „Änderung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages, hier: Elektronische Verteilung von Bundestagsdrucksachen (Paragrafen 77, 112, 123 GO-BT)“ (Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung, 17/13654).

Ablehnung

Auswärtiges „Die Anwendung der Administrativhaft und willkürliche Festnahmen durch israelische und palästinensische Sicherheitskräfte verurteilen“ (Bündnis 90/Die Grünen, 17/11166, 17/11742);

„Die Gaza-Blockade beenden“ (Bündnis 90/Die Grünen, 17/11167, 17/11743);

Menschenrechte „Freiheit für Mumia Abu-Jamal“ (Die Linke, 17/8916, 17/12923);

Ernährung und Landwirtschaft „Tiergerechte Legehennenhaltung stärken“ (Bündnis 90/Die Grünen, 17/12842, 17/13285);

Umwelt „Ressourcenschutz durch Vorgabe einer Mindestnutzungsdauer für technische Produkte“ (Die Linke, 17/13096, 17/13696).

Dr. Birgit Reinemund, FDP:

Vier gute Jahre für Deutschlands Kommunen



Birgit Reinemund (*1959)
Landesliste Baden-Württemberg

Herr Präsident, für die Glückwünsche. Es ist mir ein Vergnügen, mit Ihnen allen heute gemeinsam älter zu werden, auch wenn mir nicht wirklich zum Feiern zumute ist. Es ist angesichts der furchtbaren Bilder über die Flutkatastrophe, die uns alle sehr bewegen, wirklich schwer, gerade heute eine Debatte zur Lage der Kommunen zu führen. Gerne schließe ich mich den Worten des Bundestagspräsidenten und der Kollegen an. Das gilt vor allen Dingen für den Dank an alle Helfer, die aus allen Regionen Deutschlands in die Überschwemmungsgebiete gehen, um Nothilfe zu leisten.

Wir haben einen großen Konsens, und wir alle sichern unbürokratische und schnelle Nothilfe zu – kurz- und langfristig für die Menschen und für die Betriebe. Wirtschaftsminister Rösler hat erste Gespräche geführt und Programme angekündigt.

Ich danke unserem Bundestagspräsidenten, dass er auf die leere Bundesratsbank hingewiesen hat. Ich halte es, um mit den Worten der linken Seite des Hauses zu sprechen, für einen Skandal, dass die Länder heute mit keiner einzigen Person hier vertreten sind.

Unser aller Ziel sind starke Kommunen. Eine angemessene Finanzausstattung ist verfassungsmäßig festgeschrieben. Die Kommunen sind Gebietskörperschaften der Länder, das heißt, diese stehen in direkter Verantwortung. Herr Oppermann, Sie wissen genauso gut wie ich, dass das grün-rote Baden-Württemberg in Zeiten von Rekordsteuereinnahmen den kommunalen Finanzausgleich um 340 Millionen Euro gekürzt hat. Das geschah nicht in Zeiten der Krise, sondern in Zeiten von Rekordsteuereinnahmen.

Das heißt nicht, dass wir die Verantwortung abschieben; aber die Aussa-

ge: „Der Bund muss zahlen!“, kann nicht die alleinige Lösung für die Probleme sein.

Aus gutem Grund wurden die komplexen Bund-Länder-Beziehungen gemeinsam im Rahmen der Föderalismusreformen I und II entflochten, um Verantwortlichkeiten klar zuordnen zu können. Im Rahmen einer Föderalismuskommission III sollte endlich die Struktur der Kommunalfinanzen neu geordnet werden und das Prinzip der Konnexität verankert werden; das heißt, wer bestellt, der bezahlt. Das ist bei der letzten Reform an Ihnen gescheitert.

Diese Koalition hat dafür gesorgt, dass die Kommunen heute finanziell deutlich besser dastehen als vor vier Jahren. 2012 verzeichneten sie einen Überschuss von 1,8 Milliarden Euro. Für die Zeit ab 2013 werden mindestens 4 Milliarden Euro pro Jahr prognostiziert. Zum Vergleich: 2009, unter Finanzminister Steinbrück, stöhnten sie über ein Defizit von 7,5 Milliarden Euro.

Diese Koalition hat dafür gesorgt, dass die Kommunen heute besser dastehen als vor vier Jahren.

Ohne Zweifel gibt es nach wie vor Kommunen, die mit dem Rücken zur Wand stehen, je nach eigener Wirtschaftskraft, nach der Sozialstruktur, aber auch nach der Wirtschaftskraft ihrer Region und ihres Bundeslandes. Denken Sie an NRW, Rheinland-Pfalz und das Saarland. Dabei spielen der kommunale Finanzausgleich – dieser ist Ländersache –, der Länderfinanzausgleich und natürlich die Gesamtwirtschaftslage Deutschlands eine große Rolle. Sie alle kennen die Abhängigkeit der Kommunen von Gewerbesteuer, Einkommensteuer und von den Sozialkosten bei hoher Arbeitslosigkeit. Die Kommunen profitieren zuallererst von unserer soliden Finanz- und Wirtschaftspolitik. Wir haben Rekordsteuereinnahmen und die höchste Zahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze aller Zeiten. Kurz: höhere Einnahmen und geringere Ausgaben auch und gerade für die Kommunen.

Wir setzen in dieser Legislaturperiode zudem auf eine ganze Reihe von Einzelmaßnahmen zum Wohle der Kommunen. Der Bund übernimmt die Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Das ist die größte Entlastung aller Zeiten. Sie beträgt rund 4,5 Milliarden Euro jährlich plus alle Steigerungen. Auch wenn Sie es noch so oft erzählen: Das war ein Vorschlag unseres Finanzministers, nicht der Opposition.

Bei den Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Empfänger übernimmt der Bund mittlerweile durchschnittlich 36,4 Prozent. Die Grünen fordern

heute ehrgeizige 37,7 Prozent in zwei Schritten.

2009 waren wir bei 26 Prozent. Wir übernehmen die vollen Kosten für das Bildungs- und Teilhabepaket. Rund 73 Prozent der berechtigten Kinder nehmen diese Leistungen mittlerweile in Anspruch. So etwas gab es noch nie. Die SPD hat angekündigt, dass sie dies rückabwickeln will. Für die Investitionen in Krippenplätze steuern wir 5,4 Milliarden Euro bei, für die Betriebskosten geben wir zukünftig jährlich 845 Millionen Euro. Die Städtebauförderung führen wir gleichbleibend mit rund 455 Millionen Euro fort. Das ist gut für die Kommunen, für das lokale Handwerk, für Arbeits-

plätze und für das Gewerbesteueraufkommen.

Es ist richtig: In der Krise hatten wir zusätzliche Mittel aus den Konjunkturpaketen, die mittlerweile ausgelaufen sind.

Außerdem haben wir durchgesetzt: Verbesserung bei der Konversion, beim Planungsrecht, beim Baurecht, bei der Bürgerbeteiligung, bei E-Government, bei Breitbandversorgung, bei der Ärzteversorgung im ländlichen Raum und nicht zuletzt beim Beteiligungsrecht der Kommunen in der Gesetzgebung im Bundestag. Der Bundesrat konnte sich übrigens nicht dazu durchringen. Dies alles sind notwendige Hilfen für die Kommunen. Eine Strukturreform ersetzt das aber noch lange nicht.

Auf keinen Fall darf diese positive Entwicklung jetzt gefährdet werden. Zu Recht warnt der Deutsche Städte- und Gemeindebund vor den Steuererhöhungsplänen von SPD und Grünen. Sie würden der lokalen Wirtschaft schaden, Arbeitsplätze gefährden und

die Kommunen schwächen. Wir werden unseren Weg der Konsolidierung und der Unterstützung der Strukturreform in dieser Konstellation ab Oktober weitergehen und auf eine Föderalismuskommission III hinarbeiten. Denn wir müssen durch die gesamtstaatliche Brille schauen. Ein Hin- und Herschieben der Kosten darf es künftig nicht mehr geben. Bei der Schuldenbremse des Fiskalpakts wird eine gesamtstaatliche Betrachtungsweise eingefordert. In die Berechnung sollen die Schulden des Bundes, der Länder, der Kommunen und der Sozialversicherungen einfließen.

Es ist richtig: Wir sind noch nicht am Ziel angekommen. Doch egal, wie Sie es drehen und wenden, wenn Sie die Lage in 2009 mit der in 2013 vergleichen, müssen Sie zugeben, dass es vier gute Jahre für Deutschland und vier gute Jahre für Deutschlands Kommunen waren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Steffen Bockhahn, DIE LINKE:

Die Lage der Kommunen hat sich nicht verbessert



Steffen Bockhahn (*1978)
Wahlkreis Rostock

Ich denke, es ist beeindruckend, wie sich in diesen Tagen viele Menschen in Süddeutschland und in Ostdeutschland gegenseitig helfen, sich füreinander aufopfern. Das ist ein großer Beweis dafür, dass es in diesem Land noch Solidarität und Miteinander gibt. Das ist in dieser schweren Stunde, denke ich, eine gute Nachricht.

Es ist ebenso eine gute Nachricht, dass die Katastrophenstäbe offensichtlich ganz hervorragend arbeiten. Man merkt das auch daran, dass wir zum Glück bisher keinen Verlust von Menschenleben zu beklagen haben. Ich hoffe, dass das so bleibt.

Das ist ein Beweis für die Stärke der Kommunen und ihre Leistungsfähigkeit. Denn ohne die aktive Mithilfe der Kommunen in diesen Katastrophenstäben könnte die Arbeit nicht so gut organisiert werden. Ich denke, an diesem Punkt sollte man allen Hefel-

rinnen und Helfern, egal ob sie in Amtsstuben oder direkt am Deich sind, „Danke!“ und „Weiter so!“ sagen. Wir drücken ihnen die Daumen, dass es nicht noch schlimmer kommt, als es ohnehin schon ist.

Ich finde es erstaunlich, dass das offensichtlich nur bei der Fraktion Die Linke so gesehen wird.

Kommunen und Betroffene – da sind wir bei der Verantwortung, die wir gemeinsam tragen – dürfen jetzt nicht alleingelassen werden. Es ist, denke ich, unsere gemeinsame Entscheidung, dass wir Geld in die betroffenen Gebiete geben werden; diese Entscheidung ist auch richtig. Aber es ist die Aufgabe der Bundesregierung, jetzt ganz schnell Verbindlichkeit dahin gehend zu schaffen, wie die Antragsverfahren aussehen und welche Kriterien es gibt. Das Ganze muss vor allem eines sein, nämlich unbürokratisch. Es müssen Straßen erneuert werden, es müssen Kitas saniert werden, und es müssen Gebäude wiederhergerichtet werden. Dabei können und dürfen wir die Kommunen nicht alleinlassen. Zinsgünstige Kredite allein werden überschuldeten Kommunen kaum helfen. Wir brauchen echte Hilfe, auch vom Bund.

Meine Damen und Herren, ich denke, nur wenige von Ihnen wissen das: Am letzten Donnerstag, heute vor einer Woche, ist vor der polnischen Ostseeküste ein Schiff untergegangen, die „Georg Büchner“. Warum erzähle ich Ihnen das? Die „Georg Büchner“ ist ein Kulturdenkmal, das über Jahrzehnte in der Hansestadt Rostock, meiner Heimatstadt, gelegen hat.

Zehntausende Menschen fühlen sich eng mit dem Schiff verbunden. Die „Georg Büchner“ war ein Ausbildungsschiff, auf dem sehr viele Menschen gefahren sind und gelernt haben. Dieses Schiff konnte von der Kommune nicht mehr gehalten werden. Es wären etwa 5 Millionen Euro notwendig gewesen, um dieses Kulturdenkmal zu sanieren. Das war nicht möglich. Es war der Kommune nicht möglich, und es war dem Trägerverein nicht möglich. Dem Schiff wurde der Denkmalstatus entzogen. Es sollte nach Litauen geschleppt und abgewrackt werden. Dazu ist es nicht gekommen. Die „Georg Büchner“ ist schlicht abgesoffen. Sie ist damit ein Stück weit Sinnbild für die Lage der Kommunen in Deutschland.

Die Kommunen haben 2012 – ich finde, das ist eine ganz beeindruckende Zahl – Gesamtsteuereinnahmen in Höhe von etwa 198 Milliarden Euro gehabt, und zwar bereinigt. Zum Vergleich: Der Bundeshaushalt 2013 hat ein Volumen von 302 Milliarden Euro; das ist etwa ein Drittel mehr. Wenn man sich vor Augen führt, dass von diesen 198 Milliarden Euro etwa ein Viertel sofort an Sozialleistungen weggegangen ist, dann ist das schon beeindruckend, weil es deutlich macht, wie eng die Lage der Kommunen ist. Wenn allein ein Viertel der Gesamteinnahmen zur Finanzierung der notwendigen Sozialleistungen gebraucht wird – dann ist noch keine Angestellte finanziert, noch kein

Fortsetzung von Seite 3: Steffen Bockhahn (DIE LINKE)

Schulbuch gekauft, noch kein Spielplatz saniert, noch keine Straßenbahn bezahlt und noch kein neuer Radweg gebaut –, dann zeigt das, wie eng die Budgets der Kommunen in Deutschland tatsächlich sind.

Außerdem ist dann noch kein einziger Cent für Kultur investiert worden. Es ist erschütternd, zu sehen, wie massiv in den letzten Jahren Stellen bei Theatern und Orchestern gestrichen wurden. Man muss sich einmal vergegenwärtigen, wie viele Sparten an Theatern in den letzten Jahren deutschlandweit geschlossen worden sind, wie viele Orchester zusammengelegt wurden und fusioniert sind. Alles das ist eine Folge der mangelnden kommunalen Finanzausstattung.

Als Bach, Mozart und Bruckner ihre üppigen Konzerte geschrieben haben, haben sie nicht daran gedacht, dass es irgendwann klamme Kommunen geben würde, die sich keine Orchester mehr leisten können, um diese Konzerte auch zu spielen. Aber das kann ja nicht bedeuten, dass wir künftig auf Bach, Bruckner und Mozart verzichten. Wir brauchen auch um der Kultur willen eine angemessene kommunale Finanzausstattung.

Kommunen machen Fehler – natürlich –, und sie geben auch Geld an falschen Stellen aus. Aber dabei sind sie in guter Gesellschaft: mit den Ländern, mit dem Bund und mit der EU. Natürlich muss vieles besser gemacht werden. Aber man kann den Kommunen zweifelsfrei nicht vorwerfen, dass sie sich nicht kümmern würden. Sie haben Steuern erfunden, und sie haben Steuern in teilweise absurde Höhen getrieben. Alles das hat nur bedingt geholfen.

Ich habe mir ein paar Zahlen herausgesucht. Die Stadt Oberhausen hat etwa 1,8 Milliarden Euro Schulden; der Grundsteuerhebesatz liegt bei 590 Prozent, der Gewerbesteuerhebesatz bei 520 Prozent. Nürnberg hat fast 1,3 Milliarden Euro Schulden; der Hebesatz der Grundsteuer B liegt bei 535 Prozent und der Gewerbesteuerhebesatz bei 447 Prozent. Wenn man das Ganze durchdekliniert, stellt man fest: Es ist erschreckend. Je nachdem, welche Region Deutschlands man betrachtet, findet man zum Teil Steuersätze vor, die nicht mehr zur Leistungsfähigkeit passen.

In meiner Heimatstadt Rostock, wo ich seit 2004 in der Bürgerschaft, im Kommunalparlament, bin – seit 2009 bin ich Vorsitzender des Finanzausschusses –, haben wir gerade wieder die Steuern erhöhen müssen, weil wir keine andere Chance mehr hatten. Wir haben jetzt in einer 200 000-Einwohner-Stadt einen Hebesatz der Grundsteuer B von 480 Prozent und einen Gewerbesteuerhebesatz von 465 Prozent. Ich wäre mir sofort mit der FDP einig, wenn sie sagt: Das ist zu viel; das ist nicht mehr wirtschaftsfreundlich.

Nur, die Kommune hat gar keine andere Chance mehr. Man muss einsehen, dass Kostensteigerungen aufgefangen werden müssen. Entweder macht man das über diesen unvernünftigen Weg der Erhöhung der Kommunalsteuern, oder man redet endlich einmal darüber, wie die Kommunen vernünftig ausgestattet werden können. Ich bin für die zweite Variante, meine Damen und Herren.

Wenn man die zweite Variante verfolgt, dann muss man sich anschauen, wo immer wieder die Probleme entstehen: Das sind eben genau die Stellen, an denen der Bund Aufgaben auf die Kommunen abwälzt, ohne diese Aufgaben auszufinanzieren. Deswegen hat die Linke die ganz klare Position: Wir brauchen endlich ein Konnexitätsprinzip für das Verhältnis zwischen Bund und Kommunen. Es ist in Ordnung, wenn der Bund den Kommunen eine Aufgabe überträgt; aber dann muss er diese Aufgabe auch voll ausfinanzieren.

Ich will Ihnen ein schönes Beispiel dafür geben: In meiner Heimatstadt Rostock gibt es eine Schleuse am Mühlendamm. Diese Schleuse ist enorm wichtig, erstens weil nur durch diese Schleuse Flutschutz betrieben werden kann und zweitens weil diese Schleuse für Sportboote, Kanus und Ruderboote die einzige Durchfahrt zwischen Ober- und Unterwarnow darstellt. Diese Schleuse nicht öffnen zu können, ist in etwa so, als wenn man die Alster von der Elbe trennt; das ist einfach nicht vernünftig. Die Sanierung dieser Schleuse würde 2 Millionen Euro kosten. Der Bund möchte sich dieser Schleuse entledigen und stellt sich stur. Die Kommune kann die Schleuse nicht allein sanieren. Das Ergebnis: Die Schleuse ist geschlossen, und das Wasser- und Schifffahrtsamt fordert die Kommune dazu auf, darüber nachzudenken, den Damm zuzuschütten und diese Durchfahrt dauerhaft zu sperren. Das, meine Damen und Herren, ist der Umgang des Bundes mit den Kommunen in Deutschland, und der ist falsch.

Es gibt weitere Beispiele, die so absurd sind, dass man es kaum fassen kann. Legendar ist das Eisenbahnkreuzungsgesetz. Beim Eisenbahnkreuzungsgesetz geht es darum, dass, wenn Bahnübergänge geschlossen werden, für den Bahnübergang eine Kreuzung gebaut werden muss. Die Kosten werden dann zwischen Bund, Kommune und Bahn geteilt; jeder muss ein Drittel tragen. In Brandenburg gibt es die Gemeinde Rückersdorf mit 1 500 Einwohnerinnen und Einwohnern. Rückersdorf hat einen Gesamthaushalt in Höhe von etwa 15,7 Millionen Euro und einen Schuldenstand in Höhe von 2,6 Millionen Euro. Diese Gemeinde wird nun gezwungen, in eine Eisenbahnkreuzung, die sie gar nicht will, 2,5 Millionen Euro zu investieren. Das ist die

Politik dieser Bundesregierung im Umgang mit den Kommunen, und diese Politik ist falsch.

Es wird immer wieder darauf verwiesen – wir haben das auch heute schon mehrfach gehört –, dass die Kommunen in Deutschland unglaubliche Überschüsse erwirtschaften würden. Das stimmt auch – im Durchschnitt. Aber im Durchschnitt war der See einen Meter tief, und die Kuh ist trotzdem ertrunken.

Diese Überschüsse sind enorm ungleich verteilt: Einigen wenigen Kommunen geht es sehr gut; ich gönne ihnen das. Diesen wenigen Kommunen stehen aber unfassbar viele Kommunen gegenüber, die keine Chance haben, ihren Haushalt in den Griff zu bekommen. Wir müssen darüber reden, wie wir zu gleichen Chancen für alle Kommunen und damit zu dem grundgesetzlich garantierten Anspruch auf gleiche Lebensverhältnisse überall in Deutschland kommen. Gleiche Chancen sind die Voraussetzung dafür, dass es den Kommunen möglich ist, gleiche Lebensverhältnisse zu schaffen. Da müssen wir alle zusammen noch deutlich mehr tun: Dazu brauchen wir eine grundlegende

Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

Die deprimierende Lage der Kommunen in vielen Teilen der Republik führt auch zu einem Rückzug der Menschen aus der aktiven Beteiligung. Ich glaube, keine der Parteien dieses Hohen Hauses kann sich davon freisprechen, dass es überall in Deutschland immer schwieriger wird, Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahlen zu finden. Es wird nämlich immer schwieriger, zu verstehen, was man in der Kommunalpolitik tatsächlich noch gestalten kann. Das, meine Damen und Herren, ist ein echtes Problem. Es ist vor allen Dingen auch ein Problem für die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland; sie muss nämlich zuerst von unten wachsen. Wenn wir nicht einmal mehr genügend Bewerberinnen und Bewerber finden, um die Kommunalparlamente voll zu besetzen, was ist das für ein Armutszeugnis für alle von uns? Davor sollten wir uns hüten. Auch deswegen müssen wir die Kommunalpolitik wieder attraktiver machen. Wir müssen ihr wieder Gestal-

tungsspielraum geben, meine Damen und Herren.

Das ganze Gerede darüber, was die Kommunen alles tun könnten und müssten, ist teilweise absurd. Wie viele Kommunen wurden in den letzten Jahren ausdrücklich gezwungen, ihr Eigentum zu verkaufen, um den Haushalt einmalig zu sanieren? Heute müssen wir uns ganz oft über Probleme am Wohnungsmarkt unterhalten. Da kann ich nur sagen: Augen auf bei der Entscheidung, und zwar vorher und nicht danach! Man darf sich nicht wundern, dass, wenn man Kommunen dazu zwingt, ihre Wohnungsbestände zu veräußern, im Nachgang kaum noch sozialer Wohnungsbau vorhanden ist. Die Kommunen könnten dies leisten. Wenn man sie aber ihrer Möglichkeiten beraubt, werden die Kommunen hier nicht steuernd eingreifen können. Kurzum, meine Damen und Herren: Egal welche Bundesregierung in den letzten Jahren am Werk gewesen ist, die Lage der Kommunen hat sich im Grundsatz nicht verbessert. Da muss noch einiges passieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen ein Konnexitätsprinzip für das Verhältnis zwischen Bund und Kommunen.

Katrin Göring-Eckardt, Bundestagsvizepräsidentin:

Es wird sich etwas in den Kommunen ändern



Katrin Göring-Eckardt (*1966)
Bundestagsvizepräsidentin

erneut müssen viele Menschen gegen massives Hochwasser kämpfen. Unser Dank gilt den vielen Helferinnen und Helfern: denen von den Freiwilligen Feuerwehren, denen von der Bundeswehr, denen, die ehrenamtlich helfen, den Nachbarinnen und Nachbarn. Viele Notunterkünfte wurden gar nicht gebraucht, weil die Menschen bei Freunden, bei Nachbarn, zum Teil auch bei ganz Fremden untergekommen sind.

Die jetzigen Schäden übertreffen vielerorts das Ausmaß des sogenannten Jahrhunderthochwassers von 2002. Mich beeindruckt sehr, mit welcher Ruhe die Betroffenen handeln und dass sie vor allem den Mut nicht verlieren. Ich zolle diesen Menschen sehr viel Respekt.

Wenn man in den Hochwassergebieten unterwegs ist, riecht man Öl und Gas und sieht allerorten braune Wasser- und Schlammmassen.

Wenn wir hier schon längst wieder bei anderen Themen sind, werden die Menschen dort immer noch versuchen, ihre Häuser wieder trocken und sauber zu bekommen. Dann werden Unternehmen versuchen müssen, neue Maschinen zu finanzieren. Hier und da wird man völlig neu anfangen müssen. Einer Gärtnerei sind zum dritten oder vierten Mal alle Pflanzen weggeschwommen. Mancher braucht zum zweiten, mancher zum dritten Mal eine komplett neue Wohnungseinrichtung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir denken an diese Menschen. Das dürfen wir aber nicht nur heute hier tun, sondern unsere Hilfe muss kontinuierlich sein. Sie muss unbürokratisch sein und darf nicht nur aus warmen Worten am heutigen Tag bestehen.

Ich finde übrigens, dass wir dabei auch besonders an die Menschen in den kleinen Orten mit nur hundert und nicht hunderttausend Einwohnerinnen und Einwohnern denken sollten, die ganz oft vergessen werden. Die Menschen in diesen Orten haben häufig das Gefühl, ihr Hochwasserschutz sei nur halb so wichtig wie der Damm vor einer großen Stadt.

Die unbürokratische Hilfe muss also an erster Stelle stehen. Aber viele Leute vor Ort fragen natürlich auch:

Wie sieht es jetzt eigentlich mit den Lehren aus der Katastrophe von 2002 aus? Ist wirklich getan worden, was getan werden musste? – Diesen Fragen können wir uns in dieser Debatte nicht entziehen.

Natürlich brauchen wir Mauern. Natürlich brauchen wir Deiche. Natürlich brauchen wir Schutz. Aber wir brauchen definitiv auch mehr ökologischen Hochwasserschutz. Wir brauchen Flusssauen, die renaturiert sind. Wir müssen dafür sorgen, dass nicht immer mehr Landschaft versiegelt wird. In Deutschland nimmt die Siedlungsfläche in jeder Sekunde um 12 Quadratmeter zu. Dort kann das Regenwasser nicht mehr abfließen. Auch dem müssen wir ins Auge blicken. Das spielt ebenfalls eine Rolle, wenn wir heute an die Hochwasseropfer denken und sagen, dass sich hier wirklich langfristig etwas ändern muss, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Damit bin ich natürlich auch bei der Situation der Kommunen. Ehrlich gesagt, finde ich es angesichts der Realität nicht besonders angemessen, wenn Sie sich heute hier quasi auf die Schulter klopfen. Sie wissen genau: Die Kommunen schieben einen Schuldenberg in Höhe von 120 Milliarden Euro vor sich her. Was das heißt, kann jeder sehen, der mit offenen Augen durch Städte und Ortschaften geht.

Man kann das an den öffentlichen Gebäuden genau sehen. Man kann es an Fassaden sehen. Man kann es an

Turnhallen sehen. Man kann es auch an den 1 100 Schwimmbädern sehen, die in den letzten Jahren geschlossen worden sind. Hunderte stehen noch vor der Schließung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch das hat mit Daseinsvorsorge zu tun. Ist es eigentlich noch möglich, ein ganz normales gemeinschaftliches Leben in einer Kommune zu führen? Haben Kinder, Jugendliche und Erwachsene eigentlich noch Freizeitmöglichkeiten? Stehen eigentlich noch Bibliotheken zur Verfügung? Gibt es noch Theater? Können sie ins Schwimmbad gehen? Sind die Turnhallen in Ordnung oder nicht?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist für mich auch eine Frage der Demokratie. Wer die Kommunen im Regen stehen lässt, betreibt hier eine echte Gefährdung.

Es geht nicht nur um den Schuldenberg, sondern auch um das fehlende Geld für Investitionen. Die KfW hat festgehalten, dass sich der Investitionsrückstand in den Kommunen auf 128 Milliarden Euro beläuft. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Was sollen die Kinder eigentlich denken – trotz guter Lehrer, trotz viel Engagement –, wenn der schäbigste Bau in der Ortschaft immer die Schule ist, liebe Kolleginnen und Kollegen? Das muss sich ändern.

Die Kommunen sind der Ort, wo Politik und Demokratie erlebt werden.

Durch die schwarz-gelben Steuergesetze und insbesondere das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, mit dem Sie unter anderem die Hoteliers bedient haben – das war Ihre Antwort –, haben Sie den Kommunen in den letzten drei Jahren mehr als 5 Milliarden Euro an Steuereinnahmen entzogen.

Das ist Klientelpolitik zulasten der Bürgerinnen und Bürger und zulasten der Kommunen.

Natürlich ist es richtig, die Kosten für die Grundsicherung im Alter zu übernehmen; das ist aber erst auf Druck des Bundesrates geschehen.

Aber dass Sie nicht über die Eingliederungshilfe mit dem entsprechenden Kostenzuwachs und nicht über andere soziale Pflichtleistungen diskutieren, zeigt, dass Sie weder die Kommunen noch die Investitionen im Blick haben. Das wird übrigens auch durch Ihre Versprechungen in den letzten Tagen deutlich.

Mit ungedeckten Schecks tun Sie so als ob.

Wir von den Grünen sind gerade in den letzten Wochen sehr hart angegriffen worden, weil wir gesagt haben, wie wir das, was wir vorhaben, finanzieren wollen. Was machen Sie? Sie machen Versprechungen von der Mütterrente bis zur Kindergelderhöhung, ohne nur an einer einzigen Stelle zu sagen, wie sie bezahlt werden sollen.

Sie lassen die Kommunen insbesondere beim Ausbau der Kindertagesstätten im Regen stehen und machen Versprechungen an anderer Stelle.

Ich will Ihnen sagen, wie ich das finde: Das ist unsolid und unseriös.

Offensichtlich wird aber, dass das inzwischen auch einigen im Kanzleramt klar geworden ist; denn die Nervosität steigt. Sie wissen, dass Sie seit Jahren an der Realität der Menschen vor Ort vorbeiregiert haben. Es wird Zeit, dass sich das ändert, und zwar ganz spürbar.

Ich bin sicher: Es wird sich etwas in den Kommunen ändern. Der Investitionsstau muss behoben werden. Die Menschen sollen wissen, dass wieder in die Schulen und in die Bildung ihrer Kinder investiert wird. Sie sollen wissen, dass ihre Realität und nicht die der Lobbyisten wichtig ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der 22. September wird das zeigen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Peter Götz, CDU/CSU:

Die Politik der Bundesregierung ist Segen für Kommunen im Land



Peter Götz (*1947)
Wahlkreis Rastatt

Das Hochwasser hält Deutschland weiter im Griff. Auch von unserer Seite, Herr Präsident, ein herzliches Dankeschön für die treffenden und einfühlsamen Worte zu Beginn der heutigen Debatte.

Wir erleben in diesen Tagen auf dramatische Weise, mit welchen Emotionen tatsächlicher und drohender Schaden in vielen Städten und Gemeinden verbunden ist. Wir haben gestern im Bundesminister Peter Ramsauer im Ausschuss für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung einen ersten Bericht zur Lage sowie zum Ausmaß der Schäden an Infrastruktur und Gebäuden erhalten. Schulen und Kindergärten in den Städten, aber auch im ländlichen Raum sind genauso betroffen wie das eigene Heim oder die Wohnung. Es wird – das wissen wir – Milliarden kosten, um diese Schäden zu beseitigen.

Wenn wir die große Solidarität sehen, wenn wir erleben, wie Tausende bis zur Erschöpfung gegen Wassermassen kämpfen, sind wir zuversichtlich, dass es in einem gemeinsamen Kraftakt gelingen wird, zusammen mit den betroffenen Kommunen nicht nur die

Schäden zu beseitigen, sondern vor allem dafür zu sorgen, dass der Hochwasserschutz vor Ort weiter zügig verbessert wird.

Meine Damen und Herren, zurück zur Antwort der Bundesregierung auf unsere Große Anfrage zur Lage der Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland, mit der wir uns heute auch auseinandersetzen. Die kommunalfreundliche Politik der Bundesregierung ist ein milliardenschwerer Segen für die Städte und Gemeinden in unserem Land.

Das ist, in einem Satz gesagt, das Fazit der Antwort auf unsere Große Anfrage.

Wir danken allen, die an der ausführlichen Beantwortung von nahezu 100 Fragen mitgearbeitet haben.

Die Antworten zeigen deutlich, dass die Politik der Bundesregierung, verteilt über viele Politikbereiche, entscheidend zur Stärkung der Kommunen und der kommunalen Selbstverwaltung beiträgt. An die Adresse der Linken sei gesagt: Man sollte sich zwischendurch vielleicht einmal daran erinnern, wie zu Zeiten der DDR die kommunale Selbstverwaltung behandelt worden ist.

Wir haben in den vergangenen vier Jahren eine einmalige und in dieser Größenordnung bisher noch nie da gewesene Leistungsbilanz zugunsten der Kommunen aufzuweisen. Das ist nicht nur unsere Einschätzung; diese Einschätzung wird auch von den kommunalen Spitzenverbänden geteilt.

Ihnen, Herr Dr. Schäuble, danken wir für Ihr großes Verständnis für die berechtigten kommunalen Belange, das Sie bei allen Begehrlichkeiten, die an den Bundesfinanzminister immer wieder herangetragen werden, jeweils hatten. Sie haben zur Zeit der Gemeindefinanzkommission immer wieder

gesagt: Wir machen nichts gegen die Kommunen, und wir helfen im Rahmen unserer verfassungsrechtlichen Möglichkeiten. – Ich weiß, das haben viele nicht geglaubt, aber Sie haben Wort gehalten. Dafür herzlichen Dank!

Lassen Sie mich dazu auch noch sagen: Ohne Ihr Verständnis für die kommunalen Belange wären die Städte und Gemeinden heute nicht da, wo sie sind. Sie sind nicht nur auf einem guten Weg, sondern haben auch ein gutes Ergebnis vorzuweisen.

Allein durch die Übernahme der Grundsicherung im Alter von jährlich 4,5 Milliarden Euro – das wurde bereits gesagt – werden die Kommunen in den Jahren 2012 bis 2016 von Sozialausgaben in einer Größenordnung von nahezu 20 Milliarden Euro entlastet. Der Bund leistet damit einen deutlichen und vor allem nachhaltig aufwachsenden Beitrag zur Stabilisierung und dauerhaften Verbesserung der Kommunalfinanzen. Das ist seit Bestehen der Bundesrepublik die größte finanzielle Entlastung, die je eine Bundesregierung beschlossen hat. Sie können schimpfen und dagegen wettern – diese Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache.

Wir danken deshalb auch der Bundeskanzlerin für diese großartige Bundesleistung. Kein Bundeskanzler zuvor hat so viel für die Kommunen bewirkt wie Angela Merkel.

Sie, Frau Kollegin Göring-Eckardt, haben mit Ihrer Stimme die Gewerbesteuerumlage angehoben. Sie haben die Grundsicherung im Alter eingeführt, ohne den Kommunen das notwendige Geld dafür zur Verfügung zu stellen.

Wir haben diese Ihre rot-grüne kommunalfreundliche Politik beendet.

Wenn wir die Antwort der Bundesregierung auf unsere Große Anfrage weiter analysieren, dann sehen wir, dass

wir beliebig weiter über die Erfolge in unserer Leistungsbilanz sprechen können:

Man kann es nicht oft genug sagen: Der Bund unterstützt den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren mit 5,4 Milliarden Euro, und er leistet damit den Ländern, die dafür eigentlich zuständig sind, eine unschätzbare Hilfe.

Als weiteres Stichwort nenne ich das Bildungs- und Teilhabepaket, das wir auf den Weg gebracht haben.

Hinzu kommt – auch das ist leider bei vielen in Vergessenheit geraten –, dass die kommunalen Spitzenverbände künftig noch besser, als das bisher je der Fall war, in bundespolitische Entscheidungen eingebunden werden.

Schließlich sorgt auch die positive wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes, die übrigens auch etwas mit unserer Politik zu tun hat, erstmals nach 2008 wieder für einen Finanzierungsüberschuss von 1,8 Milliarden Euro im Jahr 2012. Kollegin Reinemund hat es gesagt: In den Folgejahren ab 2013 wird mit noch größeren Finanzierungsüberschüssen gerechnet.

Wenn wir uns an die Zeit der rot-grünen Regierung zurückerinnern, dann wissen wir, um nur ein Beispiel zu nennen, dass das kommunale Defizit im Jahr 2003, in einer Zeit, als es noch keine internationale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise gab, bei 8,4 Milliarden Euro lag. Defizit, nicht Überschuss!

Es gibt natürlich – das ist unstrittig – Wermutstropfen. Leider ist das Bild der Kassenkredite mit 47 Milliarden Euro nach wie vor alarmierend. Der Bundesfinanzminister hat es angesprochen: Allein knapp die Hälfte aller Kassenkredite in Deutschland stammt aus Kommunen in Nordrhein-Westfalen.

Herr Oppermann, es ist schon bemerkenswert, dass Ihr Kanzlerkandidat jetzt auf einmal die Kommunen ins Herz schließt. Zu seiner Zeit als Finanzminister und Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen ist die Höhe der Kassenkredite dort exorbitant gestiegen.

Wenn er jetzt den Feuerwehrmann spielt, sollte er nicht vergessen, dass er

vorher vor Ort fleißig mitgezündelt hat.

Die größte kommunale Entlastung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland haben wir ganz ohne Steuererhöhungen hinbekommen und gleichzeitig die staatliche Neuverschuldung gesenkt.

Noch eines: Wenn der Deutsche Städte- und Gemeindebund diese Woche die SPD dringend vor einer Steuererhöhung warnt und zu Recht auf den kaum zu bewältigenden Bürokratieaufwand bei der Einführung der Vermögensteuer hinweist, beweist dies einmal mehr, dass neue Steuern der falsche Weg sind.

Am 1. August 2013 tritt der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz in Kraft.

Es gibt übrigens aus dem Jahr 2006 eine Vereinbarung zwischen Bund, Ländern und Kommunen, die zum Inhalt hat, dass sie sich an den Kosten mit je einem Drittel beteiligen wollen. Das haben viele vergessen. Einige Länder haben sehr lange gebraucht, bis sie gemerkt haben, dass sie nicht nur die Gelder des Bundes, sondern auch ihren eigenen Finanzanteil an die Kommunen geben müssen. Wir fordern, dass unsere Hilfen uneingeschränkt bei den Kommunen ankommen und nicht an den klebrigen Fingern der Länderfinanzminister hängen bleiben.

Während Rot-Grün in seiner Regierungszeit ständig neue Aufgaben erfand, die von den Kommunen zu finanzieren waren, wurde unter Führung von CDU und CSU diese kommunalfreundliche Politik beendet.

Heute gilt zu Recht der Grundsatz: Wer bestellt, der bezahlt. Die Politik der christlich-liberalen Bundesregierung und der sie tragenden Fraktionen verdient das Vertrauen der Kommunen. Dies unterstreicht die Antwort auf unsere Große Anfrage sehr deutlich. Es liegt im ureigenen Interesse der Städte, Gemeinden und Landkreise, dass dieser Politikstil mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und Wolfgang Schäuble weiter fortgeführt werden kann. Dafür lohnt es sich zu arbeiten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Bernd Scheelen, SPD:

Antwort der Bundesregierung ist nur die ultimative Lobhudelei



Bernd Scheelen (*1948)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Wenn Sie gestatten, Herr Präsident, möchte ich unbotmäßigerweise mit einer leichten Kritik an Ihrer Äußerung hinsichtlich der fehlenden Präsenz von Vertretern auf der Länderbank beginnen. Ich habe ein gewisses Verständnis dafür, dass die Länderbank nicht voll besetzt ist, weil das, um das es hier geht, dieses Papier hier, die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der eigenen Koalitionsfraktionen ist. Das Papier enthält nichts anderes als die ultimative Lobhudelei. Dafür, dass sich die Ländervertreter eine Debatte dazu nicht anhören wollen, habe ich volles Verständnis.

Ich habe auch Verständnis dafür, dass keine Vertreter von CDU-geführten Ländern hier sind; denn auch sie wollen sich das nicht anhören.

Es ist ein sehr merkwürdiger Vorgang, dass die eigenen Fraktionen die Regierung fragen: Waren wir nicht toll? Die Regierung bestätigt das auch noch. 92 Fragen auf 117 Seiten: Es hat mich viel Lebenszeit gekostet, das alles durchzulesen. Es hat sich nicht gelohnt: Das Papier ist dick, aber der Inhalt ist dünn.

Herr Minister Schäuble, Sie haben in Ihrem Vortrag im Wesentlichen darauf abgehoben, wie kommunalfreundlich diese Regierung ist und was Sie alles für die Kommunen getan haben. Ich sage Ihnen: All das, was Sie hier beschreiben, ist nicht auf Ihre eigene Initiative zurückzuführen, sondern das ist auf Druck derjenigen passiert, die im Moment nicht hier sind, weil sie sich um ihre Kommunen kümmern. Sie haben diese Forderungen durchgesetzt, und zwar im Vermittlungsverfahren zum Bildungs- und Teilhabepaket und im Vermittlungsverfahren zum Fiskalpakt. Genau das ist die Wahrheit.

Ein Wort zur Gemeindefinanzkommission.

Der Kollege Rüttgers hat den Kommunen in Nordrhein-Westfalen in fünf Jahren 3 Milliarden Euro weggenommen. Deswegen haben viele Kommunen in Nordrhein-Westfalen ein Problem.

Kollege Finanzminister Schäuble hat tatsächlich, als er merkte, dass die Gemeindefinanzkommission vor dem Scheitern stand, einen Vorschlag gemacht. Er hat die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände eingeladen, die Präsidenten und die Hauptgeschäftsführer, und einige Staatssekretäre; das waren insgesamt neun Personen. Ihnen hat er den Vorschlag gemacht, der Bund könne die Kosten für die Grundversicherung im Alter übernehmen. Er hat allerdings mit diesem Vorschlag eine Forderung verbunden. Er hat nämlich gefordert, dass die Kommunen dem Einstieg in den Ausstieg aus der Gewerbesteuer zustimmen. Das haben die Kommunen abgelehnt - zu Recht übrigens.

Damals - Herr Minister Schäuble, Sie werden sich erinnern - hatten wir das hier diskutiert; genau diesen Punkt haben wir in diesem Hohen Haus diskutiert. Ich hatte damals auch Gelegenheit, dazu zu sprechen. Ich habe Ihnen gesagt: Wir unterstützen Sie in der Frage, aber ich fürchte, dass wir die Einzigen sind, die Sie darin unterstützen. - Denn es kam nach dem Vortrag sofort Gegenwind, insbesondere aus der FDP-Fraktion. Der Kollege Wissing hat gesagt: Mit uns nicht machbar! - Die Kollegin Homburger hat gesagt: Der Minister tut ja etwas, aber nicht das, was wir wollen. - Der Kollege Brüderle wird sich an seine eigenen Worte erinnern. Er hat gesagt: Das ist mit uns nicht abgestimmt.

Dann haben wir gesagt: Wir machen da mit. Dann haben anlässlich des Bildungs- und Teilhabepakets, das Sie sich auch auf die Fahnen schreiben - Sie schmücken sich hier übrigens überall mit fremden Federn -, das Ihnen aber das Bundesverfassungsgericht aufs Auge gedrückt hat - ohne Urteil des Bundesverfassungsgerichts wären Sie überhaupt nicht auf die Idee gekommen, ein Bildungs- und Teilhabepaket zu machen -, die SPD-geführten Länder im Vermittlungsausschuss Ihnen abverhandelt, dass der Bund schrittweise die Kosten der Grundversicherung im Alter übernimmt.

Jetzt haben Sie vorhin - ich weiß gar nicht mehr, wer es war, ich glaube, es war der Kollege Götz oder auch Sie, Herr Minister - behauptet, Sie würden damit eine Fehlentwicklung korrigieren, die unter Rot-Grün passiert ist. Da sage ich Ihnen, was wirklich passiert ist. Wir haben damals ein Problem nach 16 Jahren Helmut Kohl gelöst, das die schwarz-gelbe Kohl-Regierung niemals angepackt hat, nämlich etwas für die Kriegerwitwen zu tun, die nach dem Krieg kaum Gelegenheit hatten, eigene Beiträge in die Rentenversicherung einzuzahlen, und die letztlich von Sozialhilfe leben mussten, das aber nicht taten, weil sie die Sorge hatten,

dass auf ihre Kinder zurückgegriffen würde.

Um das auszuschalten, haben wir dieses Gesetz gemacht und den Kommunen dafür 800 Millionen D-Mark gegeben, weil das die Summe war, die damals für diesen Personenkreis, der neu in dieses Gesetz aufgenommen wurde, berechnet worden war.

Dann hat sich das in den letzten Jahren dramatisch entwickelt, das ist völlig richtig. Der Bundesanteil hat sich leicht erhöht. Aber deswegen ist die Forderung auch richtig gewesen, das in

Dr. Peter Röhlinger, FDP:

Es geht den Kommunen deutlich besser



Peter Röhlinger (*1939)
Landesliste Thüringen

Ich werde mich bemühen, in dem Wirrwarr von Zahlen einige andere Akzente zu setzen, auch deswegen, weil übrigens meine Kämmerin schon am Anfang meiner Amtszeit gesagt hat: Der Röhlinger versteht nichts von Finanzwirtschaft, aber er ist sparsam. Damit konnte ich sehr gut leben; denn wenn man sich gut beraten lässt, kann man vor dem Hintergrund auch erfolgreich sein.

Zunächst ein uneingeschränkter Dank auch in diesem Zusammenhang an die Helfer, an die Feuerwehren und Polizisten vor Ort. Ich habe mir in Jena die neuralgischen Punkte angeschaut und muss sagen: Wir haben unsere Aufgaben - bei uns fand die Jahrhundertflut 1994 statt - offensichtlich so gut gemacht, dass die neuralgischen Punkte dem Wasser standgehalten haben. Aber es war wesentlich mehr. Wir haben uns in Übereinstimmung mit den Dezerenten in Jena darauf verständigt, dass wir parteiübergreifend - die MdBs aus Ostthüringen - an die zu-

ständige Minister in Thüringen schreiben werden, dass insbesondere die Zusammenarbeit zwischen den Talsperren und den Wehren und den Kommunen vor Ort verbessert werden kann und muss. Ich persönlich bin davon überzeugt, dass das eintreffen wird, was viele bislang nicht wahrhaben wollen: Die Zahl der Unwetter wird zunehmen, und das nicht nur kurzfristig.

An den Anfang möchte ich meinen Dank an diejenigen stellen, die in den vergangenen Jahren dazu beigetragen haben, dass es den Kommunen deutlich besser geht. Tatsächlich waren die letzten vier Jahre für die Kommunen vier gute Jahre, auch wenn die Opposition das nicht wahrhaben will. Ein Blick in die Zeitung des Deutschen Städtetags, der nun weiß Gott kein Vertreter der FDP-Politik ist, macht das deutlich. Im Übrigen kommt mir die Differenzierung in reiche und arme Städte bei Ihrer Kritik viel zu kurz, insbesondere bei Ihnen, Frau Göring Eckardt. Sie müssten als gebürtige Thüringerin doch eigentlich aus eigener Anschauung wissen, dass es in einer beachtlichen Anzahl an Städten in Thüringen gelungen ist, im Verhältnis zur Vergangenheit ungeahnte Fortschritte zu erzielen, insbesondere wenn es um die Erfüllung der von Ihnen erwähnten kulturellen Ansprüche geht, und die Lebensqualität zu verbessern. Im Übrigen, Frau Göring-Eckardt, bin ich es als Christ gewohnt, zuerst einmal Danke zu sagen, bevor ich die Hand aufhalte und fordere: immer noch mehr, mehr, mehr! - Auch dem Bund stehen nur Steuergelder zur Verfügung.

Das Ergebnis ist, dass man mit 80 Milliarden Euro in die neue Legisla-

tion

tion könnte sie alle vorlesen, aber angesichts meiner Zeit, die begrenzt ist, verzichte ich darauf. Warum haben Sie oder die Kanzlerin keinen Gipfel einberufen? Eines ist klar: Sie hätten keine schönen Bilder produzieren können. Sie wären Gefahr gelaufen, dass Bürgermeister, wie das vor zehn Jahren schon einmal der Fall war, hier in Bettlerkleidung aufgetreten wären. Das würde jeder Gipfelstrategie widersprechen; denn das Ziel der Gipfel, die Sie ständig veranstalten, ist ja nur, schöne Bilder zu produzieren. Das wäre aber nicht passiert. Deswegen sagen wir - glaube ich - zu Recht: „Über allen Gipfeln ist Ruh“. Der Schluss dieses Gedichts von Goethe lautet: „Warte nur, balde ruhest du auch.“ Das gilt für Sie.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

tion

Wie ich sehe - das verwundert mich nicht -, geht meine Redezeit zu Ende. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich bei Ihnen herzlich zu bedanken. Das ist heute mein letztes Grußwort von diesem Pult aus. Meine Tätigkeit als Bundestagsabgeordneter war für mich eine sehr lehrreiche Zeit. Es war für mich sehr interessant, über die Barriere zu steigen und Kommunalpolitik aus der Sicht eines Bundestagsabgeordneten zu betrachten. Ich habe viel gelernt und habe viel Verständnis, wenn sich die Länder bemühen, Städte zu unterstützen, aber dann das Feedback fehlt. Man darf nicht vergessen: Letztlich werden die Steuergelder der öffentlichen Hand verbraten.

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen ungeachtet der Fraktionszugehörigkeit viel Freude - bleiben Sie gesund! - und uns weiterhin gute Erfolge.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Britta Haßelmann (Bündnis 90/Die Grünen), Karl Holmeier (CDU/CSU), Kirsten Lühmann (SPD), Patrick Döring (FDP), Hans-Joachim Hacker (SPD) sowie Ingbert Liebing und Antje Tillmann (beide CDU/CSU). Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.

Debatte über die gemeinnützige Wohnungswirtschaft / 243. Sitzung des 17. Deutschen Bundestages am 6. Juni 2013

Heidrun Bluhm, DIE LINKE:

Gemeinnützigkeit in die Wohnungswirtschaft zurückbringen



Heidrun Bluhm (*1958)
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Im Wahlkampf muss man ja erfahrungsgemäß mit einigem rechnen. Da darf man sich auch nicht wundern, dass selbst die Bundeskanzlerin plötzlich eine 180-Grad-Kehre hinlegt und ihr Herz für Mieterinnen und Mieter entdeckt. Drei Monate vor der Bundestagswahl erkennt also die Kanzlerin – vielleicht war es auch ihr Beraterstab –, dass in Deutschland 35 Millionen Menschen in Mietwohnungen leben. Das ist ja ein erquickliches Wählerpotenzial. Daher wundert es uns nicht, dass solche Aussagen so kurz vor der Bundestagswahl gemacht werden.

Die Kanzlerin nimmt auch so Unworte wie „Mietendeckelung“ oder „Mietpreisbremse“ in den Mund. Was ist das? Ein unmoralisches Angebot an einen künftigen Koalitionspartner oder doch nur der plumpe Versuch, Millionen Wählerinnen und Wähler hinter die Fichte zu führen? Dass die FDP da aufschreit und so tut, als kritisiere sie die Kanzlerin, ist ein nur allzu verständliches Signal in Richtung der eigenen Klientel.

Liebe Wählerinnen und Wähler, wenn die CDU/CSU wirklich etwas für Mieterinnen und Mieter in diesem Land tun wollte, hätte sie einfach nur auf das kürzlich in Kraft getretene Mietrechtsänderungsgesetz verzichtet und das Mietrecht mieterfreundlich reformieren sollen.

Das tat sie aber nicht. Im Gegenteil: Sie hat in einem vierjährigen Gesetzgebungsverfahren entgegen scharfer Kritik der kommunalen Spitzenverbände, der Mietervereine, gegen den Rat fast aller Experten, ja selbst gegen die Bedenken des Bundesrats die Mieterrechte einge-

schränkt. Sie hat keine wirksame Bremse zur Deckelung der Bestandsmieten eingebaut. Dort aber wäre dazu Gelegenheit gewesen. Nein, Sie will Mieterinnen und Mieter die Kosten der energetischen Sanierung ihrer Wohnungen über die Modernisierungumlage allein überlassen, und Sie hat sich auch gegen die Forderung zur Beschränkung von Neuvertragsmieten vehement gesperrt. Wie gesagt, es dauerte vier Jahre, und dabei wurde von allen Seiten, selbst von Politikern der CDU/CSU-Fraktion, permanent Kritik geäußert. Das alles ist an der Kanzlerin vorbeigerauscht. Sie war schließlich mit Wichtigerem beschäftigt.

Aber auch die SPD, die sich jetzt über einen Themenklau durch die CDU empört, hat die Wohnungspolitik nicht wirklich erfunden. Auch von dort war jahrelang wenig zu den Themen Wohnen und Mieten sowie Mieterrechte zu hören. Erst jetzt, nur wenige Meter vor der Kanzlerin, tritt der Kanzlerkandidat der SPD auf die Mietpreisbremse; dies sagt er jedenfalls. In Wirklichkeit verwechselt er aber die Bremse mit dem Gaspedal.

Auch eine Mietsteigerung um 15 Prozent in vier Jahren bleibt eine Mietsteigerung, die deutlich über der Entwicklung der Reallohnentwicklung liegt. Die Mieterinnen und Mieter müssen also auch bei diesem Vorschlag tiefer in die Tasche greifen, wenn sie es denn noch können. Fakt ist: Immer mehr Mieterhaushalte, auch normalverdienende, müssen einen überproportional wachsenden Teil ihres Nettoeinkommens für Wohnkosten ausgeben. 30 bis 50 Prozent sind bei weitem keine Seltenheit mehr, und die Tendenz ist steigend. Wofür gibt es 10 Prozent Mietsteigerung über dem Mietspiegel bei Wiedervermietung? Weder ist die vermietete Wohnung mit den Jahren um 10 oder 15 Prozent größer geworden, noch steigt durch eine Neuvermietung der Gebrauchswert automatisch um 10 Prozent.

Verbessert der Vermieter die Wohnung durch eine energetische Sanierung, darf er nach dem Willen der Regierung 11 Prozent der Kosten auf die Mieterinnen und Mieter umlegen, nach dem Wunsch der SPD 9 Prozent. Im ersten Fall zahlen die Mieterinnen und Mieter die Sanierungskosten in neun Jahren zurück,

im zweiten Fall in elf Jahren, und zwar unabhängig davon, ob sich ein entsprechender Vorteil bei den Betriebs- oder Heizkosten ergibt; denn für solch einen Nachweis gibt es keinen gesetzlichen Zwang.

Danach wird die Miete natürlich nicht wieder gesenkt. Sie bleibt aber auch nicht auf dem durch die Modernisierungumlage erhöhten Niveau. Denn in der Zwischenzeit sind ja neun oder elf Jahre vergangen, und es gibt die Möglichkeit, alle vier Jahre 15 Prozent draufzulegen. Es ist also durchaus möglich, dass diese Miete dann automatisch um weitere 30 Prozent steigt. Bei Weitervermietungen steigt sie sogar noch mehr. Die Linke sagt: Ohne Verbesserung des Gebrauchswertes einer Wohnung soll und darf es keine Mietsteigerungen geben.

Das ist auf anderen Märkten im Übrigen auch so. Ein Autohersteller, der ein besonderes Modell auf den Markt bringt, erhöht den Preis für dieses Modell, wenn er es nicht verändert, im Laufe der Jahre auch nicht einfach so. Denn das wäre paradox, und die Kunden würden ihm dann davonlaufen. Genau das aber können Mieterinnen und Mieter nicht. Sie können nicht einfach den Anbieter wechseln, weil sie auf ihre Wohnung angewiesen sind, weil sie da, wo sie arbeiten, wohnen müssen, weil sie da, wo sie studieren, wohnen wollen und weil sie ihr Leben in ihrem Zuhause sicher verbringen wollen. Auf dem Wohnungsmarkt bestimmt weder der Wert noch der Gebrauchswert den Preis der Ware Wohnung, sondern ausschließlich das Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage. Das hat mit sozialer Marktwirtschaft nicht das Geringsste zu tun. Das ist nackter, purer Kapitalismus.

Nun höre ich oft den Einwand, das sei schlimmstenfalls ein Problem der Metropolen; im Durchschnitt seien die Mieten ja nur unwesentlich gestiegen. Aber in Metropolregionen leben mittlerweile 50 Prozent der Mieterinnen und Mieter – die Tendenz ist steigend –, und kein Mensch wohnt in Durchschnittshäusern. Auch außerhalb der Metropolen, selbst in sich entleerenden Regionen, fliegen den Menschen die Wohnkosten mittlerweile um die Ohren, weil die Preise für Strom, Gas, Wasser, Abwasser und Mobilität förmlich explodieren. Auch darauf hat die Bundesregierung keine Antwort. Sie hat weder einen Plan, noch hat sie den Willen, hier irgendetwas zu tun.

Meine Damen und Herren, ich habe bisher nur über die neu aufkommende Wohnungsnot durch Miet- und Wohnkostensteigerungen gesprochen. Jetzt komme ich zum Totalversagen der Bundesregierung bei der notwendigen demografiegerechten Umgestaltung der Wohnungswirtschaft und Stadtentwicklung und zur unaufschiebbaren energetischen Sanierung des Gebäudebestandes. Durch ihre halbherzige, wankelmütige Haltung bei der Umsetzung selbst gesetzter Klimaschutzziele im Gebäudebereich macht sich diese Bundesregierung mitschuldig an irreparablen Umweltschäden und Klimakatastrophen.

Die derzeitige Mangelsituation auf dem Wohnungsmarkt, die gewaltigen Defizite bei der Bereitstellung von altersgerechtem und barrierefreiem Wohnraum, der Einbruch bei klimagerechtem Umbau der Gebäudewirtschaft sind die Quittungen für jahrelanges Nichtstun, Laviieren oder abergläubiges Hoffen auf die Selbstheilungskräfte des Marktes. Der Markt aber erklärt sich gerade da für nicht verantwortlich. Das ist sogar verständlich, weil wir es hier nicht mit konjunkturellen, sondern mit strukturellen politischen Problemen zu tun haben. Um der aktuellen Wohnungsnot zu begegnen, die aktuellen Probleme zu beheben und eine langfristig verlässliche, sozial ausgewogene, bedarfs- und klimagerechte Entwicklung der Wohnungswirtschaft zu beginnen, reichen die althergebrachten Steuerungs- und Anreizprogramme bei weitem nicht mehr aus.

Wir brauchen vor allem ein Umdenken in der Politik, dass Wohnen keine gewöhnliche Ware ist, und das politische Bewusstsein, dass wir uns hier im Bereich der sozialen Daseinsvorsorge bewegen. Wir müssen endlich wirklich handeln. Die Linke hat das immer gefordert, nicht nur in Wahlkampfzeiten. Wir haben mit unserem Antrag, das Wohnen als Grundrecht in den Menschenrechtskatalog des Grundgesetzes aufzunehmen – gleich zu Beginn der Legislaturperiode –, mit unserer Forderung, barrierefreies Wohnen in die Novelle zum Baugesetzbuch verpflichtend aufzunehmen, mit unseren wiederkehrenden Anträgen zur Aufstockung, Verstetigung und sozial-ökologischen Umgestaltung der Städtebauförderung und mit unseren Anträgen und Aktionen gegen das von der Bundesregierung durchgepeitschte Mietrechtsänderungsgesetz Neues vorgeschlagen. Wir setzen das fort mit unseren heute vorliegenden Anträgen zur Verbesserung der Wohnsituation von Studierenden, zur Wiederbelebung

des sozialen Wohnungsbaus und zur Errichtung eines gemeinnützigen Sektors in der Wohnungswirtschaft.

Wir wollen damit erreichen, dass die aktuelle Wohnungsnot in den Metropolen und Universitätsstädten wirklich bekämpft und der Mietpreistreiberei überall ein wirksamer Riegel vorgeschoben wird. Das wird nicht durch Lippenbekenntnisse der Kanzlerin im Wahlkampf zu leisten sein, sondern dazu bedarf es eines rigorosen Umbaus des Mietrechts und einer gravierenden Umstrukturierung des Bundeshaushalts. Daran könnte man die Ernsthaftigkeit des Willens einer Bundesregierung zur Beseitigung von Wohnungsnot und

Mietpreistreiberei wirklich messen. Wir wollen mindestens 700 Millionen Euro jährliche Kompensationsleistungen des Bundes für den sozialen Wohnungsbau, und zwar verstetigt, regelmäßig evaluiert und

durch Bund-Länder-Vereinbarungen dauerhaft zweckgebunden gesichert. Die Fördermittel sollen im wohnungswirtschaftlichen Kreislauf verbleiben und zur Entwicklung eines relevanten, sozial verpflichtenden Bestandes an öffentlichen Wohnungen genutzt werden.

Daraus soll sich – das ist der Kern unseres zweiten Antrags – strategisch ein gemeinwohlorientierter Sektor in der Wohnungswirtschaft entwickeln. Wohlgermerkt, wir wollen nicht einfach die Wiederbelebung der traditionellen Wohnungsgemeinnützigkeit, sondern wir wollen die Idee der Gemeinnützigkeit in der Wohnungswirtschaft neu konzipieren, um schließlich ein wirksames, relevantes Korrektiv zum ausschließlich renditeorientierten Wohnungsmarkt zu etablieren.

An diesem Konzept arbeiten wir schon einige Zeit.

Es gibt dafür Unterstützer quer durch die Gesellschaft, in der ganzen Republik. Glücklicherweise ist es außerhalb dieses Hauses möglich, ein solches Projekt parteiübergreifend zu entwickeln und voranzutreiben.

Zum Schluss kurz zusammengefasst: Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU- und FDP-Fraktion, stimmen Sie heute unseren Anträgen einfach zu! Dann hätten Sie die Merkel'sche Mietpreisbremse bereits vor der Wahl umgesetzt und nicht ein Wahlversprechen postuliert, das hinterher nicht gehalten wird.

Lassen Sie Ihren Ankündigungen und Wahlversprechen einfach Taten folgen! Dafür wäre heute ein guter Tag.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen ein Umdenken in der Politik, dass Wohnen keine gewöhnliche Ware ist.

Wofür gibt es zehn Prozent Mietsteigerung über dem Mietspiegel bei Neuvermietung?

Peter Götz, CDU/CSU:

Die Lösung ist die Schaffung neuen Wohnraums



Peter Götz (*1947)
Wahlkreis Rastatt

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir heute über die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland debattieren, müssen wir auch bei diesem Tagesordnungspunkt die schlimmen Auswirkungen in den Hochwasserregionen sehen.

Immer mehr Menschen müssen sich vor dem Hochwasser in Sicherheit bringen. Tausende Häuser sind evakuiert. Die Folgen für die betroffenen Menschen vor Ort können wir nur erahnen. Es ist gut und richtig, dass von allen Seiten unbürokratisch Hilfe angeboten wird.

Die furchtbaren Ereignisse in den Hochwassergebieten helfen vielleicht auch ein wenig, die stark dramatisierenden Überschriften der Anträge der Opposition zur heutigen wohnungspolitischen Debatte ins richtige Licht zu rücken.

„Bedarfsgerechtes Wohnen dauerhaft sichern ...“, „Bezahlbares Wohnen in der sozialen Stadt“, „Wohnungsnot bekämpfen ...“, ich fühle mich bei diesen Überschriften zurückversetzt in die Zeit, als in Deutschland flächendeckend eine echte Wohnungsnot herrschte.

Es ist keine Frage, dass eine angemessene Versorgung mit Wohnraum zu den Grundbedürfnissen eines menschenwürdigen Lebens gehört. Auch wenn seit drei Jahren der Aufwärtstrend auf dem Wohnungsmarkt unverkennbar ist, erleben wir in vielen Großstädten und Universitätsstädten Engpässe mit überproportional stark steigenden Mieten. Das Angebot kann dort mit der wachsenden Nachfrage nicht mithalten. Wir haben das gestern bei der Sachverständigenanhörung im Ausschuss bestätigt bekommen. Die Sachverständigen haben aber auch bestätigt, dass wir in Deutschland von einer Wohnungsnot weit entfernt sind. Ja, es gibt Städte oder Stadtteile, die stärker nachgefragt

sind als andere. Neue oder modernisierte Wohnungen in diesen Stadtteilen steigern die Nachfrage zusätzlich; es ist oft „chic“ oder „in“, dort zu wohnen. Es gibt aber auch Städte und ganze Landstriche, in denen der Wohnungsleerstand den Wohnungsuchenden zu niedrigen Mieten verhilft und Hauseigentümer schon seit Jahren keinen Überschuss mehr aus der Vermietung von Wohnungen erzielen. Die Folge sind sinkende Immobilienwerte, mit allem, was dazugehört.

Was will ich damit sagen? Deutschland hat einen sehr differenzierten Wohnungsmarkt. Die Politik muss pass- und zielgenau auf bestimmte Engpässe reagieren. Bund, Länder und Gemeinden sind in ihrer jeweiligen Zuständigkeit zum Handeln aufgefordert. „Zuständigkeit“ ist ein wichtiges Stichwort: Wenn es darum geht, Maßnahmen für neuen Wohnraum zu günstigen Mieten zu treffen, müssen wir uns das Engagement der Länder genauer anschauen. Seitdem ihnen 2006 bzw. 2007 im Rahmen der Föderalismusreform die Zuständigkeit für die Förderung von sozialem Wohnraum übertragen wurde – sie wollten diese Zuständigkeit –, sind allein die Länder für die Förderung von sozialem Wohnraum zuständig. Es ging bei der Übertragung nie um eine Abschaffung der Förderung von sozialem Wohnraum. Der Bund stellt den Ländern für diese Aufgabe nach wie vor jedes Jahr 518 Millionen Euro zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es kann aber auch nicht sein, dass zum Beispiel das Land Berlin die Bundesmittel, die es für den sozialen Wohnungsbau erhalten hat, in die Finanzierung landeseigener Altverpflichtungen umleitet und anschließend nach dem Bund ruft, damit er die Probleme am Berliner Wohnungsmarkt löst.

Beim Bund nehmen und den Bedürftigen nicht geben, das ist mehr als unmoralisch. Eine Sanierung von Landeshaushalten auf dem Rücken einkommensschwacher Wohnungsuchender und Mieter, wie sie gerade in Berlin unter Rot-Rot erfolgt ist, darf nicht weiter hingenommen werden. Seit Wiedereintritt der CDU in die Berliner Regierung vollzieht sich dort Gott sei Dank ein Umdenken.

Meine Damen und Herren, wir brauchen in jedem Fall eine Selbstverpflichtung der Länder für eine Zweckbindung künftiger Mittel des sozialen Wohnungsbaus.

Herr Bundesminister Ramsauer hat auch Vorschläge unterbreitet, mit de-

nen der Bund auf den Trend der regionalen Wohnungsempässe reagieren kann.

Die größte Attraktivität, Herr Pronold, strahlt für mich dabei der Vorschlag der Wiedereinführung der degressiven Abschreibung aus.

Wenn ich mich recht erinnere, wurde sie 2006 unter dem damaligen Bundesfinanzminister Steinbrück abgeschafft. In der Geschichte der deutschen Wohnungspolitik war aber nichts erfolgreicher als eine steuerliche Förderung. Sie lässt Marktmechanismen wirken und hat eine hohe private Investitionsbereitschaft zur Folge.

Was kann den Wohnungsuchenden denn Besseres passieren als stark steigende Wohnungsbauzahlen in nachgefragten Lagen? Regelungen über das Mietrecht sind nur befristete Mangelverwaltungen.

Die Lösung der Probleme liegt in der Schaffung von neuem Wohnraum.

Nutzen wir doch einfach die guten Erfahrungen der Vergangenheit! Aber leider haben SPD und Grüne ein Problem mit erfolgreichen steuerpolitischen Instrumenten. Ihr Geschrei bestätigt dies. Gerade haben wir es bei dem im Bundesrat abgelehnten Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden erneut erleben dürfen.

Auch dort haben sich SPD und Grüne rein ideologisch zulasten von Umwelt und Mietern positioniert.

Beim Blick in die Wahlprogramme von SPD und Grünen bekommt man eine wohnungspolitische Gänsehaut.

Wen, bitte schön, wollen Sie mit der Einführung einer Vermögensabgabe oder einer Vermögensteuer eigentlich für Investitionen in neue Wohnungen begeistern? Glauben Sie allen Ernstes, neue steuerliche Belastungen bei Immobilien animierten jemanden, in Wohnungen zu investieren?

Der bessere Weg ist der Vorschlag des Bundesministers Peter Ramsauer, die Leistungsfähigkeit des Wohngeldes zu erhöhen. Das Wohngeld kann einkommensschwachen Mietern bei der Versorgung mit angemessenem Wohnraum helfen. Ich hoffe, dass wir, wenn wir diesen Vorschlag machen, nicht wieder die gleiche Blockadehaltung der von SPD und Grünen regierten Länder erleben wie bei der gerade genannten steuerlichen Förderung der energetischen Sanierung.

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt nennen. Für mich ist auch der Erwerb von Belegungsrechten ein geeignetes Instrument, um preisgünsti-

gen Wohnraum vor Ort anbieten zu können.

Meine Damen und Herren, den eigentlichen Schlüssel hält die kommunale Wohnungspolitik in der Hand. Wenn zum Beispiel in der Stadt München – nur als Beispiel, Herr Pronold – kein geeignetes Bauland zur Verfügung gestellt oder ausgewiesen wird, können dort auch keine neuen Wohnungen entstehen.

Der Engpass treibt die Mieten nach oben, und die Mieter haben letzten Endes das Nachsehen, wenn sie sich um eine günstige Wohnung bewerben. Wo kommunale Grundstücke

oder Wohngebäude gezielt nur so auf den Markt gebracht werden, dass stark steigende Immobilienwerte die kommunalen Kassen füllen, sind Erwartungen an günstige neue Mietwohnungen auch nicht mehr erfüllbar.

Wenn überzeugene Renditeforderungen an eigene, also kommunale, Wohnungsunternehmen formuliert werden – auch das gibt es –, kann von diesen Unternehmen nicht gleichzeitig ein moderates Mietenniveau eingefordert werden.

Kommunen mit Wohnungsempässen müssen sich deshalb selbst aktiv an der Problemlösung beteiligen. Durch eine langfristig angelegte Baulandpolitik vor Ort lassen sich die lokalen Engpässe am Wohnungsmarkt am besten lösen. Das muss auch kein Bauen auf der grünen Wiese sein. Wir haben nach wie vor große innerstäd-

tische Brachflächen, seien es Industrie- oder Militärbrachen, die reaktiviert werden können. Mit den bewährten Instrumenten der Städtebauförderung kann der Bund, aber können auch die Länder den Kommunen helfen, diese Flächen zu entwickeln.

Meine Damen und Herren, ich finde es ausgesprochen gut, dass die Bundespolitik die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft als eine der tragenden Säulen für die Wirtschaftskraft Deutschlands wiederentdeckt hat. CDU und CSU werden in den nächsten Wochen den richtigen Instrumentenmix für eine gute Wohnungspolitik präsentieren. Der rot-grüne Schlachtruf „Bildung statt Beton“ vergangener Jahre hat nachweislich nicht funktioniert und kann zu den Akten gelegt werden. Wir brauchen beides, eine bessere Bildung unserer Kinder, aber auch bezahlbare Wohnungen, in denen unsere Kinder aufwachsen können. – Herzlichen Dank.

Frau Präsidentin, gestatten Sie mir am Ende meiner Rede noch ein persönliches Wort. Dies war nach 23 Jahren aktiver Arbeit im Deutschen Bundestag meine letzte Rede in diesem Hohen Haus. Ich möchte mich für das gute Miteinander bedanken, auch über Fraktionsgrenzen hinweg und bei allen Unterschieden, die politisch zu diskutieren waren. Ich muss sagen: Ich war gerne Mitglied des Deutschen Bundestages. Ich wünsche Ihnen eine gute Zukunft und persönlich alles Gute. Diesem Hohen Haus, diesem Parlament wünsche ich weiterhin eine positive Entwicklung.

(Beifall im ganzen Hause)

Den eigentlichen Schlüssel hält die kommunale Wohnungspolitik in der Hand.

Florian Pronold, SPD:

Wir stehen für bezahlbares Wohnen



Florian Pronold (*1972)
Landesliste Bayern

Ich hätte erwartet, dass der Kollege Götz etwas zu den neuen Erkenntnissen seiner Kanzlerin zum Thema Mietpreisbremse sagt.

Ich habe in der Zeitung gelesen, dass die Frau Bundeskanzlerin Themenklau bei der SPD betreibt. Da muss ich sie in Schutz nehmen; denn wer sich recht-

lich auskennt, der weiß, dass Klauen bedeutet, jemandem etwas wegzunehmen. Das ist wie bei einer Handtaschenräuberin. Die nimmt die Handtasche, und dann ist sie weg. Aber das Thema „bezahlbares Wohnen“, das Thema „Mietpreisbremse“ bleibt bei der SPD, das kann die Kanzlerin nicht klauen.

Das, was die Kanzlerin macht, ist Hütchenspielerei. Sie tut jetzt so, als würde es nach der Wahl unter dem Hütchen, auf dem „CDU“ steht, eine Mietpreisbremse geben. Aber wenn die Wählerinnen und Wähler nach der Wahl unter dieses Hütchen schauen, dann werden sie feststellen, dass es nichts anderes war als Wahlbetrug. Das ist das, was die Kanzlerin vorhat.

Wir von der SPD stehen für bezahlbares Wohnen in der sozialen Stadt. Uns geht es darum, dass die Menschen, die in den Innenstädten wohnen und die für niedrige und mittlere Löhne hart arbeiten, auch in den Innenstädten wohnen bleiben können. Die al-

leinerziehende Mutter, die Rentnerin, der Rentner, der Taxifahrer, der Polizeibeamte, die Krankenschwester, alle die, die für uns auch Dienst tun, sollen in ihrer angestammten Wohnung bleiben können. Deswegen werden wir verhindern, dass es zu Mietexzessen kommt.

Dazu gehören drei Elemente. Das erste Element. Wir werden über das Mietrecht dafür Sorge tragen, dass Menschen nicht über den Löffel balbiert werden, dass die Mieterinnen und Mieter nicht zu den Melkkühen der Nation werden.

Das zweite Element. Wir müssen den Neubau ankurbeln und müssen darüber hinaus bei der Sanierung

von Wohnungen dafür Sorge tragen, dass diese auf die Höhe der Zeit kommen, und zwar mit energetischer Sanierung und vor allem mit Barrierefreiheit. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass sich die Menschen in diesen sanierten Wohnungen das Leben noch leisten können. Es geht nicht, dass heute in Großstädten viele Menschen 30 oder 35 Prozent ihres Nettoeinkommens dafür ausgeben müssen, um in diesen Wohnungen leben zu können. Das ist zu viel. Das darf nicht weiter so sein.

Das dritte Element ist, dass wir auch dafür Sorge tragen, dass unsere Städte zusammenhalten. In den Stadtteilen müssen Menschen unterschiedlicher Herkunft und mit unterschiedlichen Berufen zusammenleben können und darf keine Verdrängung stattfinden. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass auch der Zusammenhalt in den Wohnquartieren erhalten bleibt oder gefördert wird. -Deswegen ist das Programm „Soziale Stadt“ so wichtig für die Zukunft dieses Landes und für alle Menschen, die in den Städten leben.

Jetzt schauen wir uns doch einmal an, was diese schwarz-gelbe Bundesregierung und insbesondere dieser Bauminister, der er ja auch sein soll, der Herr Ramsauer, angekündigt haben und was dabei herausgekommen ist:

Vor wenigen Monaten haben wir erlebt, dass es mehrere Gipfel zum Thema „Wie schaffen wir bezahlbaren Wohnraum für Studentinnen und Studenten?“ gab. Ergebnis: Nichts!

Sie haben gerade wieder davon gesprochen, dass das Wohngeld erhöht werden muss. Bis heute ist es nicht erhöht worden. Was ist passiert? Das Gegenteil ist passiert. Der Heizkostenzuschuss ist von dieser schwarz-gelben Koalition gestrichen worden. Das ist ein Anschlag auf diejenigen, die hart arbeiten und es sich trotzdem nicht leisten können, zu diesen hohen Mieten zu wohnen. Das haben Sie gestrichen. Das ist die Bilanz dieser Regierung.

Sie haben angekündigt, der soziale Wohnungsbau sei wichtig. Jawohl! 518 Millionen Euro werden dafür vom Bund jährlich noch zur Verfügung gestellt. Sie haben im schwarz-gelben Koalitionsvertrag angekündigt, dass Sie hier bis zum Ende der Wahlperiode zu einer verlässlichen Regelung kommen wollen. Was ist passiert? Für ein Jahr haben Sie es verlängert.

Sie beklagen hier, dass die Mittel von den Ländern nicht zweckgerichtet eingesetzt werden. Da haben Sie recht. Aber warum legen Sie nicht fest, dass diese Mittel für den sozialen Wohnungsbau ausgegeben werden müssen? Wer regiert denn? Sie tun es. Beklagen Sie es nicht, sondern handeln Sie doch endlich entsprechend!

Die Städtebauförderung ist eines der wichtigsten Elemente, um den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu organisieren. Diese schwarz-gelbe Bundesregierung hat die Mittel für die Städtebauförderung massiv gekürzt. Am stärksten hat sie das Programm „Soziale Stadt“ zusammengestrichen.

Ich habe mir zig Projekte in ganz Deutschland angeschaut und habe gesehen, wie es gelungen ist, Glasscherbenviertel in die Stadtgesellschaft zurückzuholen, welche wichtige Arbeit dort geleistet worden ist, um die Integration zu fördern, um ein attraktives Wohnumfeld zu schaffen. Bei diesem Programm haben Sie den Rotstift am stärksten angesetzt. 2010 haben Sie die Mittel für das Programm „Soziale Stadt“ um über 70 Prozent gekürzt.

Jetzt hört man in Reden im Deutschen Bundestag – das war auch in der letzten Debatte zu diesem Thema so –, das stimme gar nicht, die Mittel für Städtebauförderung und insbesondere für das Programm „Soziale Stadt“ seien doch fast verdoppelt worden. Das ist wieder einmal ein typischer Täuschenspielertrick. Sie haben die Mittel erst auf 25 Millionen Euro gekürzt, dann haben Sie sie auf 40 Millionen Euro erhöht. Das bedeutet aber, dass für das Programm „Soziale Stadt“ heute immer noch weniger als die Hälfte dessen ausgegeben werden kann, was unter Wolfgang Tiefensee bereitgestellt wurde. Wenn Sie da von einer Verdopplung der Mittel sprechen, belügen Sie die Menschen. Sie haben die Mittel für das Programm „Soziale Stadt“ vielmehr halbiert und richten damit einen Schaden vor Ort an, der kaum wieder gutzumachen ist.

Wir haben dann noch alle möglichen anderen Ankündigungen gehört. Eine degressive AfA wollen Sie einführen. Wer regiert denn seit vier Jahren in der Bundesrepublik Deutschland?

Warum haben Sie es denn nicht gemacht, wenn das so wichtig ist? Sie wollen die energetische Sanierung fördern. Warum haben Sie die KfW-Mittel dafür gekürzt? Sie wollen den altersgerechten Umbau fördern. Warum haben Sie das entsprechende Programm der Bundesregierung gestrichen? Diese Fragen müssen Sie beantworten.

Jetzt komme ich zum Thema Eigenheimzulage. Es gab eine Ankündigung von Herrn Ramsauer, die Zulage wieder einzuführen. Alle, die sich ein bisschen mit der Thematik auskennen, wissen, dass für die Eigenheimzulage einmal 8 Milliarden Euro ausgegeben wurden. Warum haben Sie die Eigenheimzulage nicht längst wieder eingeführt, wenn das eine so gute Idee ist? -

Erinnern wir uns auch daran, wie hoch die einzelnen Beträge waren, die ausbezahlt wurden. Glaubt denn irgendwer tatsächlich, dass die Eigenheimzulage, also eine Zulage von wenigen Tausend Euro, mehr jungen Familien ermöglicht, dort, wo Wohnungsnot besteht, nämlich in den Metropolregionen, Eigentum zu erwerben? Glaubt irgendwer, dass diese Zulage ein Beitrag zur Bekämpfung von Wohnungsnot in Metropolregionen ist?

Das ist nichts anderes als Ankündigungspolitik, hinter der nichts steckt, und vor allem werden die Probleme in unseren Städten dadurch nicht gelöst.

Vonseiten der Bundesregierung wurde nun groß angekündigt, etwas zu tun, um Mieterinnen und Mieter vor Exzessen bei Mieten zu schützen. Die Kanzlerin schreibt bei der SPD ab und will eine Mietpreisbremse einführen. Teile der Union und der FDP polemisieren dagegen. Drum will ich einmal sagen, worum es uns dabei geht. Es geht uns um mehrere Dinge.

Aber jetzt will ich Ihnen etwas zur Mietpreisbremse sagen, weil das die FDP offensichtlich nicht versteht.

Das Ganze hat nichts damit zu tun, wie viel Mittel in einen Neubau investiert werden, weil von unserem Konzept Neubaumieten, also Erstvermietungen, überhaupt nicht berührt werden. Uns geht es um den Fall, dass jemand aus einer Wohnung auszieht und ein Nachmieter einzieht. Dieser Nachmieter – das können Sie in Berlin reihenweise beobachten – zahlt auf einmal 30 oder 40 Prozent mehr Miete, obwohl an dieser Wohnung beim Mieterwechsel gar nichts gemacht worden ist. Das treibt die Mietpreise nach oben. Das vertreibt die Men-

schen an den Stadtrand. Diese Entwicklung wollen wir stoppen. Das ist der Punkt.

Dazu gehört auch, dass diejenigen, die einen Makler beauftragen, ihn bezahlen. Ein Beispiel: Jemand macht sich im Internet kundig und schaut, wo es eine Wohnung für ihn gibt. Er findet eine Wohnung und der Vormieter schickt ihn zu dem Eigentümer. Der Eigentümer sagt: Ja, Sie können die Wohnung haben. Aber ich habe einen Makler engagiert. Bitte wenden Sie sich an ihn. Dann zahlt der Mieter, ohne den Makler bestellt zu haben, noch zwei Monatsmieten für den Makler, obwohl dieser überhaupt nichts getan hat. Wo liegt denn darin der Sinn? Wir wollen ein marktwirtschaftliches Prinzip einführen: Wer bestellt, soll auch bezahlen. Die Mieterinnen und Mieter dürfen mit den Kosten hierfür nicht belastet werden.

Wir werden deswegen eine Mietpreisbremse einführen.

Diese Mietpreisbremse wird bei der Wiedervermietung ansetzen und die Steigerung der Mietkosten deckeln. Wir werden dafür Sorge tragen, dass der Heizkostenzuschuss wiederkommt. Und wir werden auch dafür Sorge tragen, dass die Kosten von energetischer Sanierung die Menschen nicht in Angst und Schrecken versetzen. Heute ist es doch so, dass, wenn eine Wohnung für 25 000 Euro saniert wird, die Miete monatlich um 210 Euro zusätzlich erhöht werden kann. Wer kann sich denn das leisten? Dass die Menschen hier Angst und Sorge haben, muss man doch verstehen, und darauf muss man eine Antwort geben. Die Antwort lautet, dass man die Kosten einer energetischen Sanierung fair

in der Gesellschaft, also zwischen allen, die davon profitieren, dass es energetische Sanierung und CO2-Einsparungen gibt, verteilen muss, also zwischen dem Staat, den Mieterinnen und Mietern und den Vermietern. Wir sind für eine faire Kostenteilung in dieser Frage. Niemand soll übervorteilt werden.

Wir werden die Mittel für Städtebauförderung wieder auf 700 Millionen Euro anheben, und wir werden dafür Sorge tragen, dass das Programm „Soziale Stadt“ zum Leitprogramm wird, damit der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft wieder wächst.

Wir werden Bündnisse für bezahlbares Wohnen vor Ort schließen, in denen man – nicht mit Druck, sondern dadurch, dass alle Akteure zusammenhelfen – sich Gedanken macht, wie man über Baulandausweisungen und andere Dinge zu bezahlbarem neuen Wohnraum kommen kann.

Sehr geehrte Damen und Herren von der schwarz-gelben Opposition, Sie hätten heute die Möglichkeit – und Sie haben sie bis zum Ende dieser Wahlperiode –, deutlich zu machen, ob Ihr Herz für Mieterinnen und Mieter schlägt oder nicht. Dem Rechtsausschuss liegt unser Antrag für die Mietpreisbremse vor. Die Kanzlerin findet das toll. Wir sind bereit, diese Mietpreisbremse in dieser Wahlperiode ins Gesetz zu schreiben. Ich bin gespannt, ob Sie da mitgehen. Da könnten Sie beweisen, ob Sie es mit dem Schutz von Mieterinnen und Mietern tatsächlich ernst meinen. Ihre Mietrechtsreform, die zum 1. Mai 2013 in Kraft getreten ist, war das Gegenteil.

(Beifall bei der SPD)

Die Bundesregierung hat die Mittel für die Städtebauförderung massiv gekürzt.

Patrick Döring, FDP:

Wir haben ein kluges Mietrecht geschaffen



Patrick Döring (*1973)
Landesliste Niedersachsen

Nicht Städtebauförderprogramme, nicht Gesetze und auch nicht diese Debatte werden dazu führen, dass in den Ballungsräumen, in denen die Wohnungsmärkte erkennbar angespannt sind, Wohnungen gebaut

werden. Vielmehr werden die meisten vermieteten Wohnungen in Deutschland von Männern und Frauen gebaut, die ihre Ersparnisse investieren, die ihr Geld nicht auf den Kopf hauen, die ihre Ersparnisse nicht in die Schweiz bringen, die ihre Ersparnisse nicht irgendwo verzooken, sondern die ihre Ersparnisse einsetzen, um vermietbaren Wohnraum zu schaffen. Das sind diejenigen, mit denen wir diese Probleme lösen. Das gelingt aber nicht, indem wir sie beschimpfen.

Diese Investoren haben vor allen Dingen ein Interesse, nämlich dass Rechtssicherheit besteht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es werden hier nun Begriffe wie „Mietexzesse“ verwendet.

Die Durchschnittsmiete in den zehn größten Städten in Deutschland – nicht in Durchschnittshau-

sen, liebe Kollegin Bluhm – hat sich von 1992 bis 2012 von 7,01 Euro auf 7,96 Euro pro Quadratmeter entwickelt. Ja, das ist ein Anstieg, aber ein Anstieg weit unterhalb der Inflationsrate. In den deutschen Großstädten wohnt man preiswerter als in allen anderen Großstädten der Europäischen Union – dank der vielen engagierten Vermieterinnen und Vermieter.

Dann spricht der sogenannte Schattenminister davon, man wolle Neubau ankurbeln. Ja, Wohnungsnot löst man am besten durch Neubau. Aber Neubau entsteht immer dann, wenn für diejenigen, die in die Märkte investieren wollen, Rechtssicherheit besteht. Die wichtigste Voraussetzung dafür ist, nicht über denjenigen, die ihre Ersparnisse in

Fortsetzung von Seite 9: Patrick Döring (FDP)

Wohnungen investieren, das Dammoklesschwert einer Vermögenssteuer oder Vermögensabgabe schweben zu lassen und ihnen nicht zusätzlich in die Tasche zu greifen. Statt sich um die Mieterinnen und Mieter zu kümmern, ist das, was Sie in Ihrem Wahlprogramm haben, eines der größten Mieterhöhungsprogramme.

Oder glaubt irgendjemand ernsthaft, dass 1,5 Prozent Vermögensabgabe auf den vermieteten Wohnraum in Berlin-Charlottenburg vom Vermieter bezahlt werden? Das alles wird doch eins zu eins an den Mieter weitergegeben und führt am Ende zu Mieterhöhungen.

Sie sind die Miettreiber in diesem Haus und nicht diese Koalition.

Sie sind die Miettreiber in diesem Haus und nicht diese Koalition.

Des Weiteren wird über Sanierung gesprochen. Damit sind wir beim Kernpunkt, warum sich meine Fraktion gegen die Mietpreisbremse wehrt. Geschätzter Kollege Pronold, die Realität auf dem Wohnungsmarkt in Deutschland ist nicht, dass eine Wohnung, wenn ein Mieter ausgezogen ist, anschließend zu

einer 30 Prozent höheren Miete vermietet wird, ohne dass zuvor etwas an der Wohnung gemacht wurde. Viele Vermieter nutzen nach einem Auszug die Gelegenheit, nicht nur die Wände zu weißeln, sondern auch die Bodenbeläge auszubes-

sern, das Bad zu renovieren und eine neue Küche einzubauen.

Die dann entstandene verbesserte Wohnsituation muss sich genauso in der Miete niederschlagen wie eine energetische Sanierung; denn sonst wird die Wohnqualität nicht steigen, sondern sinken.

Dass ausgerechnet Sie jetzt den Wert der energetischen Sanierung erkennen und das Hohelied der energetischen Sanierung singen, nachdem Sie alle unsere Angebote betreffend die steuerliche Absetzbarkeit der Kosten der energetischen Sanierung von Wohnraum im Bundesrat und im Vermittlungsausschuss abgewehrt haben und sich mit Händen und Füßen dagegen gewehrt haben, dass diejenigen Vermieterinnen und Vermieter, die den Wohnraum für ihre Mieterinnen und Mieter ertüch-

tigen wollen, Steuervorteile bekommen, ist unglaublich.

Wir haben Vorschläge gemacht und wollten sogar den Bundesanteil erhöhen, um eine Förderung durch Zuschussprogramme zu ermöglichen. Sie hätten gemeinsam mit uns einen großen Schritt gehen und für eine verbesserte Wohnraumsituation und mehr energetische Sanierung in Deutschland sorgen können. Aber Sie haben sich verweigert.

Wir werden die Herausforderungen in den Ballungsräumen angehen. Das geht am besten mit Investitionssicherheit und degressiven Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen in Neubau.

Die Kappungsgrenze in unserem neuen Mietrecht wird dazu führen, dass sich die Neubaumieten noch moderater entwickeln.

Wir haben ein kluges Mietrecht geschaffen, das zu einer guten Entwicklung führen wird. In Deutschland herrscht flächendeckend Gott sei Dank keine Wohnungsnot. In denjenigen Ballungsräumen, in denen Wohnungs-

not herrscht, wird sie beseitigt, wenn wir die Investoren pfleglich behandeln. Sie tun das Gegenteil. Das ist das Schlimmste.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Daniela Wagner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Mieter werden zum Spielball des Wahlkampfs



Daniela Wagner (*1957)
Landesliste Hessen

Landkreise mit steigenden Mieten nimmt erheblich zu. 30 bis 40 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens für Miete auszugeben, ist nach unserer Auffassung entschieden zu viel.

Darauf haben wir immer wieder hingewiesen. Selbst die Berichte der Bundesregierung belegen dies inzwischen. Die Koalitionsfraktionen sehen das noch nicht ein, wohl aber die Kanzlerin.

Der Neubau nimmt zwar zu. Aber leider handelt es sich weitgehend um Eigentumswohnungen. Damit steigt der Druck auf Mieterinnen und Mieter weiter. Wie Sie vielleicht wissen, reicht zurzeit die Spanne der durchschnittlichen Mietpreissteigerungen bei Wiedervermietung von 19 Prozent in Berlin bis zu 44 Prozent in Konstanz am Bodensee. Ich kann Ihnen versichern, dass solche Steigerungen durchgesetzt werden, ohne dass zuvor irgendetwas an den Wohnungen getan wurde. So ist die Situation. Das kann so nicht weitergehen.

Es kann auch nicht sein, dass Bürgerinnen und Bürger mit weniger hohem Einkommen, junge Familien und Studierende die verfehlte Wohnungspolitik der Bundesregierung und von Teilen der Länder ausbaden und die kurzfristigen Renditeerwartungen der Finanzbranche finanzieren müssen.

Ich möchte dazu noch etwas sagen: Auch die kommunalen Haushalte geraten immer mehr unter Druck. Die Angemessenheitsgrenzen bei den Kosten der Unterkunft müssen angepasst werden. Aber staatliche Unter-

stützungsleistungen, Transferleistungen aus Steuermitteln sind nicht dazu da, die Renditeerwartungen von Investoren zu erfüllen, sondern sie sind dazu da, den Menschen zu helfen.

Wir haben ein Gesamtkonzept zur Dämpfung der Mietpreisentwicklung bereits vorletztes Jahr in den Bundestag eingebracht, und wir haben dazu verschiedene Vorschläge gemacht, zum Beispiel dass, wenn bei einem Mieterwechsel die Wohnung wieder vermietet wird, der nachfolgende Mieter nicht mehr als 10 Prozent mehr als die ortsübliche Vergleichsmiete zahlen soll. Wir haben diesen Antrag monatelang in den Ausschüssen hin- und hergewälzt. Sie haben vor sage und schreibe drei Monaten, also drei Monate, bevor die Kanzlerin genau dieses Instrumentarium fordert, diesen Antrag abgelehnt.

Da steht natürlich schon die Frage im Raum: Was soll das eigentlich alles? Was macht eigentlich die Bundeskanzlerin im Moment mit diesem Thema? Ich kann Ihnen nur sagen – das ist es, was mich dabei ärgert –, dass Ihre Herangehensweise, nachdem

Sie seit Jahren jede Initiative der Opposition zur Dämpfung der Mietpreise abgelehnt haben, gerade jetzt, ein Vierteljahr vor der Wahl, plötzlich das Thema Miete für sich in Anspruch zu nehmen, zeigt, dass Sie Probleme der Mieterinnen und Mieter ersichtlich nicht ernst nehmen, sondern sie nur zum Spielball des Wahlkampfs machen.

Sie haben auch bei der BauGB-Novelle einmal mehr die Möglichkeit

verschlafen, eine Mietpreisbremse einzubauen. Dort hätte es die Möglichkeit gegeben. Ich nenne nur die Stichworte „Sanierungssatzung“ und „Milieuschutzsatzung“. Auch hier gibt es selbstverständlich Möglichkeiten, Rechtsgrundlagen zu schaffen, um die Mietpreisentwicklung zu bremsen.

Sie zahlen Kompensationsmittel für die soziale Wohnraumförderung an die Länder. Aber was machen die Länder damit? Das ist in einigen Reden angeklungen. Sie machen damit, was sie wollen, nur fördern sie nicht den sozialen Wohnungsbau. Das ist Ihre Sache, Herr Bundesminister Ramsauer, Sie müssen sich darum kümmern, dass ein zweckgebundener Einsatz bei den Ländern durchgesetzt wird.

Sie, Kollege Götz, haben völlig recht, wenn Sie kritisieren, dass die Bundesmittel nicht dazu da sind, auf Kosten der Steuerzahler auf Umwegen Länderhaushalte zu sanieren oder was auch immer zu finanzieren, zum Beispiel schöne Flugplätze wie den von Kassel-Calden. Nur, dann setzen Sie das doch durch, kümmern Sie sich darum!

Über die Städtebauförderung braucht man gar nicht mehr viel zu sagen. Damit haben Sie ein ganz lustiges Spiel getrieben: rauf, runter, rauf, runter, bis das ganze Land die Übersicht verloren hat. Jetzt legen Sie ein bisschen was drauf und sagen: Wir haben doch die Mittel erhöht. – Tatsache ist, dass die Mittel für die Städtebauförderung, jedenfalls seit ich im Bundestag bin, insgesamt nur abgesenkt worden sind. Fast noch viel schlimmer ist, dass Sie den nichtinvestiven Teil vollkommen gestrichen haben, sodass es sich im Prinzip um eine reine Baumaßnahmenförderung handelt. Aber all das andere, was bei der Städtebauförderung wichtig war, haben Sie erfolgreich berdigt.

Kommen wir nun zu dem sehr schönen Thema der Konversionsareale, also beispielsweise Kasernen für preiswerte Wohnungen für Studentinnen und Studenten zu nutzen. Das ist in der Tat – Herr Ramsauer und auch die Kanzlerin haben das jetzt gefordert – eine tolle Idee. Daran haben viele gedacht, auch Kommunalpolitiker. Nur, warum kümmern Sie sich eigentlich nicht darum, dass diese Arealen auch für die Kommunen bezahlbar sind?

Es hat keinen Sinn, wenn Grundstücke zu Preisen verkauft werden, die sich nur noch Investoren leisten können, die alles mit Glas, Stahl und Beton vollstellen.

Wenn Sie preiswerte Studierendenwohnungen dort haben wollen, dann braucht man Grundstückspreise, die es den Kommunen und den Studentenwerken möglich machen, solche Grundstücke zu erwerben. Das Gegenteil aber passiert. Der Bund feilscht seit Monaten und Jahren mit verschiedenen Kommunen, um höchste Preise zu erzielen. Das hat zum Resultat, dass auf den Grundstücken nichts, aber auch gar nichts passiert. Hier müssen wir – das sage ich auch Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Bundestagsfraktion – auch Ihre Absichten noch ein bisschen nachschärfen. Wir müssen ernsthaft etwas tun, sonst wird nichts passieren.

Wir haben verschiedene Vorschläge unterbreitet: Absenken der Kappungsgrenze, Begrenzen der Wiedervermietungsmiete, Absenken der Modernisierungumlage usw. Sie haben alles, aber auch wirklich alles blockiert. Im Übrigen haben wir darauf geachtet – das sage ich an die Adresse der Koalition –, dass unsere Vorschläge maßvoll sind, weil wir natürlich wissen, dass Übermaß und Übereifer in diesem Geschäft Investitionen abschrecken und dann das

Wir werden die Herausforderungen in den Ballungsräumen angehen.

Es ist ganz interessant, dass sie jetzt plötzlich ihr Herz für die Mieterinnen und Mieter entdecken.

Wohnen wird immer teurer, nicht nur in angesagten Großstädten.

Gegenteil passiert, die Wohnungs-
verknappung eher noch zunimmt.
Wir wandern also auf einem schmalen
Grat: Auf der einen Seite muss es
attraktiv sein, man muss noch Geld
verdienen können, aber es muss
auch eine Bremse geben, damit Mie-
terinnen und Mieter nicht überford-
ert werden. All das haben wir Ihnen
in vielen Initiativen dargelegt. Sie

haben alles in Bausch und Bogen
komplett abgelehnt.

Es ist ganz interessant, dass Sie
jetzt plötzlich Ihr Herz für die Mie-
terinnen und Mieter entdecken.

Bei den Maklergebühren gibt es
ein ähnliches Phänomen. Was haben
wir Ihnen gesagt? Wir brauchen ein
Bestellerprinzip. Es ist absurd, dass
diese Kosten immer auf den Woh-

nungssuchenden übergewälzt wer-
den können. Wer bestellt, bezahlt.

Das gilt im übrigen Leben. Das hat
auch beim Mietrecht zu gelten.

Sie haben alle unsere Vorschläge
in Bausch und Bogen abgelehnt.
Stattdessen kommen Sie mit einem
Fossil der Wohnungspolitik, der Ei-
genheimzulage. Genau! Bauen wir
noch ein paar Häuser auf der grünen

Wiese, die in 20 Jahren niemand
mehr braucht. Wir brauchen in den
Städten eine Innenentwicklung, die
preiswerten Wohnraum sicherstellt,
und keine Eigenheimzulage.

All das Genannte wollen wir in
eine komplett andere Wohnungs-
politik überführen. Die brauchen
wir. Die ist dringend notwendig.
Ich setze darauf, dass wir gemein-

sam mit der SPD eine andere Woh-
nungspolitik ab 22. September in
diesem Land realisieren werden,
sodass Wohnen kein Luxusgut
mehr ist, sondern ein Recht für al-
le Menschen in unserem Land.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der
SPD)

Dr. Peter Ramsauer, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung:

Wohnen und Leben in Deutschland ist Premiumwohnen und -leben



Peter Ramsauer (*1954)
Bundesminister

Wir haben erst am 28. Febru-
ar dieses Jahres über diesen
gesamten Themenkomplex
gesprochen. Heute gilt wie am 28. Febru-
ar: Nachdem ich mir sehr aufmerk-
sam angehört habe, wie die Oppositi-
onsfraktionen über Deutschland und
Wohnen in Deutschland sprechen, ha-
be ich den Eindruck, sie sprechen über
ein ganz anderes Land, aber nicht über
unseres.

Wohnen und Leben in Deutschland
ist Premiumleben, ist Premiumwoh-
nen.

Das bekomme ich von den vielen
Gästen, die ich aus der ganzen Welt
empfangen, immer wieder bestätigt. Ich
gehöre nicht zu denen, die unser Land
schlechttreden wollen. Das tue ich
nicht. Sie sollten es auch nicht tun.

Ich habe bei dieser Debatte am 28.
Februar auch betont, dass die Bundes-
regierung bei dem Thema Wohnen
sehr sensibilisiert ist; denn es ist ein
Grundbedürfnis der Menschen. Aber
ich habe auch gesagt: Wir sollten bei
dieser Debatte die parteipolitischen
Unterschiede, die es durchaus gibt,
nicht dazu hernehmen, um in sach-
fremder Weise in ganz unterschiedliche
Richtungen zu wirken. Bitte zie-
hen Sie mit der Bundesregierung an ei-
nem Strang, wenn es darum geht, in
den Überhitzungszonen unseres Lan-
des, in den Problemgebieten Angebot
und Nachfrage zu einem sozial gerech-
ten Ausgleich zu bringen.

Ich möchte ganz ausdrücklich auch
die vielen absurden Vorwürfe der Op-
position zurückweisen. Das haben die
Kollegen Peter Götz und Patrick Dö-

ring ja in sehr trefflicher Weise gerade
ebenfalls getan. Wir sollten auch ge-
genseitig so fair sein, ein realistisches
Bild der Wirklichkeit zu zeichnen und
nicht ein völlig verzerrtes. Ich finde,
dass uns Pauschalisierungen und mas-
sive Dramatisierungen nicht helfen;
aber natürlich helfen auch Verharmlo-
sungen nicht.

Tatsache ist, dass sich die Woh-
nungsmärkte in Deutschland sektoral
und auch regional ausgesprochen un-
terschiedlich entwickeln. Die Ur-
sachen für Wohnraumverknappungen
und überproportionale Mietsteige-
rungen sind ebenso vielschichtig. Fest
steht aber – ich möchte das noch ein-
mal betonen –, dass wir in Deutsch-
land einen hohen Versorgungsgrad
haben und dass wir auch hohe quali-
tative Standards haben, an deren Ver-
besserung wir weiter arbeiten. Ein Bei-
trag dazu ist auch unsere hervor-
ragend verlaufende Ar-
beit bei der
energetischen Gebä-
desanierung.

Ich möchte das, was
hier gesagt worden ist,
richtigstellen: Die
Programme, die wir
hier fahren, haben
Hochkonjunktur. Von
einer flächendecken-
den Wohnungsknappheit kann also
überhaupt keine Rede sein.

Wir hatten nach einer längeren
Phase der Stagnation – das muss man
so sehen; die Ursachen hierfür sind
auch bekannt – seit 2010 wieder ei-
nen Aufwärtstrend. Zwei Stichworte
sind schon genannt worden: die Ab-
schaffung der degressiven AfA und
die Abschaffung der Eigenheimzula-
ge. Das waren Bestandteile der dama-
ligen Koch/Steinbrück-Liste. Im Jahr
2006 wurden sie dann abgeschafft.
Im ersten Jahr nach einer solchen Ab-
schaffung gibt es keine Bremsspuren,
im zweiten machen sich die ersten
Folgen bemerkbar, und im dritten
und vierten Jahr sieht man die Aus-
wirkungen. Das heißt, im Jahr 2009
hatten wir einen Tiefststand bei Bau-
genehmigungen – es gab etwa 150
000 – zu verzeichnen. Wir waren ein-
mal bei 300 000 bis 400 000 und da-
rüber. Im Jahr 2011 haben wir Gott sei
Dank wieder 228 000 Baugenehmi-

gungen für Wohnungen gehabt. Das
hat sich 2012 weiter fortgesetzt. Im
ersten Quartal 2013 wurden im Ver-
gleich zum Vorjahresquartal noch
einmal 13 Prozent mehr Baugeneh-
migungen für Wohnungen ausge-
sprochen.

Gemeinsames Ziel muss es also
sein, diese positive Trendwende zu ver-
stetigen. Dazu rufe ich alle Fraktionen
dieses Hauses auf. Vorrangiges Ziel
muss sein: Bauen, bauen und noch-
mals bauen.

Nicht strangulieren, sondern initiie-
ren. Gegen Mangel hilft nur bauen. Je-
de zusätzliche Mietwohnung und
auch jedes zusätzliche Eigenheim ent-
spannt die Situation. Ich sage das aus-
drücklich, weil ich diese Diskriminie-
rung von Eigentum nicht mehr hören
kann.

Eigentum stabilisiert unsere Gesell-
schaft, Eigentum an Wohnungen ist
ein zentraler Bestand-
teil der Altersvorsor-
ge. Eigentum ist eine
Grundlage des Soli-
dar- und des Sozial-
staates. Denn nur wer
Eigentum hat, kann
Solidarität üben.
Wenn niemand mehr
Eigentum hat, haben
wir nur eine Mangel-
verwaltung. Das kann wirklich nie-
mand wollen.

**Von einer
flächendeckenden
Wohnungs-
knappheit kann
also überhaupt
keine Rede sein.**

Jede zusätzliche Eigentumswoh-
nung und jedes zusätzliche Eigenheim
entspannen die Situation. Deshalb
sollten wir uns darauf konzentrieren,
die Investitionstätigkeit insgesamt zu
stärken. Das hat oberste Priorität.

Die Vorschläge liegen auf dem
Tisch. Ich nenne drei wichtige Aktions-
bereiche:

Erstens. Die Wiedereinführung der
degressiven AfA; das ist schon ange-
sprochen worden. Ich halte die Verbes-
serung einer degressiven Abschrei-
bungsmöglichkeit für einen ganz
wichtigen Impuls.

Denn durch diese steuerstundende
Liquiditätshilfe werden Investitions-
anreize gegeben.

Zweitens. Die Wiederbelebung der
sozialen Wohnraumförderung; auch
das ist bereits angeschnitten worden.
Wir haben die gesetzliche Verantwor-
tung im Rahmen der Föderalismusre-

form auf die Bundesländer übertra-
gen.

Frau Kollegin Wagner, Sie haben
mir zugerufen, ich solle mich darum
kümmern. Ich sage Ihnen ganz ehrlich
– lassen Sie sich das auch von anderen
berichten –: Es vergeht keine Landes-
bauministerkonferenz, in der wir
nicht über dieses Thema intensiv ge-
sprochen hätten. Ich kann und will
mich überhaupt nicht auf den Stand-
punkt zurückziehen, dass es Ländersa-
che ist und den Bundesbauminister
nichts mehr angeht. Natürlich muss
ich mich auch darum kümmern, nicht
zuletzt deshalb, weil der Bund als
Kompensation für die Übertragung
dieser Zuständigkeit auf die Länder die
berühmten 518 Millionen Euro gibt.

Die Verhandlungen laufen seit eini-
ger Zeit. Da sie noch nicht zu einem
Ergebnis geführt haben – schieben wir
die möglichen Ursachen mal beiseite
– und unklar ist, wie es nach 2013 wei-
tergeht, schreiben wir in einem ersten
Schritt die Mittel für 2014 schlicht und
einfach fort. Wir werden nach der
Wahl dafür sorgen, dass es für die Län-
der und für die soziale Wohnraumför-
derung gut weitergeht.

Meine Position in dieser Frage ist
hinreichend bekannt – ich habe das
oft genug auch mit den Bauministern
der Länder erörtert –: Ich plädiere für
ein Entgegenkommen. Allerdings er-
warte ich im Gegenzug, dass die Mit-
tel, die der Bund den Ländern bereit-
stellt, zweckgebunden eingesetzt wer-
den.

Das machen einige Länder ganz vor-
bildlich, beispielsweise Hamburg,
Nordrhein-Westfalen und der Freistaat
Bayern. Einige andere Länder – ich
nenne sie jetzt nicht – haben da noch
Verbesserungsspielraum.

Einige haben auch die Neubautätig-
keit wieder aufgenommen und arbei-
ten nicht nur alte Dinge ab.

Drittens. Ein weiteres wichtiges
Handlungsfeld liegt im Bereich der so-
zial- und mietrechtlichen Flankierung.
Hier nehmen wir unsere Verantwor-
tung sehr wohl wahr. Ich lasse mir die
Mietrechtsnovelle, die wir vor wenigen
Monaten verabschiedet haben und die
nun in Kraft ist, nicht schlechttreden.
Wir haben den Ländern ein wichtiges
Instrument in die Hand gegeben.

Wir haben in Problemzonen, also
dort, wo die Mieten explodieren, einen
Deckel eingeführt, sodass die Mieten
innerhalb von drei Jahren nicht mehr
um bis zu 20 Prozent, sondern nur
noch um bis zu 15 Prozent erhöht
werden können. Ich halte dies für rich-
tig.

Daneben stehen wir natürlich voll
und ganz – das wäre wahrscheinlich

die Zwischenfrage der Kollegin Künast
gewesen – zum Wohngeld und zu den
Kosten der Unterkunft. 16 Milliarden
Euro fließen hier jährlich. Ich setze
diese Summe einmal in Bezug zu et-
was anderem, weil wir in diesem Kreis
auch häufig über Verkehrsinfrastruk-
tur reden: Die Mittel für den gesamten
Straßenausbau und -neubau sowie für
die Instandhaltung betragen gerade
einmal etwas über 5 Milliarden Euro.
Für die soziale Flankierung – für das
Zahlen von Wohngeld und für die
Übernahme der Kosten der Unter-
kunft – zahlen wir also das Dreifache
der Summe, die wir in den Straßenbau
investieren. Wer hier sagt, meine Da-
men und Herren, das sei schmächtig
zu wenig, der leugnet die Realität.

Gleichwohl sage ich klipp und klar:
Wir haben im Bereich des Wohngeldes
Reformbedarf; das werden wir nach
der Bundestagswahl neu justieren
müssen. Ich habe bereits im Februar
einen entsprechenden Vorschlag vor-
gelegt. Das kann nicht in einem lau-
fenden Haushaltsjahr umgesetzt wer-
den, aber wir werden uns darüber wie-
der unterhalten.

Nun ein Wort zum Mietrecht, mei-
ne Damen und Herren.

Ich gehe ja gerade auf die drei Hand-
lungsfelder ein und will nun zum
Mietrecht kommen. Bei allem, was wir
im Bereich des Mietrechts tun, meine
Damen und Herren, sollten wir immer
sehr genau prüfen, inwieweit sich In-
strumente wie eine Mietpreisbremse
auf den Wohnungsneubau auswirken.

Das ist ein ganz wichtiger Maßstab,
an dem wir alles messen müssen. Al-
les, was wir in diesem Bereich tun, darf
nicht den Wohnungsneubau abwür-
gen. Darauf hat die Bundeskanzlerin
in aller Eindeutigkeit und Klarheit hin-
gewiesen; das hat sie betont. Ich ver-
wahre mich ausdrücklich gegen die
vorhin von Ihnen, Herr Kollege Pro-
nold, ausgesprochene Beleidigung,
mit der Sie die Bundeskanzlerin als ei-
ne „Handtaschenräuberin“ bezeich-
net haben.

Das ist sonst nicht Ihr Stil.

Im Übrigen gibt es im Wirtschafts-
strafrecht bereits seit langem eine Be-
stimmung, die Mietwucher begrenzt:
Bei Wiedervermietungen darf die Mie-
te maximal 20 Prozent über der Miete
für vergleichbaren Wohnraum liegen.
Aber wir wissen auch, dass diese Be-
stimmung in der Praxis kaum Anwen-
dung findet. Wir sind bereit, auch hier
etwas zu tun.

Das alles, meine Damen und Her-
ren, sind wir den Mietern, den Eigen-

Fortsetzung von Seite 11: Dr. Peter Ramsauer (Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung)

tümern und nicht zuletzt den Investoren schuldig, deren Investitionen wir uns nur wünschen können; denn je mehr gebaut wird, desto weniger Nöte werden wir haben.

Am Ende, lieber Peter Götz, auch von meiner Seite ein herzliches Dankeschön, das ich, ohne anmaßend zu sein, im Namen aller Bundesregierungen, unter denen du dich diesem The-

ma zugewandt hast, aussprechen darf. Du bist seit 23 Jahren im Parlament. Ich habe dich immer als das baupolitische Gewissen dieses Parlaments und als das kommunalpolitische Ge-

wissen unserer Fraktion wahrgenommen. Du bist sozusagen die Personifizierung dessen, was wir immer als Politik aus einem Guss bezeichnen, für die Kommunen, für die Länder, für

den Bund. Dafür Respekt und Anerkennung und ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Michael Groß, SPD:

Wir brauchen ein Bündnis für bezahlbares Wohnen



Michael Groß (*1956)
Wahlkreis Recklinghausen II

Ich bin regelrecht dankbar für die Nachfragen, weil dadurch noch einmal deutlich wurde, dass es den Strang, an dem wir alle gemeinsam ziehen sollten, gar nicht gibt. Wir wüssten auch gar nicht, in welche Richtung wir gemeinsam ziehen sollten.

Festzustellen ist, dass wir, seitdem Sie Minister sind, Herr Ramsauer, weniger Neubauaktivitäten als in den vier Jahren zuvor haben. Wenn man sich Ihre Leistungsbilanz ansieht, dann ist außer Runden Tischen und angekündigten Eigenheimzulagen nichts zu erkennen. Es ist weiterhin so, dass viele Menschen in den Städten dieser Republik Angst haben, dass sie ihre Mieten nicht mehr bezahlen können.

Sie haben von Rechtssicherheit und Investitionssicherheit gesprochen. Was haben wir denn darunter zu verstehen, wenn Sie ein Mietrecht erlassen – es ist im Mai in Kraft getreten – und Ihre Bundeskanzlerin ein paar Wochen später auf einmal das Thema Mietpreissenkung entdeckt? Selbst diejenigen, die sich bisher auf Sie haben verlassen können oder meinten, sich auf Sie verlassen zu können, sind in den letzten Tagen ein wenig verunsichert. Das kann man auch sehr gut nachvollziehen.

Angesichts Ihrer jetzigen Aussagen und auch der Aussagen aus der Regierungskoalition in den letzten Wochen könnten die Leute in Deutschland den Eindruck haben: Es gibt keine Probleme. All diejenigen, die Wohngeld beantragen müssen, weil sie ein zu geringes Einkommen haben, können sich beruhigt zurücklehnen und müssen sich keine Sorgen machen, was ihre Daseinsvorsorge betrifft.

Sie befinden sich zurzeit in der Situation, erklären zu müssen, warum es da ein Hin und Her gibt. Ich habe

gerade gelesen, dass einige Mitglieder der CDU von der Kanzlerin einen Sonderparteitag erwarten beziehungsweise verlangen, weil sie sich übergangen fühlen. Natürlich kann ich mir sehr gut vorstellen, warum Sie Probleme mit der „Sozialen Stadt“ haben; denn dabei geht es darum, die Menschen zu beteiligen und die Dinge letztendlich von unten nach oben zu entwickeln.

Die Faktenlage ist eindeutig. Schon heute fehlen in den Ballungsgebieten beziehungsweise in den Universitätsstädten 250 000 Wohnungen. Der Mieterbund spricht von Wohnungsnot. Schon jetzt liegen in einigen Großstädten die Leerstandsquoten bei unter 1 Prozent. Das heißt, dass sich angesichts der steigenden Nachfrage in diesen Städten die Situation für Mieterinnen und Mieter weiter verschärfen wird.

Zusätzlich steigt die Anzahl der Haushalte. Sie selber gehen davon aus, dass die Anzahl der Haushalte auf über 41 Millionen steigen wird. Das wäre innerhalb weniger Jahre eine Zunahme um 3 Millionen. Sie haben und geben darauf – wir haben es gerade erlebt – keine konkrete Antwort.

Die Mieter haben Sie nicht im Blick. Sie haben zugelassen, dass in einigen Regionen bei Wiedervermietungen zurzeit Mieterhöhungen von über 30 Prozent möglich sind. Das ist für normale Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht tragbar. Sie wissen auch, dass zurzeit eine Situation besteht, in der sich Familien und Alleinerziehende, die eine Wohnung suchen, so vorfinden, als würden sie ausgegrenzt. Sie kommen für die Vermieter als Mieter gar nicht infrage. Neben dem Geld spielen dabei auch noch der soziale Status oder der Familienstand eine Rolle.

Wir brauchen ein Bündnis für bezahlbares Wohnen, und wir müssen alle beteiligen. An dieser Stelle will ich ausdrücklich allen Investoren und Eigentümern danken, aber auch den Genossenschaften und den kommunalen Wohnungsunternehmen, die sich am Wohnungsmarkt im Interesse der Mieterinnen und Mieter engagieren; denn sie müssen letztlich die sinnvolle Wohnungsbaupolitik, die wir fordern, umsetzen.

Unser Ziel ist ein breit angelegtes Maßnahmenbündel für den Wohnungsbau: energetische Sanierung und familien- und altersgerechter Umbau von Häusern. Das alles muss eingebet-

tet sein in eine Politik der „Sozialen Stadt“. Ich bekenne mich hier zu diesem Programm. Herr Döring hat gerade gesagt, die SPD habe ein quasi reli-

Petra Müller, FDP:

Eine Mietpreisbremse stoppt die Entwicklung am Wohnungsmarkt



Petra Müller (*1960)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Der Wohnungsmarkt in Deutschland ist dynamisch. Ich glaube, darüber besteht in diesem Hohen Hause Einigkeit. Das war es dann aber auch schon mit der Einigkeit. Diese Dynamik, die wir feststellen können, verdankt der deutsche Wohnungsmarkt der kontinuierlichen Politik der schwarz-gelben Koalition in den letzten vier Jahren.

Wir haben ein positives Investitionsklima erst möglich gemacht. Die Eigentümerquote ist stetig angestiegen. Sie liegt bei 46 Prozent. Das ist ein gutes Signal. Jawohl! Der Wohnungsneubau in Deutschland zieht an. Wir hatten in 2012 7,4 Prozent mehr Baugenehmigungen. Auch das ist ein gutes Signal.

Das ist ein gutes Signal für Mieter, für Vermieter, für Investoren und für die Immobilienwirtschaft.

Auf dem Wohnungsmarkt findet ein Umbruch statt; das ist richtig. Ballungsräume stehen massiv unter Druck. Universitätsstädte und Großstädte platzen aus allen Nähten. Das nehmen wir natürlich zur Kenntnis. Die beste Garantie für niedrige Mieten ist ein breites Wohnungsangebot für

die Mieter. Ich zitiere den Minister: bauen, bauen, bauen.

Eine Mietpreisbremse beziehungsweise ein stärkeres Anziehen der Mietpreisbremse – das ist Ihre Forderung, liebe Kolleginnen und Kollegen – ist kein Mittel gegen steigende Mieten. Das ist kurzsichtig. Ich sage Ihnen heute: Sie produzieren eine Wohnungsnot in den nächsten Jahren. Schauen Sie nach Schweden; die haben uns das vorgemacht. Man sollte aus den Fehlern der anderen lernen.

Größere Sanierungen im Wohnungsbestand wären dann geradezu unmöglich. Wer bisher mit einer Vergleichsmiete von 6 Euro pro Quadratmeter gerechnet hat, muss heute bei gestiegenen Baukosten mit 8 Euro rechnen. Wenn es zu einer Kappung kommt, wenn es zu einer Begrenzung der Mieterhöhung auf 10 Prozent kommt, dann landen wir bei 6,60 Euro. Da ist dann Schluss. Welcher private Bauherr soll dann noch investieren?

Wie soll er damit sein Auskommen im Alter sichern? Kein Bauherr würde Ihre Politik überleben. Sie vergiften damit das Investitionsklima in Deutschland. Das darf ich Ihnen hier sagen.

Die Lösung ist doch, den Wohnungsbau zu fördern, und nicht, ihn zu verhindern – ganz einfach. Deshalb gibt es ganz klare Forderungen:

Erstens an die Kommunen: mehr Bauland ausweisen, Nachverdichtungen möglich machen; bauen, bauen, bauen. Denn nur durch mehr Wohnraum kann der Druck vom Wohnungsmarkt genommen werden.

Zweitens. Unsere Aufgabe für die nächste Legislaturperiode ist, die Bauprozesse zu beschleunigen. Bei den Großprojekten haben wir das schon erfolgreich getan, bei den kleinen müssen wir das jetzt auch machen. Das

dauernd kürzen, weil die Städte sonst letztendlich nicht mehr handlungsfähig sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Regierungskoalition und lieber Herr Ramsauer, hören Sie auf mit nebulösen Versprechen! Sorgen Sie für Planbarkeit und Investitionssicherheit! Familien brauchen das, um entscheiden zu können, wo sie leben, mieten oder bauen wollen.

(Beifall bei der SPD)

wird der Mittelpunkt liberaler Politik in der Zukunft sein.

Drittens. Die Grunderwerbsteuer muss sinken. Dies ist eine berechtigte Forderung von uns an die Bundesländer; aber nein, sie wird erhöht, und die Grundstücke werden teurer. Allen voran geht das SPD-geführte Schleswig-Holstein mit 6,5 Prozent. Damit machen Sie den Wohnungsbau kaputt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Last, but not least: Wohnungsbau und Klimapolitik gehören zusammen. Konvergenz- und nicht Konkurrenz- ist hier das Stichwort.

Die Mittel für die Wohnraumförderung – 518 Millionen Euro seitens des Bundes – müssen zweckgebunden werden. Dadurch wäre auch das Land Berlin, in dem der größte Wohnungsmangel herrscht, verpflichtet, Sozialwohnungen zu bauen.

250 000 neue Wohnungen im Jahr – das ist die Marke, die wir erreichen wollten. Sie ist in Sicht, sie ist fast erreicht. Wir Liberale wollen diesen positiven Trend weiter fördern. Mietpreisbremse stoppt Entwicklung. Dies wird bereits durch das Wort Bremse ausgedrückt; das kann man sich so vielleicht ganz gut merken.

Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Gero Storjohann (CDU/CSU), Ute Kumpf (SPD) und Sebastian Körber (FDP). Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.